5€



KOSMOPROLET

ZEITSCHRIFT DER FREUNDINNEN UND FREUNDE DER KLASSENLOSEN GESELLSCHAFT

HEFT 1 2007

Impressum

KOSMOPROLET wird herausgegeben von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft c/o Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, 10179 Berlin
Bestellmöglichkeiten über www.klassenlos.tk, Rabatt für Wiederverkäufer.
Email: freu.de.kla@gmx.de
Eigendruck im Selbstverlag.
V.i.S.d.P.: A. Müller, Oranienstraße 12, 10999 Berlin.

KOSMOPROLET 1

Inhalt

- Editorial 2
- 28 Thesen zur Klassengesellschaft 10
- „Präsident Chávez ist ein Werkzeug Gottes" 52
- Die Abenteuer der Autonomie. 88
- Warten auf die immaterielle Arbeiterbewegung 112
- Das Ende einer Illusion. 128

EDITORIAL

Join the winning side, hieß es zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, und ebenso vollmundig fallen die Erfolgsmeldungen aus, mit denen die Veranstalter der Proteste sich nach getaner Arbeit selbst gratulieren. Doch die Gipfelproteste haben ihren Zenit überschritten, wie nicht nur die schwindenden Teilnehmerzahlen anzeigen. Die Tage in Heiligendamm hatten kaum mehr etwas von der Dynamik, die 1999 in Seattle und 2001 in Genua sichtbar war. Dort schien zum ersten Mal eine internationale Bewegung Gestalt anzunehmen, die Arbeiterinnen und Gewerkschafter, subkulturelle Jugendliche, Anarchistinnen und Migranten umfasste. Die Demonstrationen waren nicht einfach abstrakte Willensbekundungen für eine bessere Welt, sondern schienen mit sozialen Kämpfen zu korrespondieren. Die Erfahrung der letzten Jahre aber hat gezeigt, dass die Gegengipfel immer weniger ein solcher Anziehungspunkt sind.

Das war allerdings bei weitem der sympathischste Zug dieser Proteste, die von Anfang an auch dubiose Momente hatten, insbesondere eine Schlagseite zum Antiimperialismus. Zwischen Volksbefreiung und Klassenkampf konnte und wollte man sich nie recht entscheiden; daran hat sich bis heute nichts geändert. Beim Umzug durch Rostock durften die Freunde der palästinensischen Scholle nicht fehlen, während Walden Bello, einer der prominenten Vordenker der Bewegung, im autonomen Fernsehen *KanalB* starke Bündnisse der Staaten des Südens propagierte, ohne auch nur mit kritischen Nachfragen konfrontiert zu werden. Den Staatsfetisch teilt ein beträchtlicher Teil des vermeintlich radikalen Flügels der Bewegung mit den sozialdemokratischen Krisenmanagern von Attac, Linkspartei und Co..

Sicherlich hat ein Großteil der Teilnehmer der Proteste in Heiligendamm mit Exzessen der antiimperialistischen Ideologie wenig am Hut. Das Spektrum reichte von Christen und Hippies bis zu marxistischen Staatsfeinden und Autonomen. Was die Protestierenden außer der Annahme verbindet, eine Handvoll Charaktermasken am Ostseestrand sei die richtige Adresse, um gegen alles Übel der Welt zu demonstrieren, ist schlechterdings nicht auszumachen. Die »globalisierungskritische Bewegung« hat eine neue Funktionärsschicht hervorgebracht, die sich bei den Teilnehmern der Proteste bedankt wie Berufspolitiker bei ihren Wählern, ist aber für viele gerade attraktiv,

weil sie die Möglichkeit bietet, sich – etwa in den Camps und Barrios – selbst zu organisieren; sie ist global und driftet immer wieder in die Verklärung lokaler Gemeinschaften ab; sie hat libertäre Züge und predigt den starken Staat; sie ist *queer* und schweigt über den Islamismus.
So sympathisch manchem die Straßenblockaden und Scharmützel mit der Polizei auch sein mögen – schließlich haben sie das Geschwätz über die Ausgestaltung einer gerechteren Welt von Attac bis Bono zeitweilig in den Hintergrund gedrängt – auch der existenzialistische Akt des Straßenkampfs bleibt als klassische Ersatzhandlung vom alltäglichen Leben radikal getrennt. Die Bewegung verbucht es als Erfolg, dass sich »die Herrschenden« in den letzten Winkel zurückziehen müssen, um ihre Gipfel abzuhalten. Warum lässt man sie dort nicht ihre Pressekonferenzen abhalten und kümmert sich um die wirklichen Schranken der Emanzipation?
Vollkommen getrennt vom Protest in Heiligendamm lief der Streik bei der Telekom. So wie die Verdi–Führung nicht einmal damit drohte, den G8-Gipfel technisch lahmzulegen, schien sich in Heiligendamm niemand für diesen Streik zu interessieren. Aber die Auseinandersetzungen bei der Telekom stören nicht nur die allgemeine Euphorie über den endlich vollbrachten Wirtschaftsaufschwung, sondern zeigen auch, was durch die linke Debatte um Prekarisierung eher verwischt wird: Durch Ausweitung der Leiharbeit, Lockerung des Kündigungsschutzes und Aufsplitterung in unzählige Vertragsverhältnisse hat die Prekarisierung längst die Kernbelegschaften in den Großbetrieben erfasst. Um deren Verunsicherung ging es bereits – neben verstärktem Druck auf die Arbeitslosen – bei der Agenda 2010. Für die übergroße Mehrheit der Proletarisierten hierzulande sah es lange Zeit so aus, als trage der Staat für die Erhaltung gewisser Standards Sorge. Diese stehen nun zur Disposition – die Anspruchsinflation seitens der Lohnabhängigen soll zurückgedrängt werden.
In den Köpfen ist dieser Umbruch längst angekommen. Der erste Vorbote breiterer Unzufriedenheit waren die Montagsdemonstrationen 2004, die sich gegen das staatliche Verelendungsprogramm wehrten, über zahme Demonstrationen aber so wenig hinausgelangten wie über Forderungen nach mehr Arbeit. Seitdem ist zu beobachten, dass die Angst, nach jahrzehntelanger Schufterei plötzlich vor dem Nichts zu stehen,

vollkommen unterschiedliche Reaktionen zur Folge hat: Teils werden einschneidende Verschlechterungen in Kauf genommen, teils führt die Angst vor Hartz IV zu Kämpfen, die über die landesübliche Austragung von Konflikten hinausgehen. Der wilde Streik bei Opel Bochum 2004, der sechs Monate andauernde Arbeitskampf bei Gate Gourmet in Düsseldorf 2005/2006 oder auch der Streik im Berliner Bosch-Siemens-Hausgerätewerk im vergangenen Herbst konnten, gestützt auf aktive Kerne in den Belegschaften, den Rahmen gewerkschaftlicher Vertretung zeitweilig durchbrechen. Entschlossene Blockaden, unabhängige Streikversammlungen und die Versuche, den eigenen Betrieb zu verlassen und mit anderen Lohnabhängigen in Diskussion zu treten – im Falle von Gate Gourmet wurden auch Arbeiterinnen am Londoner Flughafen Heathrow besucht – zählen zu den ermutigenden Momenten dieser Auseinandersetzungen.[1]

Allerdings sind diese Konflikte noch weit davon entfernt, sich zu einer klassenkämpferischen Bewegung zu verdichten. 2006 gab es so viele Arbeitskämpfe wie seit langem nicht mehr, aber wirklich spürbar ist das im gesellschaftlichen Klima nicht. Die Forderungen beschränken sich meist darauf, das Schlimmste zu verhindern, und selbst das gelingt nicht immer. Die Perspektivlosigkeit vieler Streiks, die sich auf den Standorterhalt beschränken, wurde bislang wenig thematisiert. Dennoch ist es der gegenwärtige gesellschaftliche Umbruch, sind es die noch schwachen Kämpfe, aus denen allein eine sozialrevolutionäre Strömung hervorgehen kann. Zu den wenigen sinnvollen Dingen, die man derzeit tun kann, zählt die Unterstützung und Dokumentation solcher Auseinandersetzungen und vor allem der Versuch, eine über die isolierten Konflikte hinausreichende Debatte über ihre Perspektiven anzustoßen.

Bei der letzten größeren Welle von Arbeitskämpfen Anfang der neunziger Jahre glänzte der größte Teil der sogenannten radikalen Linken durch Abwesenheit. Während die DDR-Betriebe abgewickelt wurden und sich Mieterbewegungen entwickelten, führten sie ihren exklusiven Häuserkampf und erklärten den Antifaschismus zum alleinigen Aktionsfeld. Karl-Heinz Roths Initiative für eine Diskussion um die »Wiederkehr der Proletarität« trug wenig Früchte. Heute steht dagegen die »soziale Frage« hoch im Kurs bei den Linken – was allerdings zu oft lediglich bedeutet, dass Kampagnen aus dem Boden

1 Genaueres zu diesen Arbeitskämpfen:

Jochen Gester, Willi Hajek (Hg.): *Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum im Oktober 2004*, Berlin 2005

Flying Pickets (Hg.): *Auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet*, Berlin 2006

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft: *Vom Streik zur Bewegung? Überlegungen zum Arbeitskampf bei BSH Berlin*, s. www.klassenlos.tk

dieser Theorie nicht hinwegtäuschen. Was von den theoretischen Höhenflügen von Toni Negri, Maurizio Lazzarato und anderen übrig bleibt, wenn man sie auch nur ein wenig erdet, zeigt der Text *Warten auf die immaterielle Arbeiterbewegung.*

■ Das *Ende einer Illusion* markieren zwei Flugblätter römischer Genossinnen und Genossen zum Nahen Osten, die den auch in Italien grassierenden Antiimperialismus hinter sich zu lassen versuchen. Warum sie uns wert schienen, dokumentiert zu werden, und in welchem italienischen Zusammenhang sie zu sehen sind, erläutern wir in einer kurzen Einleitung.

Weitere Ausgaben von *Kosmoprolet* werden bei Bedarf erscheinen.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft
Juni 2007

28 THESEN ZUR KLASSEN-GESELLSCHAFT

I. DER SIEGESZUG DER KLASSENLOSEN KLASSENGESELLSCHAFT

Das vorläufige Resultat der Geschichte des Kapitals in seinen fortgeschrittenen Zonen stellt sich als klassenlose Klassengesellschaft dar, in der das alte Arbeitermilieu in einer verallgemeinerten Lohnabhängigkeit aufgelöst ist: *überall proletarisierte Individuen, nirgends das Proletariat*, nicht als erkennbare Gruppe von Menschen und erst recht nicht als kollektiver Akteur, als negative, auflösende Seite der Gesellschaft. Aus gelegentlichen Arbeitskonflikten werden keine Klassenkämpfe, in denen um die Zukunft der Gesellschaft gerungen würde, denn die alte proletarische Bewegung ist restlos in der herrschenden Ordnung aufgegangen und eine neue noch nicht in Sicht. **1**

Die klassenlose Klassengesellschaft ist das Kind der alten Arbeiterbewegung und des modernen Staates. Sind in den Klassenkämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder weiterreichende Momente aufgeblitzt, so fand sich die erdrückende Mehrheit der Arbeiter in Organisationen gut aufgehoben, deren Politik ungeachtet aller revolutionären Rhetorik darauf hinauslief, die Emanzipation der Arbeiter auf dem Boden und mit den Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft selbst durchzusetzen – in den Gewerkschaften sowie den sozialistischen und kommunistischen Parteien der II. wie auch der III. Internationale, die schon bald revolutionäre Prinzipien wie den Antiparlamentarismus fallen ließ und schließlich durch und durch stalinisiert wurde. Ausnahmen bildeten nur kleine radikale Minderheiten wie die IWW in den USA, die Anarchosyndikalisten und die Linksradikalen in oder jenseits der sozialistischen Parteien. So lösen die Erfolge der alten Arbeiterbewegung schließlich das proletarische Milieu auf, in dem sie verankert war; ein Milieu, dessen unbestrittenes Herz die Fabrik bildete, doch in Gestalt von Arbeitersportvereinen, Arbeiterpresse, Arbeiterquartieren etc. pp. nicht weniger als eine eigene Gesellschaft innerhalb der bürgerlichen bildete. Zwar hat die staatliche Sozialpolitik, vom Versicherungswesen bis zum Städtebau, gezielt an der Abschleifung dieses Milieus gearbeitet – wobei im Falle Deutschlands die Bedeutung des Nazismus kaum überschätzt werden kann –, doch sein Untergang in allen fortgeschrittenen Ländern verdankt sich in erster Linie der Kapitalisierung der **2**

Gesellschaft, die eine Emanzipation der Arbeiterklasse aus politischer Rechtlosigkeit und materieller Not erlaubte. Einer „Logik des Kapitals“ folgt diese historische Entwicklung nur insoweit, als diese Logik den Klassenkampf einschließt.

Zentral in dieser Konfrontation ist die Auseinandersetzung um 3
Löhne und die Länge des Arbeitstags. Nur der Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter erzwingt seine fortschreitende Verkürzung und untergräbt die früher erdrückende Zentralität der Arbeit in ihrem Leben, ohne sie jemals wirklich überwinden zu können. Die Kapitalisten können die Ausbeutung, das Auspumpen von Mehrarbeit, nicht mehr durch Verlängerung des Arbeitstags steigern; ebenso verhindert der Widerstand der Arbeiter Lohnsenkungen. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird nun vielmehr gesenkt, indem die Lebensmittel der Arbeiter verbilligt werden. Diese Steigerung des relativen Mehrwerts bedeutet, dass die Ausbeutungsrate, das Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit, erhöht werden kann, *obwohl* die Arbeiterinnen kürzer arbeiten *und* sich für ihren Lohn mehr kaufen können. Der Siegeszug des Reformismus gründet in der damit gegebenen Möglichkeit einer partiellen Versöhnung von Kapitalisten und Arbeitern, weil die einen weiter akkumulieren können, ohne dass den anderen zwangsläufig immer mehr genommen werden müsste, sie tatsächlich immer weniger bloße Habenichtse sind. Wie bedeutend die koloniale Gewaltgeschichte auch für die Entstehung des Kapitalismus gewesen sein mag: Der Reichtum der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften gründet nicht in kolonial angeeignetem Extraprofit, der Überausbeutung der Arbeiterinnen und Bauern in der so genannten Dritten Welt, sondern in der ungeheuren Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Löhne und Profite stellen kein Nullsummenspiel dar. Ebenso illusorisch ist die entgegengesetzte Auffassung, dieser Zustand sei stabil und krisenfrei, verallgemeinerbar und obendrein immer weiter zu treiben, bis sich die Gesellschaft des Kapitals in ein Arbeiterparadies verwandelt. Wir sind gegenwärtig Zeugen des Untergangs der Konstellation, der diese reformistische Illusion ihre Kraft verdankte.

Was sich nach der Seite der Ökonomie hin als Durchsetzung relativer Mehrwertproduktion und der daraus resultierenden materiellen Besserstellung der Arbeiterklasse darstellt, vollzieht sich nach der Seite der Politik hin als Anerkennung der Proletarier als Staatsbürger. Der Klassenstaat der Bourgeoisie mutiert zum klassenübergreifenden Gesellschaftsplaner, dessen Politik, formal betrachtet, alle gleichermaßen bestimmen dürfen; anfangs noch durch Klassenparteien, die allmählich zu Volksparteien werden. Wie der Supermarkt weder Proletarier noch Kapitalisten kennt, sondern nur den zahlungskräftigen Konsumenten, so die Wahlurne nur den Staatsbürger. Mehr und mehr wird das Leben der Proletarier durch den Staat vermittelt – durch seine Arbeitsschutzgesetze und Sozialleistungen (die von Löhnen und Mehrwert abgezweigt werden, im einen wie im anderen Fall also auf der Arbeit der Proletarier beruhen), seinen Wohnungsbau und seine Schulen, nicht zu vergessen seine Investitions- und Beschäftigungsprogramme. Gegenüber dem Anarchismus, der den Staat nur als äußerlichen Gegner kannte, als Geheimpolizei, Gefängnis, kurz: Gewalt, setzen sich die etatistischen Strömungen in der Arbeiterklasse durch, die diesen Staat mit proletarischem Antlitz zu Recht als *auch ihr* Geschöpf begreifen und lieben lernen. Während sich der italienische Faschismus als proletarische Nation imaginiert, erklären die Nationalsozialisten den 1. Mai zum Feiertag und erringen die neuen amerikanischen Industriegewerkschaften ihre größten Erfolge unter Roosevelts New Deal, errichtet Stalin das *Vaterland aller Werktätigen,* die irgendwann einmal vaterlandslos gewesen waren. Es ist mehr als ein Nebeneffekt, dass damit auch die bürokratische Kontrolle der Gesellschaft sich bis zur Perfektion entwickelt. Der proletarische Internationalismus und die Selbstorganisation des Arbeitermilieus sterben ab im Rhythmus der Verstaatung der Gesellschaft, die in der Nationalisierung der Massen und zwei Weltkriegen gipfelt. **4**

Als die Krise von 1929 die bürgerliche Ratio entblößte und den **5**
Golden Twenties des sozialdemokratischen Reformismus ein abruptes Ende bereitete, rettete sich die herrschende Ordnung in Deutschland in den offenen Irrsinn der Rasse und die Gewalt des autoritären Staates. Nirgends wurde die klassenlose Klassengesellschaft grotesker und barbarischer verwirk-

licht als im Nationalsozialismus, dessen „Mission" in Hitlers Worten darin lag, die „Klassenspaltung, an der Bürgertum und Marxismus gleichmäßig schuld sind", endgültig zu überwinden. Gerade weil der Klassengegensatz unangetastet blieb, wurde er auf die Juden als zugleich proletarisch-internationalistische wie plutokratisch-finanzkapitalistische Saboteure der Volksgemeinschaft verschoben und im Massenmord zu exorzieren versucht.
Hinter der irrwitzigen ideologischen Konstruktion, „der Jude" habe als Bolschewist die deutschen Arbeiter aufgehetzt, um als Börsianer über die nationale Wirtschaft zu triumphieren, steht jedoch keine blanke Diktatur des Kapitals über die deutsche Arbeiterklasse als vielmehr das Vorhaben, diese in einen völkischen Sozialstaat einzubinden. So unstrittig es ist, dass sich die Gewalt des faschistischen Staates zunächst gegen die Arbeiterbewegung richtete, so unzweifelhaft ist es doch auch, dass er seine Massenbasis auf die Arbeiterklasse ausdehnen konnte. Als rassistisch privilegierte Aufseher über Millionen Zwangsarbeiter, als Fußtruppen des deutschen Vernichtungskriegs, als Nutznießer der „Arisierungen" gingen erhebliche Teile des deutschen Proletariats in der Volksgemeinschaft auf, die sich folglich aus der Sicht ihrer Opfer nicht als Propagandalüge darstellte, sondern als die Hölle auf Erden.
Wenn Hitler kein Betriebsunfall war und der rassenimperialistische Raubkrieg die letzte Rettung für den deutschen Kapitalismus, dann liegt das Versagen der Arbeiterbewegung nicht in mangelnder Verteidigung der Legalität gegen die Diktatur als vielmehr in ihrer Unfähigkeit, aus eben dieser bürgerlichen Ordnung auszubrechen, die nun mit voller Macht dem faschistischen Abgrund entgegeneilte. Die historische Tragik bestand darin, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften, nachdem sie 1914 ins Horn des Sozialchauvinismus geblasen und 1918/19 die revolutionären Minderheiten geschlagen hatten, nun ihrerseits einer Volksgemeinschaft zu weichen hatten und nicht selten zum Opfer fielen, die ihrem eigenen Volksstaatsgedanken in mehr als einer Hinsicht zum Verwechseln ähnlich sah – weshalb die Anbiederung der Gewerkschaften an die neuen Machthaber auch keineswegs ein Ausrutscher korrumpierter Führer war. Ihre Begeisterung für den „Kriegssozialismus" von 1914 war es, für staatliche Wirtschaftslenkung, Arbeitsdienst und nationale Einheit, was sich nun gegen sie



selbst richtete, da sie, wie verkümmert auch immer, Organisationen *der Arbeiterklasse* waren, die nun *unmittelbar* in den Staat eingegliedert werden sollte; die Zeit des Austarierens gegensätzlicher Interessen war in der großen Krise abgelaufen. Der parteikommunistische Flügel der Arbeiterbewegung wiederum war nicht nur weitgehend zu einer Organisation von Arbeitslosen und entsprechend machtlos geworden; er wiegte sich nicht nur, gestützt auf die schale Metaphysik historischer Gesetze, in falscher Siegesgewissheit und unterschätzte die hereinbrechende Barbarei des Nazismus; er war ihr vielmehr mit seinen autoritären Strukturen und mit **politischen** Dummheiten wie dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" (1930) unwillentlich selbst entgegenkommen, so dass „die nationalistischen Abenteuer der Dritten Internationale in Deutschland ... mit zu den Voraussetzungen des faschistischen Sieges gehören. Man hat die Arbeiter selbst zu Faschisten erzogen, indem man zehn Jahre lang mit Hitler um den ‚wirklichen Nationalismus' konkurrierte." (Gruppe Internationaler Kommunisten, 1935)

Fast schwerwiegender für den Verlauf der proletarischen Bewegung im 20. Jahrhundert dürfte es gewesen sein, dass ihr vermeintlicher großer Sieg in Russland 1917 im Fortgang Resultate zeitigte, die dazu angetan waren, die Revolution nicht mehr herbeizusehnen, sondern sich vor ihr zu fürchten. **6**

Das vorrevolutionäre Russland zeichnete sich durch einzelne proletarische urbane Inseln inmitten eines Ozeans von Bauern aus. Die Trennung der Russischen Revolution in eine „bürgerliche" (Februar) und eine „proletarische" (Oktober) Phase ist ideologisch. Soziale Revolutionen bewegen sich innerhalb der Möglichkeiten, die die vorgegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse bieten. Und diese verändern sich nicht innerhalb weniger Monate.

1917 rebellierte die russische Bevölkerung unter der Losung „Brot, Land und Frieden" gegen die Brutalität und Sinnlosigkeit des Krieges und ihre Lebensbedingungen. Als Soldaten im Krieg erlitten Bauern und Arbeiter das gleiche klassenübergreifende Schicksal und sorgten für den Zusammenbruch der militärischen Disziplin an der Front. Die Männer kehrten nach Hause zurück und verbreiteten im ganzen Land den Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit. Überall wurden die herr-

schenden Machtverhältnisse durch Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Frage gestellt. Während ein radikaler Teil der Fabrikräte hierarchische Entscheidungsstrukturen ablehnte, sich an die Übernahme von Produktion und Verteilung machte und darauf aufbauend eine überbetriebliche Koordination anstrebte, was die Existenz einer kommunistischen Strömung innerhalb der Arbeiterklasse bezeugt, drängten die revolutionären Bauern bestenfalls – in Anlehnung an die historische Besonderheit des ländlichen Gemeinwesens in Russland – auf die Schaffung voneinander autonomer, sich selbst versorgender Kollektive, was ein Verschwinden der Städte und die Rückkehr zu vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen bedeutet hätte. Keine dieser beiden Bewegungen war in der Lage, eine gesamtgesellschaftliche Reproduktion zu gewährleisten. Der bolschewistischen Partei als Staatsmacht fiel die Aufgabe zu, das wirtschaftliche Überleben in despotischer Form zu organisieren, und zwar gleichermaßen gegen Arbeiter und Bauern. Nur eine sich ausbreitende proletarische Revolution im übrigen Europa hätte diesen antikommunistischen Trend aufhalten können.
Mit der Ausschaltung der Fabrikräte und der Zerschlagung der Bauernbewegung – insbesondere der von Machnow angeführten – verschwanden die radikalen Forderungen und Ziele nicht einfach; sie wurden in pervertierter Form in die sowjetische Gesellschaft integriert. Der Drang zur Sozialisierung und Veränderung des Produktionsprozesses wurde mit der Verstaatlichung der Fabriken und mit der Militarisierung und Taylorisierung der Arbeit quittiert. Es ist ein theoretischer Witz, dass die Trotzkisten, die zurecht die Ideologie des „Sozialismus in einem Lande“ verwarfen, die Vorstellung hatten, in Sowjetrussland sei nur eine „politische“ Revolution notwendig, da die Eigentumsverhältnisse bereits dem Kommunismus entsprächen. Aber es ist ein makaberer Witz, dass derjenige, der im Kampf mit der stalinistischen Bürokratie auf die Arbeiterdemokratie pochte, wenige Jahre zuvor im Gewand der obersten Autorität der Roten Armee jeden Widerstand von Bauern, Arbeitern und Soldaten in Blut ertränkt hatte. Die Erinnerung an den Kronstädter Aufstand 1921 wird jedoch ihrerseits zur Mythologie, wenn sie ausschließlich die Einforderung der Rätedemokratie gegenüber der Parteidiktatur betont, die nicht gerade revolutionäre Forderung nach „freiem“ Warentausch zwischen den

Städten und dem Land dagegen ausblendet. Gleich nach der Niederschlagung des Aufstandes wurde diese ökonomische Forderung von der bolschewistischen Regierung übernommen und in Gestalt der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) realisiert. Schließlich wurde Brot für alle – von schlechter Qualität – durch die Ausdehnung des Arbeitszwangs auf alle garantiert. Der Zugang zum Land wurde durch die vom Staat forcierte Zwangskollektivierung realisiert. Der Frieden wurde knallhart als soziale Ruhe durchgesetzt. Die klassenspezifischen Interessen wurden in nationale umgemünzt. Der Klassenkampf wurde in der verkehrten Form des großen patriotischen Krieges und der antifaschistischen Ideologie gefeiert.
Der internationalistische Standpunkt der Bolschewiki, vor allem während des Ersten Weltkrieges, verankerte sie im Lager der Revolutionäre. Und im Falle einer proletarischen Revolution in Westeuropa wären sie womöglich auch dort geblieben. Aber das Parteikonzept der Bolschewiki, ihr Misstrauen gegenüber einem möglichen kommunistischen Verhalten der Klasse aus der Dynamik der Klassenkämpfe heraus, verwiesen bereits vor der Revolution auf eine autoritäre Vorstellung von Kommunismus. Der platte Anti-Leninismus allerdings, der in der bolschewistischen Partei den Grund für das Scheitern der kommunistischen Revolution ausmacht, vergisst, dass auch im Falle der Bolschewiki das soziale Sein das Bewusstsein bestimmt, und merkt nicht, wie sehr er selber noch der Vorstellung einer allmächtigen Führung verhaftet ist, die die geschichtliche Entwicklung nach Belieben lenken könnte. Niemand kann sagen, was geschehen wäre, wenn die sozialen Konflikte einen anderen Verlauf genommen hätten. Aber vom historischen Resultat aus betrachtet exekutierte die Diktatur der Partei eine der Alternativen, die die inneren und äußeren Bedingungen im Jahre 1917 zuließen und die als „ursprüngliche Akkumulation“ charakterisiert werden kann: die soziale und wirtschaftliche Integration der Masse der russischen Bauern in den Weltmarkt durch Industrialisierung und Verallgemeinerung der Lohnarbeit. So bestehen die historischen Leistungen der Russischen Revolution am Ende in der orwellschen Verbrämung eines Terrorregimes als Sowjetmacht plus Elektrifizierung.

Die Russische Revolution ist als Inbegriff der sozialen Revolution in die Mythologie der Arbeiterbewegung eingegangen. Die revolutionären Aufstände in Mitteleuropa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges waren nicht zuletzt von der Begeisterung getragen, die sie auslöste. Deren offene Niederschlagung und die schleichende Aushöhlung emanzipatorischer Bestrebungen in Russland bedingten und verstärkten sich wechselseitig. Es blieb die augenscheinliche Paradoxie: Während im kapitalistisch entwickelten Westen proletarische Revolutionen offenbar zum Scheitern verurteilt waren und nur der Reformismus eine Zukunft zu haben schien, verfestigte sich das Bild eines erfolgreichen gewaltsamen Umsturzes in einem verhältnismäßig rückständigen Land. Wirkungsmächtig wurde die Russische Revolution vor allem als Referenzpunkt und Bedienungsanleitung für die Modernisierungsschübe der antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen in der Dritten Welt. Dort wurde der „Marxismus-Leninismus“ zur Ideologie des radikalen Bürgertums und der radikalen Intelligenzija. Sowjetrussland avancierte zum Prototyp der nationalen Entwicklungsprojekte der peripheren Länder im imperialistischen Zeitalter. Im Westen wurde der Rote Oktober entweder als Hoffnungsträger angebetet, was einen Teil der Arbeiter für die russische Außenpolitik instrumentalisierte, oder als Schreckgespenst gegen jedweden Gedanken einer Überwindung des Kapitalismus in Anschlag gebracht. **7**

Nach dem Zweiten Weltkrieg verflüchtigt sich das Selbstmissverständnis der alten staatsorientierten Arbeiterbewegung, über das Bestehende hinauszuführen. Die radikalen Strömungen wiederum sind überall zerschlagen, zerrieben und aufgesaugt. So mausetot die Arbeiterbewegung als vermeintlicher Träger einer neuen Gesellschaft ist, so mächtig ist sie als bürokratische Repräsentation des Proletariats innerhalb der bürgerlichen, in der noch einige erfolgreiche Jahrzehnte vor ihr liegen, vielleicht ihre besten, in denen sich die Regierungen des freien Westens wie ein ideeller Gesamtsozialdemokrat aufführen und die kommunistischen Parteien nur die entschiedensten Sozialdemokraten sind, Gewerkschaften zweistellige Lohnsteigerungen erstreiten und die Arbeiterkinder nicht mehr zwangsläufig in den Fabrikhallen enden, in denen ihre Väter und oft genug **8**



auch Mütter schuften. Die Soziologen rufen das Ende der Klassengesellschaft aus.

Es ist reine Mystik, sich diesen Verlauf der Arbeiterbewegung als Werk von „Arbeiterverrätern", als eine Geschichte von Bestechung und Abfall vom rechten Weg zurechtzulegen. Wie die deutsche Sozialdemokratie 1918/19 die Spartakisten niederkartätschte, zerschlug 1936/37 der Stalinismus die soziale Revolution in Spanien. Beide stützten sich auf Massen von loyalen Proletariern. Das Proletariat hat kein revolutionäres Wesen, das nur durch reformistische Machenschaften immer wieder daran gehindert würde, endlich mit ganzer Macht hervorzubrechen. Nur eine Bewegung der ungeheueren Mehrzahl der Lohnabhängigen kann die Gesellschaft umwälzen. Doch nur anlehnungsbedürftige Metaphysiker vergöttern darum das Proletariat als „revolutionäres Subjekt". Wie die Proletarier kämpfen, so sind sie; und ihre Kämpfe haben sie bis heute nicht über die Klassengesellschaft hinaus, sondern immer tiefer in sie hineingeführt. **9**

Ebenso wenig erlischt mit dieser Integration die Möglichkeit der Revolution, die solcher Legende zufolge in irgendwelchen angeblich goldenen Zeiten des Liberalismus gegeben war, als zornige Arbeiter und Schlotbarone aufeinandertrafen, Kulturindustrie und Sozialstaat noch unbekannt waren. Dieser melancholisch gestimmten Verfallsgeschichte ist keine Geschichtsphilosophie des unaufhaltsamen Aufstiegs entgegenzuhalten. Der materialistische Geschichtsbegriff geht davon aus, daß es anders hätte kommen, die Klassenkämpfe einen anderen Ausgang hätten nehmen können. Aber der Blick auf die Geschichte ist zwangsläufig von deren weitern Verlauf geprägt, in dem die Dialektik von Repression und Emanzipation nicht zum Stillstand gekommen ist.

Sarkastisch merkte einmal ein früherer Radikaler an: „Die Communarden haben sich bis zum letzten Mann erschießen lassen, damit auch Du Dir ein Philips Stereo High-End-Gerät kaufen kannst." Aber die Erfolgsgeschichte des Sozialstaats gründet darin, dass er einem *wirklichen* Bedürfnis des Proletariats entgegenkommt: dem nach einem Leben, das *nicht* am seidenen Faden des gelingenden Verkaufs der Arbeitskraft hängt. Der vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg folgende Ausbau des Sozi- **10**

alstaats und die riesigen Produktivkraftsteigerungen jener Zeit lassen den darbenden Pauper für lange Zeit von der Bildfläche Europas und Teilen Nordamerikas verschwinden und schrauben die materiellen Ansprüche der eigentumslosen Klasse in die Höhe, worüber zurzeit (in Fortsetzung einer altehrwürdigen Tradition) die Bourgeoisideologen auf allen Kanälen jammern. Wenn dieselben nun das hohe Lied des Individuums anstimmen und jede noch so kleine sozialstaatliche Leistung sogleich als Sozialismus brandmarken, der jenes Individuum angeblich liquidiere, dann unterliegen sie nicht nur dem gleichen Irrtum – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – wie jener Teil der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der in der Sozialgesetzgebung bereits den Beginn des Sozialismus erblickte, sondern verkennen noch dazu, dass das moderne Individuum sich in nicht unerheblichem Maße gerade dem Staat verdankt, der die Minimalbedingungen zur freien Entfaltung des Individuums in den Grenzen der Warengesellschaft geschaffen hat. Zwar wurden Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Krankengeld, Rente etc. eingeführt, um eine industrielle Reservearmee zwischen zwei Konjunkturzyklen bereitzuhalten, und auch, um die Klasse unter Kontrolle zu halten, sie nicht sich selbst zu überlassen, um die bürgerliche Ordnung vor Kriminalität und Revolte zu schützen. Aber es ermöglichte vielen auch ein Leben jenseits der Lohnarbeit, das nicht identisch war mit bitterster Armut.
Die staatlichen Eingriffe in die Produktion, um die Arbeitsbedingungen der Proletarier zu verbessern, die Einführung von Mindestlöhnen oder die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages sollte vor Überausbeutung schützen, um die Reproduktion der Klasse nicht zu gefährden, welche die Kapitalisten auch in Zukunft auszubeuten gedachten. Andererseits stieg die Wahrscheinlichkeit enorm, nicht schon mit 30 Jahren, nachdem man sein Leben in der Fabrik verbracht hatte, in die Kiste zu springen, um mittlerweile im Durchschnitt sogar die 60 zu überschreiten. Der reduzierte Verschleiß eröffnete überhaupt erst die Möglichkeit, sich über seine Belange einen Kopf zu machen.
Auch die allgemeine Schulpflicht wurde wegen der Bedürfnisse einer modernen Verwaltung eingeführt, damit auch jeder im letzten Winkel des Landes staatliche Erlasse lesen konnte, als freier Lohnarbeiter Verträge unterschreiben konnte und als

kleiner Händler seiner Ware Arbeitskraft das Rechnen lernte. Doch konnten die Massen sich dadurch auch bilden, theoretische Schriften lesen, miteinander und über Entfernung hinweg sich kollektiv verständigen, wovon das vielfältige Zeitungswesen der alten Arbeiterbewegung beredt Zeugnis ablegt. Und schließlich wurden in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts dem proletarischen Nachwuchs in bisher unbekanntem Maße die Möglichkeit höherer Bildung eröffnet. Eine Kritik an der Integration der Klasse darf diese Aspekte nicht beiseite wischen, die *auch* im proletarischen Interesse liegen und oft genug nicht einfach vom Staat gewährt, sondern erstritten wurden.

11 Zu den Trennungen, die der Siegeszug des Kapitalismus befestigte, gehört auch die zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre, eine geschlechtlich codierte Trennung, die, begleitet von allerlei anthropologisch oder biologisch unterfütterten Legitimationsideologien, in Gestalt der bürgerlichen Familie zum gesellschaftlichen Leitbild wurde. Auch wenn im 19. und frühen 20. Jahrhundert die überwiegende Mehrheit ökonomisch auf den Verdienst von Frauen – und oft genug Kindern – angewiesen war, konnte sich das Ideal der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit männlichem Familienernährer auch im proletarischen Milieu durchsetzen.

Der Universalismus, den das Bürgertum mit seinen Erklärungen der Bürger- und Menschenrechte für sich in Anspruch nahm, war, wie bereits hellsichtige zeitgenössische Kritikerinnen wie Olympe de Gouges oder Mary Woolstonecraft bemerkten, zunächst ein höchst partikularer, denn das freiheitliche menschliche Individuum, dessen Geburt man feierte, war männlich. Für diese Einsicht wurde de Gouges immerhin ein öffentlicher Auftritt gewährt – sie wurde guillotiniert.

Sowohl die Bildung an öffentlichen Schulen und Universitäten, die Teilhabe am politischen Leben wie auch das Recht auf Privateigentum waren Frauen bis weit in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in den meisten Metropolenländern verwehrt und mussten erstritten werden. Die zweite Welle der Frauenbewegung, die sich seit den späten sechziger Jahren formierte, nahm neben der medizinischen Verfügung über Frauenkörper etwa in Form der Abtreibungsgesetzgebung vor allem die subtileren, privaten Formen der Frauenunterdrückung ins Visier

und sorgte im Zuge ihrer fortschreitenden Institutionalisierung für Gesetze, die gerade nicht der Geschlechtergleichheit verpflichtet sind, sondern geschlechtsspezifische Delikte wie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder Vergewaltigung in der Ehe justiziabel machten.
Optimistisch könnte man glauben, auf dieser Basis müsse die Emanzipation der Frau zum bürgerlichen Subjekt eigentlich an ihren Abschluss gekommen sein. Die materiellen Gründe für eine Aufrechterhaltung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses sind weitgehend obsolet: Schwangerschaften sind mittlerweile planbar und stellen somit aus der Sicht des Kapitals kein unkalkulierbares Risiko mehr dar, die individuelle Reproduktion der Arbeitskraft ist zumindest in den Metropolen auch warenförmig zu leisten. Tatsächlich ist auch die Toleranz gegenüber Lebensentwürfen, die nicht dem traditionell bürgerlichen Familienmodell entsprechen, erheblich gewachsen, doch das zuverlässig in Krisenzeiten ertönende „Heim an den Herd"-Geschrei, der demographisch motivierte Appell, Akademikerinnen sollten gefälligst mehr Kinder kriegen, wie auch ein Blick in diverse Führungsetagen belehren eines Besseren.
Zwar sind heute Frauen allen Drangsalen des Daseins als Arbeitskraftbehälter ausgesetzt, doch verdienen sie im Schnitt deutlich weniger als Männer, arbeiten häufig in Teilzeit und vor allem im Dienstleistungssektor. Dessen Boom in den vergangenen Jahrzehnten ist nicht zuletzt auf eine verstärkte Kapitalisierung der Reproduktionssphäre zurückzuführen, gleichzeitig wird der überwältigende Anteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit nach wie vor von den sprichwörtlich „doppelt belasteten" Frauen verrichtet.
Auch die Ideologieproduktion rund um die Geschlechterdifferenz und die angeblich aus ihr resultierenden Eigenschaften und Fähigkeiten ist mitnichten zum Stillstand gekommen, vielmehr erlebt die Soziobiologie, die noch jede Marotte bruchlos von den Jägern und Sammlern herleitet, eine neue Blütezeit und ist fester Bestandteil des Alltagsbewusstseins. Ob die Befreiung des Menschen von seiner Sortierung qua Chromosomensatz noch auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu haben sein wird, ist nicht zuletzt eine Frage der Zählebigkeit dieser Ideologien.

Der entwickelte Kapitalismus kann als klassenloser erscheinen, 12
weil die eine Seite des Klassengegensatzes abstrakt, die andere diffus wird. Das hat Anhänger wie Verächter des Klassenkampfs ironischerweise gleichermaßen verwirrt. Letztere, die sich Wertkritiker nennen, bleiben plump auf der Oberfläche der Gesellschaft kleben, dem realen Schein der Zirkulationssphäre, in der sich tatsächlich nur unterschiedslose bürgerliche Subjekte herumtreiben. Der wertkritische Abschied vom Proletariat erhebt dessen Aussetzen als subversiver Akteur in den Rang einer unumkehrbaren historischen Gesetzmäßigkeit. Trost spendet die Aussicht auf den Jahr um Jahr von neuem unmittelbar bevorstehenden Kollaps des warenproduzierenden Systems – Amen.
Einigen Sympathisanten des Klassenkampfs wiederum hat sich der objektive Begriff der Klasse in die subjektivistische Vorstellung verflüchtigt, die Klasse erschaffe sich selbst gleichsam aus dem Nichts im Akt des Kampfes; Klasse sei ein „offener Begriff" und alles andere „soziologisch". Ein „offener" Begriff aber ist offenbar ein unbestimmter, also keiner. Verbreitet ist auch die abgeschwächte Auffassung, Klasse sei ein Verhältnis und darum nicht objektiv bestimmbar. Aber Verhältnis *von was*?
Das Klassenverhältnis ist das Verhältnis von Kapital und Proletarisierten, von sich verwertendem Wert zur Arbeitskraft. Zwar ist das Kapital insofern kein „automatisches Subjekt", als es von alleine gar nichts tut und daher immer irgendwelche mit Wille und Bewusstsein ausgestatteten Wesen braucht, also bislang Menschen, die seine Verwertung in eigenem Interesse organisieren. Aber das Kapital ist nicht zwangsläufig an die Kapitalisten gebunden. Die Bourgeoisie ist zweifellos quicklebendig und äußerst klassenbewusst, aber nicht der letzte Grund des gesellschaftlichen Übels. Alles Geld ist potenziell Kapital und wird dies auch, sobald es nicht zwecks Konsums verprasst wird, sondern in die Produktion eintritt. So sind clevere Unternehmer auf die Idee gekommen, ihre Belegschaften teilweise in Form von Aktien zu entlohnen, und nicht wenige der verteufelten „Heuschrecken"-Fonds verwerten die Rentenanlagen amerikanischer Proleten, die ihr „Geld für sich arbeiten lassen", wie die fetischistische Umschreibung für den Umstand lautet, dass mittels dieses Geldes irgendwo fremde Arbeit kommandiert wird. Dieser gewissermaßen urdemokra-

tische Charakter des Kapitals setzt aber eben damit voraus, was er im Weltbild der Ideologen widerlegen soll: die Existenz von Proletarisierten, von Leuten also, die ihre Haut zu Markte tragen müssen, um das Kapital durch ihre Arbeit und Mehrarbeit zu verwerten. Lebt die kapitalistische Klassengesellschaft im Unterschied zu ihren Vorgängerinnen gerade von der *prinzipiellen* Durchlässigkeit der Klassengrenzen, so ergeht es dem proletarischen Kleinaktionär nicht besser als den meisten Tellerwäschern.

Eben dieses proletarische Dasein scheint heute nirgendwo mehr dingfest zu machen, weil es schier überall ist. Die allgemeine Durchsetzung der Lohnabhängigkeit, die sich parallel zur Auflösung des alten Arbeitermilieus vollzieht, die Bauern an den Rand der historischen Bühne drängt, erst die Angestellten, dann die Kopfarbeiter proletarisiert, bringt am Ende in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung nicht zwei klar geschiedene Klassenlager hervor, sondern eine unüberschaubare Vielfalt von Lebenslagen; ein gefundenes Fressen für die Sozialforscher eben, die ganz froh sind, vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen zu müssen. So bezeichnet Klasse hier und heute keinen kollektiven Akteur, der womöglich gar umstürzlerische Absichten im Schilde führte, sondern schlicht den weitgehend verallgemeinerten Zwang, seine Arbeitskraft ans Kapital zu verkaufen (ein Zwang, dem der Manager, wiewohl formal Lohnarbeiter, spätestens nach zwei Jahren im Aufsichtsrat nur schwerlich unterliegen dürfte). So wenig sich Wert und Mehrwert in irgendwelchen ganz bestimmten Waren verkörpern müssen, so wenig ist der Begriff der Klasse zwingend an körperliche Arbeit, ein dingliches Produkt oder den Produktionsort Fabrik gebunden. Man muss keine besonders hohe Meinung von der munter-immateriell produzierenden Multitude des Professor Negri haben, kein Freund sein des linksakademischen Schemas von Fordismus (alle Mann in der Fabrik) und Postfordismus (jeder allein am Heimcomputer), um in der Rede von der „Zentralität der Fabrik" genau jenen verengten Klassenbegriff zu erkennen, mit dem heute kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist und schon gar nicht das letzte Gefecht. Die Industriearbeiterklasse ist im Weltmaßstab betrachtet so wenig verschwunden, wie der Begriff des Proletariats mit ihr zur Deckung gebracht werden könnte.

II. DIE SELBSTAUFHEBUNG DES PROLETARIATS

Der Klassengegensatz ist der Gesellschaft in ihren Fundamenten eingeschrieben, ohne sie mit Notwendigkeit in die Luft zu sprengen. Die vereinzelten Arbeitskraftverkäufer machen immer wieder die Erfahrung, dass sie sich zusammenschließen und kämpfen müssen, um nicht vollkommen unter die Räder zu geraten; die Bedingungen der Ausbeutung müssen ständig neu verhandelt werden, und nur durch Assoziation können einige Arbeiter die Konkurrenz unter sich punktuell überwinden. Aber der legendäre Übergang von der „Klasse an sich" zur „Klasse für sich" kann nicht durch unmittelbare Interessen, nicht durch die Verallgemeinerung irgendwelcher Forderungen entstehen, denn diese bleiben immer an das Kapital gebunden und damit an das, was dem Proletariat die Zersplitterung als seinen natürlichen Zustand aufherrscht. Klassenbewusstsein bestünde nicht in der Erkenntnis, eine Klasse zu sein, sondern darin, keine mehr sein zu müssen, die Revolution nicht im Sieg der Lohnarbeiter über die Bourgeoisie, sondern in der Selbstaufhebung des Proletariats. „Die Lohnabhängigen können sich überhaupt nur zur Klasse ‚für sich' vereinigen, um sich als Klasse aufzuheben, durch die vollständige Negation des trennenden Privateigentums, durch das Interesse, sich nicht nur der betrieblichen Produktionsmittel zu bemächtigen, sondern des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in seiner Gesamtheit (und das heißt notwendig: auch im internationalen Maßstab)." (Werner Imhof) 13

Die Vergesellschaftung durch das Kapital bleibt eine widersprüchliche, weil sie die Menschen durch das, was sie verbindet, ebenso trennt. Die Wertform der Arbeitsprodukte ist nichts anderes als Ausdruck und Vermittlung des grundlegendsten Widerspruchs der bürgerlichen Gesellschaft: Die Arbeit ist gesellschaftlich, nämlich Produktion für andere, und zugleich ungesellschaftlich, nämlich in voneinander getrennten und gegeneinander produzierenden Betrieben verrichtete Arbeit, die ihre gesellschaftliche Gültigkeit erst im Austausch erfährt. Würden die Proletarier nur ihre jeweiligen Betriebe übernehmen, zwischen diesen Betrieben aber weiterhin Austauschbeziehungen aufrechterhalten, dann wäre die Produktion noch nicht wirklich gesellschaftlich geworden, und sie würden sich alle Widersprüche der Warenproduktion sozusagen

selbstbestimmt aufhalsen. Emanzipation wäre nicht weniger als die Überführung des Weltmarkts in die Weltcommune, in der das Privateigentum der gemeinsamen Regelung des Lebens gewichen ist.
Man sollte die Revolution allerdings nicht mit dem falschen Versprechen belasten, sie werde das Reich der Notwendigkeit in nichts als Spiel und Wohlgefallen auflösen; ebenso wenig wird es in seinem heutigen abstrakten Gegensatz zu einem von der Gestaltung der Welt entleerten Reich der Freiheit verharren. Den Zweck der Produktion überhaupt *als unseren* einsehen zu können, wäre der entscheidende Fortschritt. Mit dieser Herstellung vernünftiger Allgemeinheit entfiele auch die Grundlage des Staats, der nur eine falsche, repressive Allgemeinheit auf der Basis konkurrierender Privatinteressen erzwingt, oder, in den Worten eines hellsichtigen Freunds der klassenlosen Gesellschaft: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht." (Marx, *Zur Judenfrage*)

Die Selbstaufhebung des Proletariats ist folglich mit seiner Diktatur unvereinbar. Jeder neuerliche Befreiungsversuch muss zweifellos mit bewaffneten Widersachern rechnen, die sich von herrschaftsfreiem Diskurs erfahrungsgemäß unbeeindruckt zeigen. Die Losung von der Diktatur des Proletariats erschöpft sich aber nicht in dieser Banalität, sondern zielt auf den Aufbau einer sozialistischen Übergangsgesellschaft. Ausgerechnet Marx war es, der, gegen Bakunin, die I. Internationale auf die Losung von der „Eroberung der politischen Macht" durch das Proletariat verpflichtete und programmatisch vor den Kommunismus eine Übergangsphase schaltete, in der „gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht" (*Kritik des Gothaer Programms*) wird, was nur den zwingenden Zusammenhang von Warenproduktion und Staat illustriert. All das ist Geschichte. Es war *die* Tragik des **14**


417
418
419
420
421
317
318
319
320
321
217
218
219
220
221
117
118
119
120
121

20. Jahrhunderts, dass die Revolution ausgerechnet dort ausbrach, wo die Bedingungen für den Kommunismus die denkbar miserabelsten waren, und sich schließlich die aus dem Scheitern der revolutionären Anläufe in Westeuropa geborene „sozialistische Übergangsgesellschaft“ nach 70 Jahren im Ergebnis als eine zum freien Markt hin erwies. Die sozialistischen Revolutionen waren bislang ausnahmslos bürgerliche, in Zonen, wo die Bourgeoisie zu schwach für diese historische Aufgabe war und man die sogenannte ursprüngliche Akkumulation allen Ernstes zu einer sozialistischen Angelegenheit erklärte. Im 21. Jahrhundert aber gibt es keine Agrarrevolutionen mehr zu machen, keine Produktivkräfte zu entwickeln, geht es nicht mehr um die Verallgemeinerung der Lohnarbeit, sondern um ihre Aufhebung. Revolutionen, die überhaupt erst die historischen Voraussetzungen des Kommunismus zu schaffen hätten, sind nur noch als isolierte in den zurückgebliebensten Winkeln der Welt vorstellbar.

Die Eroberung der Staatsmacht wird heute allerdings meist **15**
im Namen eines ziellosen und folglich immerwährenden Stellungskrieges innerhalb der Macht-Struktur verworfen. Der antiautoritäre Geist, der darauf bestand, dass die Formen der Bewegung ihre Ziele antizipieren müssen und ergo die leninistische Avantgardepartei für den Putsch und nicht zur Selbstbefreiung der Ausgebeuteten taugt, ist zum postmodernen Ungeist verkommen, der sich an der Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit der Revolution erfreut. Die dogmatischen Skeptiker, die fragend voranschreiten, aber gar nicht mehr wissen wollen wohin, übersehen erstens, dass das kommunistische Ziel sich in der Kritik der Verhältnisse bestimmt; und zweitens, dass dieses Ziel, weil es weder auf politischem Wege noch über Nacht zu erreichen sein wird, nur als *Bewegung der Kommunisierung* vorstellbar ist, in der sich die atomisierten Lohnabhängigen zu gesellschaftlichen Individuen mausern und anfangen, ihr Leben ohne Tauschbeziehungen zu regeln. „Solange die Massenbewegungen noch klein sind und noch an der Oberfläche bleiben, solange tritt die Tendenz nach der Beherrschung aller gesellschaftlichen Kräfte nicht so deutlich in Erscheinung. Aber werden diese Bewegungen größer, dann werden auch stets neue Funktionen in den Bereich der kämpfenden Massen gezogen, ihr Wirkungsbereich

dehnt sich aus. Und in dieser kämpfenden Masse vollziehen sich dann vollkommen neue Beziehungen zwischen den Menschen und dem Produktionsprozess. Es entwickelt sich eine neue ‚Ordnung'. Das sind die wesentlichen Kennzeichen der selbständigen Klassenbewegungen, und sie sind denn auch der Schrecken der Bourgeoisie." Der niederländische Rätekommunist Henk Canne Meijer schrieb damit 1935 das Drehbuch für den Pariser Mai 1968.

Der Pariser Mai und der „schleichende Mai" in Italien sind **16**
Gipfelpunkte einer neuen Welle von Klassenkämpfen, die ab 1968 die entwickelten Regionen der Welt erschüttert, und deren radikale Minderheiten wie zum Hohn auf den linken Kulturpessimismus die Selbstaufhebung des Proletariats genauer fassen als ihre Vorgänger im revolutionären Zyklus um 1917. Die theoretische und die handelnde Kritik nehmen nicht nur die zum Vorposten des Staats mutierte alte Arbeiterbewegung ins Visier, sondern gehen auch über den überlieferten Linksradikalismus hinaus.
Zunächst wird dem Proletariat nicht länger die unwürdige Rolle eines Anhängsels der kapitalistischen Entwicklung zugewiesen, als das es der überlieferten Theorie zufolge seinen großen Auftritt haben sollte. Das geduldige Warten auf die Todeskrise des Kapitals weicht dem Vorhaben, diese Krise herbeizuführen. In der Absage an den alten Determinismus treffen sich die Kritik der Situationisten und der Operaisten, die ansonsten getrennte Wege gehen. Die prompte Bestätigung, die diese Auffassung durch den Gang der Ereignisse findet – denn nirgends gehen den heftigen Klassenkämpfen um 1968 Massenentlassungen, Lohnsenkungen oder sonstige Folgen einer Krise des Kapitals voraus – trifft die Sachwalter der alten Welt unerwartet und entsprechend hart. Selbst dort, wo die bürgerliche Gesellschaft ihre Vorstellung allgemeinen Glücks zu verwirklichen scheint, sich demokratisch, vollbeschäftigt und prosperierend zeigt, ist ihr die allgemeine Zustimmung der Ausgebeuteten nicht sicher.
Auch die Halbherzigkeiten, mit denen der überlieferte Linksradikalismus die Selbstaufhebung des Proletariats fasste, werden nun überwunden – nicht nur der Parteikult und die Eroberung der Staatsmacht, die von den Linkskommunisten um Amadeo Bordiga ins Feld geführt wurden, auch die Selbstverwaltung

der Warenproduktion, der sich die deutsch-holländischen Rätekommunisten verschrieben hatten. Denn in bester antiautoritärer Absicht hielten die Rätekommunisten der Parteidiktatur die Räteherrschaft und der zentralistischen Planung die Arbeiterselbstverwaltung entgegen, in der jedem Produzenten gemäß seiner individuellen Arbeitsleistung ein Anteil des gesamtgesellschaftlichen Produkts zuteil werden, eine Arbeitsstundenwährung das Geld ersetzen sollte. Gegen die zeitgenössischen Anhänger solcher Vorstellungen erklärt die Situationistische Internationale 1967: „Es genügt nicht, lediglich für die abstrakte Macht der Arbeiterräte zu sein, man muss ihre konkrete Bedeutung aufzeigen: die Abschaffung der Warenproduktion und folglich des Proletariats" (*Über das Elend im Studentenmilieu*). Dass die Situationisten damit keineswegs allein stehen, sondern sich alle avancierten subversiven Elemente um 1968 durch diese Erkenntnis auszeichnen, weist bereits darauf hin, dass sie sich schlicht dem höheren Grad kapitalistischer Vergesellschaftung verdankt, die nun unmittelbar in den Kommunismus umschlagen kann. „Der *Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht*, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. Die *Surplusarbeit der Masse* hat aufgehört, Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die *Nichtarbeit der Wenigen* für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes." (Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*)

Vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produkti- **17**
onsverhältnissen auszugehen, ist nicht ohne Grund in Verruf geraten. In seiner vulgärsten Fassung wurde dieser Widerspruch so verstanden, dass der Sieg des Sozialismus durch den technologischen Fortschritt gesetzmäßig verbürgt sei. Eine abgemilderte Variante verzichtet auf diese Siegesgewissheit, versteht aber ebenfalls den hier und heute bestehenden Produktionsapparat als Vorboten des Sozialismus, zu dessen Durchsetzung es nur eines Wechsels im Eigentumstitel bedürfe. Dagegen ging der Operaismus gerade von der massenhaften

Erfahrung der Fabrikarbeiter aus, denen sich Arbeitsorganisation und Maschinerie nicht unmittelbar als Verbündete auf dem Weg zum Sozialismus zu erkennen gaben, sondern als die blanke Despotie darstellten. Die Vorstellung, unter der äußerlichen Hülle des Kapitals sei ein astreiner Produktionsapparat herangereift, übersieht, dass der Zweck der Mehrwertproduktion in Maschinerie und Arbeitsorganisation eingegangen ist. Doch anders als die heutige schwer angegrünte Linke, der jeder Hinweis auf die *Potentiale* des erreichten Niveaus der Naturbeherrschung bereits als Ausdruck eines Pappkameraden namens „Traditionsmarxismus“ gilt, war sich die operaistische Kritik im Klaren darüber, dass sich Produktivkraftentwicklung nicht in der konkreten Gestalt der Fabrik erschöpft und unter anderen Verhältnissen den Produzentinnen entgegenkommen könnte, statt sie zu unterjochen. So bemerkte 1969 ein *Comitato Operaio di Porto Marghera*, „dass die Menge der akkumulierten Wissenschaft so groß ist, dass die Arbeit sofort auf ein beiläufiges Faktum des menschlichen Lebens reduziert werden könnte, statt sie als ‚Grund der menschlichen Existenz‘ zu deklarieren“.

Im Spätkapitalismus verschärft sich der Widerspruch zwi- **18**
schen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zudem in jener Erscheinung, die bereits der alten Arbeiterbewegung als Gegensatz von Kanonen und Butter geläufig war und 1967 von Guy Debord „tendenzieller Fall des Gebrauchswerts“ genannt wurde: Nicht nur das Innenleben der Produktionsstätten, auch ihr Ausstoß trägt mehr und mehr die Züge der verkehrten gesellschaftlichen Form. Konnte Marx noch die Industrie als „das aufgeschlagene Buch der menschlichen Wesenskräfte“ feiern, so sind mittlerweile die Produkte der Arbeit in zunehmendem Maße unmittelbar Beweisstücke gegen die Gesellschaft, die sie hervorbringt; der Anachronismus des Kapitals wird in Produkten handgreiflich, für die eine befreite Menschheit keinerlei Verwendung hätte und die der unfreien schlecht bekommen. Nie lagen Möglichkeit und Wirklichkeit so weit auseinander wie heute, wo das Gros der Proletarisierten weltweit im Elend vegetiert, während die produktiven Kapazitäten der Weltgesellschaft längst alle materielle Not überflüssig machen. Nervtötend an den gut meinenden Friedenspfaffen ist schließlich nicht ihre Feststellung, dass man für eine Atom-

rakete fünf Krankenhäuser bauen könnte, sondern die Naivität, mit der sie einer antagonistischen Gesellschaft menschliche Zwecke unterjubeln wollen.
Für das Klassenbewusstsein bedeutet diese Entwicklung, dass das Wissen, diese Welt durch die eigene Arbeit hervorzubringen, für mehr und mehr Arbeiter nicht länger Produzentenstolz, sondern allenfalls Beschämung hervorrufen kann – oder gerechten Hass auf eine Gesellschaft, die sie zur Produktion von Müll verdammt: Darin hat die Losung vom „Kampf gegen die Arbeit", die um 1968 zu vernehmen war, ein durchaus rationales Moment.

Gleichwohl ist die weltweite Welle von Klassenkämpfen, die ab **19**
den späteren sechziger Jahren über die fortgeschrittenen Zentren hereinbricht, nicht revolutionsmythologisch zu einer Bewegung für die bewusste Aufhebung der alten Welt umzufälschen. Nur Minderheiten wollten dem Kapital den Garaus machen, und nur eine Minderheit dieser Minderheiten wusste, wovon sie dabei redete. Neben diesen avanciertesten Elementen krochen allerlei dubiose Gestalten aus dem Müllhaufen der Revolutionsgeschichte hervor, gaben sich Lenin und Mao, der Antiimperialismus und die Selbstverwaltung der Lohnsklaverei ihr Stelldichein, und um die Verwirrung komplett zu machen, kreuzten revolutionäre Vernunft und linke Ideologie sich oft genug zu eigenartigen Hybridwesen wie dem antiautoritären Maoismus oder auch dem leninistischen Operaismus. Der moderne Begriff der sozialen Revolution, der in den fortgeschrittensten Strömungen um 1968 aufblitzte, war nie mehr als eine schwache Tendenz in einer Zeit der großen Wirren.
Die wirkliche Bewegung der Lohnabhängigen indes bestand darin, den schönen Traum, den die klassenlose Klassengesellschaft geträumt hatte, zum Platzen zu bringen, indem sie ihn buchstäblich für bare Münze nahm. Getrieben vor allem vom Hass auf die stumpfsinnige Schufterei, auf die Hetze am Fließband, auf das Dasein als Menschenmaterial der rastlosen Verwertung, wollten die Arbeiter, wenn schon nicht alles, dann doch wenigstens mehr Lohn und weniger Arbeit. Weitgehend desinteressiert am linken Kostümball strapazierten die Klassenkämpfe der siebziger Jahre den institutionalisierten Reformismus bis an seine Grenzen und warfen ihn schließlich über den Haufen. Autonomie, das Schlagwort jener Jahre, bedeu-

tete, wild zu streiken – oder mit der Gewerkschaft, aber ohne Rücksicht auf Verluste. In den Zusammenballungen der „Arbeitermacht“, einem zweiten Schlagwort jener Jahre, in den großen Werkshallen von Detroit bis Turin, waren die Unternehmer nicht mehr Herr im Haus, wurden Fließbänder sabotiert und eigenmächtig Schichten gekürzt; auch im traditionell trade-unionistischen Vereinigten Königreich reichte es zu einer schleichenden Krise und einem *Winter of Discontent*, und selbst die versteinerten Verhältnisse im postfaschistischen Deutschland bekamen vor allem dank Lehrlingen, Jungarbeitern und Arbeitsmigranten einige Risse.
Im gesamten Westen stehen die siebziger Jahre im Zeichen von Arbeitsverweigerung und Lohnexplosion. Die Arbeiter hatten freudig das Maßhalten verlernt, welches das Erfolgsgeheimnis des sozialdemokratischen „Goldenen Zeitalters“ nach 1945 gewesen war. Diese unerlaubte Entkopplung von Löhnen und Produktivität verschärfte eine der unvermeidbaren periodischen Krisen des Kapitals, die gerade heraufzog, während der ideelle Gesamtkapitalist unter den Sozialausgaben zu ächzen begann, die er zwecks Besänftigung der Proletarisierten in ungeahnte Höhen zu schrauben gezwungen war.
Um Autonomie und Arbeitermacht war es so auch bald geschehen. Die militanten Kerne wurden frontal angegriffen, die Bastionen der Arbeitermacht automatisiert, zerlegt und verlagert. Die wachsende Arbeitslosigkeit disziplinierte die Beschäftigten, während der Staat aus der Rolle des ideellen Gesamtsozialarbeiters in die des Zuchtmeisters der Klasse schlüpfte. So beginnt in den westlichen Zentren Zyklus um Zyklus der Konterreform, die das Proletariat auf immer breiterer Front angreift. In diesem Moment offenbart sich die Schwäche der reformistischen Arbeiterbewegung, die, gänzlich abhängig von Wohl und Wehe des Klassengegners, den Rollback bestenfalls noch abzumildern vermag.


NOTHING OVER
9
¢ EVER
Super Foil
Super Foil
Super Foil
Super Foil

Auch wenn der Staat nun in Windeseile versucht, seine 20
früheren Zugeständnisse und Schutzmaßnahmen rückgängig zu machen, ist das Kapital schon einen Schritt weiter: Der technische Fortschritt und der Fall des eisernen Vorhangs ermöglichen den Abzug ganzer Produktionsstädte in Dutzende dankbare Aufnahmeländer. Damit wird tendenziell jeder Arbeiter zu jedem anderen ins Konkurrenzverhältnis um den niedrigsten Lohn und die höchste Produktivität gesetzt. Wurden früher noch die Chinesischen Mauern durch die Artillerie der wohlfeilen Preise des Westens in den Grund geschossen, so scheint die goldene Sonne des Kapitals heute vom Osten her: Die neue „gelbe Gefahr" ist nicht mehr die spießbürgerliche Phrase antikommunistischer Geostrategen, sondern eine massive Bedrohung des Lebensstandards der westlichen Arbeiterklasse durch Verlagerung der Produktion.
Es sind so viele Produzenten wie nie zuvor von ihren Produktionsmitteln getrennt und damit auf den Verkauf der Arbeitskraft angewiesen, die Stupidität des Landlebens weicht der Brutalität der Landflucht. So bildet sich eine Weltarbeiterklasse heraus, deren Angehörige sich darin gleich fühlen dürfen, dass sie miteinander im weltweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze stehen, die zwar nicht absolut, aber im Verhältnis zur Zahl der Arbeitskraftverkäufer sinken. Damit tritt die Proletarität, als Zustand der in den kapitalistischen Arbeitsprozess Eingesaugten oder von ihm Ausgespuckten, endgültig ihren weltweiten Siegeszug an, und die geographischen Grenzen von Zentrum und Peripherie beginnen zu verschwimmen.
Die Unsicherheit, die in der geläufigen Rede von der „Prekarität" als Sonderproblem erscheint, ist daher die weltweite Normalität des Proletariats. Auch die heutigen Fluchtpunkte des Kapitals, die Staatsführern wie Arbeitern den Schrecken ins Mark fahren lassen, sind morgen, wenn sich der Lohnstandard partiell gesteigert hat, schon wieder verwaistes Gebiet; Indien steht längst bereit, um die Nachfolge Polens anzutreten. Aber bald entdeckt auch das Kapital, dass es, wohin auch immer es wandert, den Klassenkampf im Gepäck mitschleppt. Nach wenigen Jahren erweisen sich die neuen Lohnarbeiter in New Delhi oder Shanghai als widerspenstige und undankbare Zeitgenossen, die die Kosten der Ausbeutung erneut nach

oben treiben. In diesen Klassenkämpfen liegt die Hoffnung begründet, dass auf ein Jahrhundert der antiimperialistischen Mythologie eine neue Ära des proletarischen Internationalismus folgt.

Die globale Universalisierung der Proletarität, verbunden mit **21**
dem ständigen rasanten Anstieg der Produktivität, erweckt aber auch ein Gespenst, welches nicht nur in Europa umgeht – das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Zur heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst haben sich tatsächlich alle politischen Mächte der alten Ordnung verbündet, während sie der Produktionsmittel besitzenden Klasse durchaus zupass kommt. Die Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens, die sie in der Rede von der „Sockelarbeitslosigkeit“ selbst freimütig einbekennen, hindert die Staatsagenturen ebenso wenig an ihrem Versuch, die Utopie der Vollbeschäftigung in atemloser Hektik auf Erden zu zwingen, wie die Tatsache, dass schon die frühesten Überlieferungen der Menschheit die Arbeit als Fluch kennen.
Was Arbeiter und Arbeitslose eint, ist die permanente Angst. In den Regionen mit bisher halbwegs gut ausgestatteten Sozialsystemen ist der Staat dabei immer noch das zentrale Objekt einer eifersüchtigen Hass-Liebe. Die argwöhnischen Zurückgewiesenen sehnen sich immer wieder nostalgisch nach dem politisch wie ökonomisch umsorgenden Patriarchen, doch dieser wischt alle Schwelgerei zur Seite und pocht auf die dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplinierung, um so sein Programm zu verwirklichen: Ausrottung der Faulenzerei, Ausschweifung und romantischen Freiheitsduselei. Je mehr der Sozialstaat gebraucht wird, desto unmöglicher wird er, und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gerät zwangsläufig zum Kampf gegen die Arbeitslosen. Soweit die müden Reste der alten Arbeiterbewegung dagegen überhaupt Einspruch erheben, ist er auf Sand gebaut, nämlich auf die Akzeptanz eben jenes Systems der Lohnarbeit, dessen Kehrseite die Arbeitslosigkeit darstellt und das jedes menschliche Bedürfnis durch das Nadelöhr der Finanzierbarkeit jagt. Die dabei vollkommen vergessene und doch von jedem instinktiv gefühlte Verlockung des Müßiggangs rückt, gekoppelt mit der vagen Erkenntnis, dass dies aufgrund der Produktivitätsentwicklung auch zu machen sein wird, in das Zentrum eines anderen politischen

Modells: ein bisschen für alle, und zwar vom Staat! Nach den Konzepten der Existenzgeldbewegung transformiert sich die kapitalistische Gesellschaft in eine große Wohltätigkeitsveranstaltung. Die Erkenntnis, dass Vollbeschäftigung illusionär und obendrein nicht wünschenswert ist, führt zu einer noch groteskeren Illusion: zum Traum vom Staat als Superpaternalisten, der den ihm zugrunde liegenden Zwang zur Lohnarbeit aufheben soll, indem er großzügig Geld verteilt.

Spiegelbildlich zur Entstehung neuer Arbeiterklassen in der 22
bisherigen Peripherie kehrt in den alten Zentren die verschwunden geglaubte Verelendung wieder. Überall wird vor allen Augen aufgeführt, was ursprünglich so definiert wurde: „Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Verkommenheit auf dem Gegenpol." (Marx, *Das Kapital*). Ließ die Abwesenheit der Wohnzonen solchen Proletariats in den Metropolen den alten Kolonialistenstolz fortleben, so galt ihre massenhafte Existenz in der Peripherie als sicheres Zeichen für deren Rückständigkeit. Beim heutigen *coming home* der Armenviertel wird klar, dass das eine nie ohne das andere zu haben war.

So sehr der hilflose Sprech von den „unteren Schichten" noch das klassendurchlässige Fahrstuhlmodell der „goldenen Jahre" beizubehalten versucht, so wenig wird an diese Möglichkeit noch geglaubt: Es knirscht im Gebälk und der Lift ist nicht mehr in Betrieb. Ernüchtert durch die Abspeisungen der Vergangenheit dämmert bei den Abgehängten das Bewusstsein der eigenen Überflüssigkeit und entlädt sich in wuttrunkenen Eruptionen jenseits von nutzlosen Bittstellereien an den Staat.

Die Spitze dieser Entwicklung stellten bislang die Aufstände in den französischen Banlieues dar. Der Staat steht diesem Segment des Proletariats mit seinem etablierten Instrumentarium der Repräsentation ratlos gegenüber; dann und wann hilft noch die alte Brigade der Sozialarbeiter, die sich aber immer öfter in der Rolle der Pausenclowns zwischen den Schulstunden des wirklichen Lebens wieder findet. Dabei schlägt jeder Versuch der Eingliederung schon deshalb fehl, weil der

Staat in ihnen keine potenziell zu aktivierende Arbeitskraft mehr verorten könnte. Den Wütenden kann nichts mehr angeboten werden, sie eignen sich nur noch als Schreckgespenst für andere: An ihnen wird entweder das Elend der Armut oder das Gewaltmonopol des Staates zur Schau getragen.
Die Schattenökonomie der Überflüssigen zeichnet sich zwar durch allerlei Erfindungsreichtum aus, verharrt aber neben der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Folglich bewegen sich ihre Kämpfe, in denen sie entgegen dem Nihilismus der Normalität durchaus solidarische Verknüpfungen nach innen bilden, abseits jeder Möglichkeit, sich diese Produktion anzueignen: Das rebellierende „Gesindel" (Sarkozy) der modernen Welt gleicht Maschinenstürmern, denen die Maschinen entrissen wurden. Damit verkörpern sie die Tendenz des Kapitals, eine gigantische Überschussbevölkerung zu erzeugen. Ein großer Teil des Weltproletariats ist von der regulären Produktion abgeschnitten und wird auch als industrielle Reservearmee nur partiell benötigt, während ein anderer bis zum Umfallen schuftet. Reformkämpfe für die Umverteilung der Arbeit, die diesen Irrsinn lindern könnten, stoßen stets an die Schranke des Kapitals, das keineswegs gewillt ist, mehr Menschen als nötig zu reproduzieren, und lieber mehr Mehrarbeit aus weniger Proleten herauspumpt. Die Zukunft der Klasse insgesamt hängt entscheidend von der Fähigkeit der Überflüssigen ab, ihre Situation zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Bewegung zu machen. In diese Richtung weisen die Aktionen der argentinischen Piqueteros.

Die Gewerkschaften sind durch die Frontalangriffe des Kapitals in eine offensichtliche Krise geraten, auch wenn bisher nur extremistische Liberale so weit gehen, schlichtweg ihre Abschaffung zu fordern. Zeichen dieser Krise ist nicht nur die Fülle der Niederlagen in einzelnen Kämpfen, sondern auch eine Tatsache, die an die Substanz der Gewerkschaft geht: ihr laufen die Mitglieder weg. **23**
Noch folgen der Gewerkschaft allerdings die immer kleiner werdenden Stammbelegschaften, wenn sie hier und da zum Kampf gegen Privatisierungen, Lohnsenkungen und Verlagerungen aufruft. Diese Kämpfe zielen nicht einmal auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen ab, und bleiben mit Forderungen, die weit hinter die Standards des vergangenen



Sozialstaates zurückfallen, an dem sie doch ausgerichtet sind, reine Defensivkämpfe. Besser als die Friedhofsruhe sind sie dennoch allemal: wenn sie auch nur ein verzweifeltes Aufbäumen darstellen, können sie doch im Einzelnen Kapitalinteressen durchkreuzen, und stellen vor allem eine letzte Erinnerung an die Idee dar, nicht alles kampflos hinnehmen zu müssen und eventuell Solidaritätserfahrungen zu sammeln.
Wie sehr diese Kämpfe eine bloße Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und die drohende Verschlechterung der Lebensbedingungen darstellen, zeigt sich daran, dass das einzige Ziel meist die Verhinderung des Schlimmsten bei angekündigten Betriebsschließungen ist: Bei diesem hoffnungslosen Kampf geht es um den Erhalt des Arbeitsplatzes um jeden Preis, wofür drastischen Lohnabstrichen zugestimmt wird, um die Finanzierung von Auffangbecken oder die Höhe von Abfindungen. In der Not scharen sich die Leute um ‚ihren' Betrieb, was in seiner Unmittelbarkeit einiges an Realismus beweist.
Ohne dass sich auch in anderen Betrieben oder sonstwo eine andere gesellschaftliche Perspektive zeigt, wäre es einfach weltfremd, den Betrieb kaputtzustreiken oder eine angebotene Abfindung auszuschlagen, um sich zum Märtyrer zu machen.
Dennoch: Trotz ihrer sinkenden gesellschaftlichen Bedeutung, die sich in dieser Beschränkung auf bloße Rückzugsgefechte ausdrückt, ist die Gewerkschaft noch lange kein toter Hund. Sie ist zum Teil durchaus mit Erfolg darum bemüht, durch SMS-Protestinitiativen, eifrige Transparentwedelei u.ä. Aufmerksamkeit und neuen Schwung zu erhalten. Vor allem aber kann sich sie sich nach wie vor darauf verlassen, dass sich – Mitgliederrückgang hin oder her – immer noch bedeutende Teile der Belegschaften aus Mangel an Phantasie und Erfahrung mit anderen Kampfformen und -inhalten in ihrer Angst und Unzufriedenheit an diese alte Instanz des überholten Reformismus klammern.
Um die lahme Gewerkschaftspolitik und das Fehlen außer- und antigewerkschaftlicher Kämpfe zu erklären, bedarf es also keiner Verschwörungstheorien über fiese Bürokraten. Es sind die Beschäftigten, die ihre Rolle als Arbeitskraft im Kapitalismus akzeptieren, indem sie die Lohnarbeit nicht in Frage stellen, und damit auch deren Vertretung, die Gewerkschaft. Diese ist für die Aushandlung des Preises dieser Arbeitskraft zuständig und ist um die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts-

ordnung klügste Lohnpolitik bemüht. Die Ergebnisse und Kompromisse, die dabei zustande kommen und allgemein als kleineres Übel akzeptiert werden, sind das logische Resultat einer mit der Funktion der Gewerkschaft untrennbar verbundenen Unterordnung unter den kapitalistischen Sachzwang und einer Belegschaft, die es gelernt hat, sich nur noch repräsentieren zu lassen und sich jedem Beschluss bedingungslos unterordnet.

Die Gewerkschaft kann nur dann ihre Funktion als Maklerin der Arbeitskraft im Kapitalismus erfüllen, wenn sie in der Lage ist, ihr Monopol auf diese Vertretung vor den Unternehmern unter Beweis zu stellen. Zu diesem Zweck muss sie einerseits ab und zu die Fähigkeit unter Beweis stellen, ihre Mitglieder zu mobilisieren und gar mit der ‚Aufkündigung des sozialen Friedens' drohen. Andererseits muss sie aber auch ihre Unverzichtbarkeit unter Beweis stellen, wenn sich der Unmut doch einmal in eigenen Aktionsformen und -inhalten Bahn bricht. Schon im Vorfeld sorgt sie mit ihren Geschäftsordnungen, Statuten, Geldmitteln, der Presse und ihren Beamten für die Eindämmung jeder auch nur im Ansatz stattfindenden Revolte. Kommt es dennoch dazu, dann gilt es Gewerkschaftsbeschlüsse nach unten durchzusetzen, gegenüber den Streikenden als Ordnungsmacht aufzutreten und für die Wiederherstellung des sozialen Friedens zu sorgen. Auch in dieser repressiven Funktion kann sich die Gewerkschaftsführung der Unterstützung eins Großteils ihrer Basis gewiss sein.

Die autonomen Kämpfe aber, die sich der Führung der Ge- **24**
werkschaften zu entwinden versuchen, tragen entgegen einer gewissen linksradikalen Mythologie nicht *per se* mehr emanzipatorische Inhalte in sich. Auch sie stagnieren oft auf dem bornierten Niveau des Standorterhalts, zu dem sich selbst die Gewerkschaften bisweilen als unfähig erweisen. Denn es ist nicht die Macht der Gewerkschaften allein, welche die Kämpfe blockiert. Vielmehr ist es das Ausbleiben und die Begrenztheit der Kämpfe selbst, woraus sich die Macht der Gewerkschaft begründet.

Dies ruft wiederum eine maximalistische Kritik auf den Plan, die alles, was nicht sofort auf die Revolution zielt, als Reformismus diffamiert. Doch besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen den begrenzten Kämpfen für die eine oder andere



Reform zur Verbesserung des eigenen Lebens, und selbst den Kämpfen zur Abwendung einer Verschlechterung desselben, und dem *Reformismus*. Dieser ist eine politische Strömung, die entweder direkt auf den Erhalt des Kapitalismus zielt, indem sie dessen schlimmsten Auswüchse abmildert oder unabwendbar gewordene Forderungen in institutionelle Bahnen lenkt, oder aber tatsächlich der Illusion anhängt, man könne durch eine lange Kette allmählicher Verbesserungen diese Gesellschaft in den Sozialismus transformieren. In jedem Fall aber ist es der Staat, der dies alles bewerkstelligen soll. Der Reformismus ist politisches Stellvertretertum; er muss jede Aktivität der Basis in vorgeschriebenen Bahnen halten. Hingegen werden in jenen Kämpfen überhaupt erstmal die eigenen Interessen vertreten. Nur in ihnen entsteht die Möglichkeit, aus dem Dasein als bürgerliches Rechtsubjekt, als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft, herauszutreten, notwendig müssen in ihnen die Kämpfenden über ihre gemeinsamen Ziele diskutieren, ihren sonst notwendigen Egoismus überwinden. Solidarität hört auf, sozialdemokratische Sonntagsphrase zu sein. Jeder Kampf hier und heute für die Verbesserung des eigenen Lebens, der sich des Stellvertretertums erwehrt, in dem Selbsttätigkeit stattfindet, ist das Experimentierfeld der zukünftigen Gesellschaft, deren Verkehrsformen nicht erst mit der Revolution auf einmal da sind.

Die Grenzen der Tageskämpfe dienen dem Leninismus zur Le- **25**
gitimation der Avantgardepartei. Als Revolutionstheorie ist er im Wesentlichen eine Theorie des Staatsstreiches, die Selbstanmaßung der Führerschaft über die bewusstlosen Massen. Sollte ihnen doch mal ein Licht aufgegangen sein, so ist es nach Lenin höchstens ein funzelig *trade-unionistisches*, und nicht das gleißende der Revolution. Die soziale Revolution kann aber nicht Sache einer Führung oder zentralen Leitung sein. Sie hat kein *Management.* Sie wäre sonst nichts weiter als die üblichen *coups d'états* oder gelenkte Revolten, die in neuerlicher Unterdrückung endeten. Der Genius der Subversion muss bei der Masse derjenigen vorhanden sein, die sie durchführen; sonst ist sie keinen Pfifferling wert. Wie sollte auch eine Revolution mit dem Ziel, die Herrschaft des Menschen über den Menschen abzuschaffen, das Leben in die eigene Hand zu bekommen, gelingen, wenn sie schon beim ers-

ten Schritt dorthin wiederum Führung, Leitung, Managements bedarf? Sie würde nur erneut in die alten Gleise der Passivität treten und die ganze alte Scheiße wiederholen.
Es war in der Geschichte der ML-Sekten seit dem Ende der sechziger Jahre oft genug Eitelkeit, wenn nicht gar maßlose Selbstüberschätzung, die ambitionierte Leute auf die Idee brachte, man brauche nur eine disziplinierte Organisation, um das Fanal zum Aufstand zu setzen und ihn zu lenken. Tausendmal wurde *die* Partei gegründet von ebenfalls Tausend, die der neue Trotzki oder Lenin sein wollten, von Leuten, deren historische Größe mit der Zwergenhaftigkeit ihrer Grüppchen wetteiferte. Immun gegen historische Erfahrung versuchten sie, ein Konzept, das die Geschichte selbst bereits verurteilt hatte, auf die Gegenwart zu übertragen. *Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein.*
Es gibt aber eine Kritik des Leninismus, die arbeitertümelnd das Problem des Klassenbewusstseins überhaupt verwirft. Das Bewusstsein sei unerheblich, da es, nach einem beliebten Marx-Zitat, nicht darauf ankomme, was sich dieser oder jener Proletarier vorstelle, sondern darauf, was die Proletarier historisch zu tun gezwungen sein werden. Dieser optimistische Geschichtsdeterminismus mogelt sich darüber hinweg, dass die Proletarier *nie* zur Revolution gezwungen sein werden, die den Anfang vom Ende der Vorgeschichte markiert, da die Menschen in ihr beginnen, ihre Geschichte bewusst zu machen. Eben dieser „Voluntarismus" ist das richtige Moment des Leninismus, das durch seine elitäre Parteikonzeption um seine Wahrheit gebracht wird.
Es gilt die falsche Alternative von leninistischer Selbstanmaßung und arbeitertümelnder Selbstverleugnung zu überwinden. Der moderne kommunistische Standpunkt ist keiner, der äußerlich an die Klasse herantritt, er will ihr weder paternalistisch das Heil bringen, noch erwartet er es devot von ihr. Er weiß vielmehr seinen subjektiven Beweggrund zum Kommunismus objektiv zu deuten, ihn rational und systematisch in seiner Gesellschaftlichkeit zu verstehen, eine Gesellschaftlichkeit allerdings, die er vorerst nur *in abstracto* mit allen anderen Proletariern teilt und dessen Wissen darum unwirklich bleibt. *In der Praxis muss er die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seiner Kritik beweisen.* Ohne die kollektive Praxis des Klassenkampfes, in der die Proletarier und Kommunisten un-

tereinander und miteinander in Kommunikation und Interaktion treten können, bleibt die kommunistische Kritik stets auf sich selbst zurückgeworfen, auf die Jenseitigkeit eines abstrakten *citoyen*-Standpunktes, der praktisch nicht in der Lage ist, *innerhalb* der Klasse Stellung zu beziehen.

Theorie und Praxis, deren Ineinander sich in revolutionären Momenten der Geschichte andeutete, schließen sich heute in erstarrter Opposition gegenseitig aus. Dies findet einen entsprechenden Ausdruck in dem, was man die kritische oder radikale Öffentlichkeit nennen kann. Einerseits in einem *Akademismus*, der bei allen richtigen Teilerkenntnissen nie zur Totalität der Verhältnisse vordringen kann, da er die Bedeutung der verändernden Praxis als Mittel der Erkenntnis nicht begreift, und andererseits in einem kurzatmigen *Aktivismus*, der nur sich selbst und nie die Gesellschaft in Bewegung versetzt. **26**
Wer nicht begreift, kann nicht wirklich handeln, und wer nicht handeln will, wird auch nicht begreifen. Man lese nur die Druckerzeugnisse der studentischen Linken, wohne ihren gespenstischen Vortragsversammlungen bei, und man versteht auf der Stelle, woher die Feindschaft gegen Theorie ihre Nahrung bezieht, wie zum Anderen unter nicht wenigen der radikal sich gebenden Akademiker das Ressentiment vorherrscht, dass unterhalb eines Universitätsdiploms die entscheidenden Erkenntnisse über die Verhältnisse gar nicht zu haben seien.
Der Aktivismus allerdings, der sich über den Akademismus erhaben dünkt, weil er ja schließlich was tut, ist nur die andere Seite dieser doktorbehüteten Missratenheit. So sehr die Anlässe, zu denen er mobilisiert, kritikwürdig sein mögen, sowenig ändert er im Grunde etwas an den Verhältnissen, die sie erst ermöglichten. Mit großem Getöse werden Kampagnen gegen Gipfeltreffen, für den Euromayday, für Existenzgeld und dergleichen lanciert und als subversiv vermarktet.
Dieses gesellschaftliche Engagement unterscheidet sich im Grunde von keinem anderen politischen Handeln, und *Politik ist das gesellschaftliche Handeln, das getrennt von der Gesellschaft ist.* Es findet in jener höheren Sphäre statt, wo ein jeder abstrakt bereits gesellschaftliches Individuum ist, ohne sich über die jeweils konkreten Interessen der Niederungen wirklich Rechenschaft ablegen zu müssen. Nicht aus der gesellschaftlich Praxis heraus wird eine Position entwickelt, son-

dern dieser einfach übergestülpt. Dann gilt es, Anhänger zu gewinnen, was manchmal schon als einziger Zweck jener Kampagnen erscheint, so oft deren Inhalt wechselt. Ähnlich wie beim Warenverkauf werden Marketingtricks angewendet, um das neuste eigene Produkt unter die Massen zu bringen. Hinter symbolischen Aktionen sollen sich diese scharen. Selbst da, wo Leute zum Handeln angeregt werden sollen, sind sie nur Objekte, pädagogisch zu manipulierendes Material. Politik ist nur die äußere Vereinheitlichung getrennter bleibender Individuen zu ihnen äußerlichen Zwecken.

In der klassenlosen Klassengesellschaft hat sich die Suche nach einem zentralen Segment der Proletarisierten erledigt. **27**
Die erhebliche Produktionsmacht, über die die Industriearbeiterklasse weiterhin verfügt, ist keine Gewähr dafür, dass ihre Kämpfe auf die zahllosen anderen Lohnabhängigen ausstrahlen und ausgeweitet werden. Weniger denn je kann es darum gehen, einen vermeintlichen Schlüsselsektor ausfindig zu machen.
Folgerichtig haben die gegenwärtigen sozialen Bewegungen gegen den so genannten Neoliberalismus die *Vielheit* der Orte der proletarischen Realität im Auge, ohne sie allerdings noch als Momente einer Klasse zu denken; sie wird zur *Vielfalt* verkitscht und erhält theoretische Weihe durch die Ideologie der „*Multitude*". Die richtige Erkenntnis des besagten Fehlens eines zentralen Segments und die richtige Weigerung, die Einzelnen einer Einheit unterzuordnen, mündet jedoch nur in einem neuen Konservatismus der Identitätspolitik. Nicht mehr wird die Umwälzung der Verhältnisse angestrebt, sondern lediglich eine „Welt, in der viele Welten Platz haben". Eine Welt, in der alle bleiben, was sie heute sind: Arbeiter, Bauern, Künstler, Informatiker, Indigenas und so fort. Die Identitäten haben sich vervielfältigt, aber man hält an ihnen so eisern fest wie die Steinzeitmarxisten an der einen proletarischen. Aus der sozialistischen Affirmation der Arbeiterklasse ist die reformistische der „Multitude" geworden, aus dem gerechten Lohn das Grundeinkommen für alle, aus dem Vaterland der Werktätigen das Recht auf universelle Staatsbürgerschaft – die postmoderne Wiederkehr von allem, was schon an der alten Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts faul war.

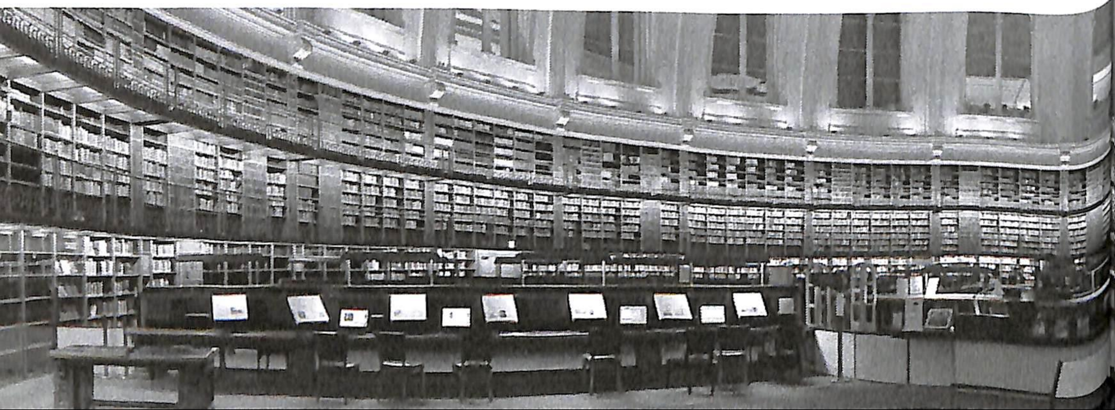
Der moderne kommunistische Standpunkt, der das Proletariat nicht verewigen, sondern aufheben, das Geld nicht gerechter verteilen, sondern überwinden, den Staat nicht demokratisieren, sondern abschaffen will, nimmt sich neben den zahllosen linken Versuchen, diese gesellschaftlichen Formen menschenfreundlich umzufunktionieren, aberwitzig aus. Er ist aber keineswegs utopisch, da er nur die objektiven Widersprüche der Gesellschaft auszutragen sucht; einer Gesellschaft, die sich zugleich durch die totale Vergesellschaftung wie die vollständige Atomisierung der Menschen auszeichnet, die einen noch nie da gewesenen Reichtum wie unbeschreibliches Elend erzeugt; die Produkt aller ist und dennoch eigenen Gesetzen folgt und sich jeder Kontrolle entzieht. Im Unterschied zur akademischen Linken weigert sich der kommunistische Standpunkt, die wirkliche Verdinglichung in der Theorie zu wiederholen; wo verwirrte Professoren die Gesellschaft in Begriffen von „Macht“, „Struktur“, „Diskurs“ verdunkeln, sieht er nur das Werk von Menschen, bestimmte historische Formen gesellschaftlicher Praxis, die aufgehoben werden können. **28**

Die kommunistischen Kritiker der Zustände erfahren sich als getrennt von der übergroßen Mehrheit der Proletarisierten, und sie sind es zunächst auch. Diese Trennung aber zu überhöhen, indem man die Kritik der Gesellschaft zu einer ungeheuer schwierigen Angelegenheit erklärt, hieße, den von allen geteilten Erfahrungsgrund zu leugnen, aus dem die kommunistische Kritik hervorgeht; und es hieße vor allem leugnen, dass die Rechtfertigung der Verhältnisse heute mehr Anstrengung bedarf als ihre Ablehnung: Die Widersprüche der Gesellschaft, die die kritische Theorie auf den Begriff zu bringen versucht, werden von allen erfahren und von vielen insgeheim erkannt. Die Macht der Ideologie gründet weder in der vermeintlichen Undurchschaubarkeit der Verhältnisse noch in der Ignoranz der Individuen, sondern darin, dass sie das Leben unter der Herrschaft des Kapitals, die von den Einzelnen selbst zu leistende Unterdrückung der Bedürfnisse, zum unausweichlichen Schicksal rationalisiert und dadurch erträglicher macht. Weil andere Verhältnisse verstellt sind, fügt sich das Alltagsbewusstsein den bestehenden ein.

Aufklärungsbemühungen, die den Leuten mit guten Argumenten auf die Sprünge helfen wollen, bleiben daher ohnmächtig. Es ist ein altes Missverständnis, Marx habe die Klassenkämpfe

initiiert, gar den Kommunismus „erfunden". Die Klassenkämpfe gingen ihrer Theorie voraus und brachten die Möglichkeit des Kommunismus zum Ausdruck, die die Theorie reflektierte und in die Kämpfe als pointierte Position zurücktrug. Auch heute müssen die Proletarisierten bereits den ersten Schritt gegangen sein, um ein Bedürfnis nach Begreifen der Verhältnisse und schließlich ihrer Überwindung zu entwickeln. Was den ohnmächtigen Vereinzelten abwegig scheint, wird denkbar, sobald die kollektive Aktion den Schein zerstört, die Verhältnisse seien unverrückbar; mitunter verwandeln sich dann Duckmäuser in Rebellen, und Leute, die nie eine Zeile Marx gelesen haben, werden auf einmal die besten Kommunistinnen. Avantgarde sind schlicht die, die im richtigen Augenblick das Richtige tun und so die Möglichkeiten, die in den versteinerten Verhältnissen liegen, ans Tageslicht bringen.

Für die versprengten Unzufriedenen, die sich in tristen Zeiten in kommunistischen Zirkeln zusammenfinden und gelegentlich lange Thesen verfassen, bedeutet dies *erstens*, dass sie es ablehnen zu taktieren, um „Glaubwürdigkeit" zu buhlen und sich bei irgendwem mittels „realistischer" Programme anzubiedern, um ihre Trennung von der Masse der Lohnabhängigen zu überwinden: „Die Anpassung ans falsche Bewusstsein hat dieses noch nie verändert" (Hans-Jürgen Krahl). Sie kennen den Unterschied zwischen dem Geschimpfe auf „die Bonzen" und der Kritik des Lohnsystems und halten ihn für keineswegs nebensächlich. Sie halten es mit Rosa Luxemburgs Auffassung, nichts sei revolutionärer, als zu erkennen und auszusprechen, was ist. Aber sie wissen *zweitens,* dass eben dies kein Monolog irgendwelcher Organisationen ist, die sich zur Konservenbüchse des revolutionären Klassenbewusstseins stilisieren; der kritische Materialismus kennt keine fix und fertigen Wahrheiten, die nur noch unters Volk gebracht werden müssten.



Bei aller Verschiedenheit proletarischer Lebensweisen und Überlebensstrategien weltweit ist es heute so, dass sie Verschiedenheiten *innerhalb* des Weltproletariats sind. Die kommunistische Kritik trägt dem Rechnung. Sie bliebe allerdings eine Chimäre, eben bloß abstrakt, rudimentär und unvollständig, ohne das Wissen und die Erfahrung der Proletarierinnen und Proletarier in der Produktion, ohne deren Produktionswissen. Die weltweite Aneignung und Revolutionierung der Produktion des materiellen Lebens hängt in letzter Instanz von diesem Wissen ab.

Was die über den Globus verstreuten Kommunistinnen und Kommunisten eint, ist nicht die Zugehörigkeit zu einer formalen Organisation, gar Weltpartei. Auch die kommunistische Selbstetikettierung der Einen oder des Anderen ist unwesentlich. Entscheidend ist die Fähigkeit, die getrennten Kämpfe weltweit aufeinander zu beziehen, die darin gemachten Erfahrungen zu kommunizieren und in diesen Auseinandersetzungen die lähmenden von den vorwärtsweisenden Momenten zu scheiden, die egoistisch-lokalistisch und ständischen, von denen, die auf Ausweitung und Kommunisierung zielen. Dies macht die freie Assoziation der Kommunistinnen und Kommunisten notwendig, die sie befähigt, vor Ort das richtige für das Ganze zu tun, aus Erkenntnis, nicht aufgrund von Weisungen, eines allwissenden revolutionären *Headquarters*. Eine freie Assoziation, welche durch die zwanghafte des Kapitalismus erst möglich wird, aber schon in ihrem Bestehen eine Vorwegnahme der freien Menschheit ist. Diese *historische Partei* löst sich dann aber im klassenbewussten Proletariat auf; dem Proletariat, das für seine Selbstaufhebung *bereits weltweit kämpft*. ■



„PRÄSIDENT CHÁVEZ IST EIN WERKZEUG GOTTES“

Der Höhepunkt bei Kindergeburtstagen in Venezuela besteht traditionell darin, eine „Piñata“ zu schlagen. Es handelt sich dabei um eine mit Süßigkeiten und Minispielzeugen gefüllte Puppe aus Pappmaché, die an einem Seil hängt. Auf diese versucht, der Reihe nach, jedes Kind mit verbundenen Augen und einem Stock zu schlagen, während die übrigen Kinder in vorsichtiger Entfernung rund herum stehen und schreien. Sobald die Piñata reißt und die wertvolle Ladung aus dem Himmel fällt, stürzen sich alle Kinder darauf und versuchen, soviel sie können an sich zu reißen. Dass die Stärkeren die Schwächeren verdrängen bzw. verprellen, versteht sich von selbst. Was jedes Kind bekommt, hängt ab von der Größe der Piñata, der Anzahl Kinder und der Fähigkeit, sich gegen die anderen durchzusetzen. Würden sich die Eltern nicht manchmal einmischen, gingen einige Kinder leer aus. - Was hat der bolivarianische Prozess damit zu tun? Wie wird weitergespielt? Wie ist es um die Mitspieler bestellt?

Venezuela steckt im Ölsumpf

Für Materialisten ist es nicht die Figur Hugo Chávez oder die seiner wirklichen oder vermeintlichen Berater, die den Schlüssel zum Verständnis der „bolivarianischen Revolution“ darstellt, sondern umgekehrt ist der Grund, warum Chávez an die Macht kommen konnte und als Regierungschef so handelt und redet, wie er es tut, in den historischen Strukturen, den konkreten ökonomischen Interessen und in den sozialen Spannungen Venezuelas zu suchen.
Seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist das Erdöl das wichtigste Exportprodukt Venezuelas geworden. Seither bestimmt es das gesamte wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Landes. Im Gegensatz zu landwirtschaftlichen Produkten gehörten die Bodenschätze schon damals dem Staat. Als direkter Geschäftspartner der ausländischen Erdölkonzerne verfügte er somit über eine Geldquelle, die von den übrigen wirtschaftlichen Aktivitäten im Lande weitgehend unabhängig war und es bis heute ist. Erst in den zwanziger Jahren hat sich die Autorität des Staates gegenüber lokalen Häuptlingen, den „Caudillos“, konsolidiert und den seit der Unabhängigkeit 1821 immer wieder aufflammenden blutigen Bürgerkriegen ein Ende gesetzt.

Besitzer natürlicher Ressourcen können den Zugriff von Seiten kapitalistischer Unternehmen verweigern bzw. teuer verkaufen. Das ist die Quelle der von Marx analysierten „absoluten Rente“. Mit der Gründung der OPEC im Jahr 1960 konnten die Erdöl exportierenden Länder diese „absolute Rente“ dem Weltmarkt entreißen und zudem erhöhen. Auf dem Energiemarkt trat und tritt Erdöl vor allem in Ergänzung und Konkurrenz zur Kohle. Die Ölförderkosten sind aber geringer als die der Kohle. Dies bedeutet, dass die Erdölindustrie eine so genannte Differentialrente erzielt. Der venezolanische Staat rang, vor allem nach 1958, mit den internationalen Erdölkonzernen um einen Anteil an dieser Differentialrente, bis er 1975 die Erdölindustrie verstaatlichte, ohne jedoch diese Konzerne völlig aus dem Spiel zu lassen. Seit bald hundert Jahren versucht dieser Staat nun, seine Machtposition bei den Verhandlungen mit den transnationalen Ölkonzernen zu verbessern, um ein möglichst großes Einkommen aus dem Ölgeschäft zu erreichen, ohne aber die Produktion und Lieferung des Öls ernsthaft zu gefährden.

Dies ist der Kern seines ewigen Antiimperialismus. Wie hart verhandelt wird, welche Konzessionen gemacht werden, das ist der Dreh- und Angelpunkt der Außenpolitik. Das politische Leben wird bestimmt durch das Ringen um die Staatsmacht, durch die Diskussion um die Haltung gegenüber den Ölkonzernen (bzw. den USA) und um die Verwendung der kassierten Ölrente. Auch die sozioökonomischen Strukturen haben sich historisch in direkter Abhängigkeit vom übermächtigen Staat und von seinen scheinbar unerschöpflichen Geldquellen gebildet. Dies führte auch zu einer frühen Verstädterung in den Verwaltungszentren und den Gebieten, in denen Erdöl gefördert, verarbeitet oder exportiert wird. Heute leben nicht mehr als 15 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande (in Frankreich sind es 25 Prozent und in Deutschland 10 Prozent).



Der Staat in den kapitalistischen Ländern finanziert sich hauptsächlich aus den Einkommen seiner Bürger bzw. aus dem von den Lohnabhängigen erpressten Mehrwert. Gleichzeitig wirkt er als ideeller Gesamtkapitalist regulierend auf den gesamten Wirtschaftszyklus ein, wobei die Ausbeutung der Lohnarbeiter im Staatsgebiet die maßgebende Größe bleibt. In Venezuela dagegen, wo der Erdölsektor mit einem Prozent der Beschäftigten für 85 Prozent des Exports, 60 Prozent der Staatseinnahmen und 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sorgt, hängen das Einkommen der Bevölkerung und die Profite der Unternehmer maßgeblich von der Verteilung einer Ölrente ab, die einen Teil des weltweiten produzierten Mehrwerts darstellt.
Alle Blicke richten sich in Venezuela auf den Staat. Ein Großteil des wirtschaftlichen Lebens besteht darin, sich im Gerangel um die staatlichen Geldtöpfe zu behaupten. Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen haben in dieser Konkurrenz um die Staatsnähe ihren Ursprung. Und der Staat verteilt: In Form einer ausgedehnten Bürokratie, durch Aufträge, Kredite und Subventionen aller Art und manchmal sogar durch soziale Ausgaben. Steigen die Staatseinnahmen entsprechend dem internationalen Erdölpreis explosionsartig an (z. B. durch eine Verdreifachung des Erdölpreises von 1973 bis 1975 oder auch von 2003 bis 2006), so gerät die ganze Gesellschaft in Trance: Die Reichen wollen noch reicher werden, und gut platzierte Leute sehen endlich die Zeit gekommen, um richtig Geld zu machen. Das Gros der Bevölkerung dagegen hofft, dass der Staat sie aus der täglichen Misere erlöst. Unter anderem durch große Investitionen in die Infrastruktur und vielfältige soziale Maßnahmen werden neue Verteilungskanäle geschaffen, die zugleich die Armut lindern können und dazu führen, dass Gruppen von Neureichen entstehen. So zielen z. B. industrielle Vorhaben in Venezuela nicht in erster Linie auf die Schaffung einer im kapitalistischen Sinn effizienten Produktion, sondern dienen vor allem den Unternehmern als Argument, Begünstigungen aller Art von Seiten des Staats zu bekommen, aber auch als Weiterverteilung der Erdölrente an die Bevölkerung, indem Arbeitsplätze gesichert werden. Stagnieren oder sinken die Erdölpreise, bleibt dennoch vor allem der gewachsene Appetit der Neureichen. Da sie am längeren Hebel sitzen, sind sie in der Lage ihn zu stillen, indem sie die Staatsausgaben und den

Import weiter in die Höhe treiben, während die Bevölkerung in die Röhre schaut. Die Folge ist, dass sich der Staat verschuldet und sich die Bevölkerung wieder an ihre altbekannte marginale Situation gewöhnen muss.
Diesem gesamten Verteilungssystem ist auch die Korruption inhärent. Ein weit verbreitetes Korruptionsnetz, das bei den sich selbst bedienenden Staatsangestellten anfängt und über Mittelsmänner, Subunternehmer, Transporteure, Händler, Gewerkschafter etc. weiter gesponnen wird, erfasst die gesamte Gesellschaft. Die Korruption manifestiert sich ebenso in der Kleinkriminalität, die die Verteilung vor allem in den verarmten Wohnvierteln mitgestaltet und durchschnittlich mehr als 20 Tote am Tag zur Folge hat. Werden die Profite vor allem aufgrund staatlicher Subventionen erzielt, dann sind die üblichen Voraussetzungen des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses, wie Investitionen, Produktion oder die Gestaltung der Arbeitsabläufe, zweitrangig. Um Profitraten zu erzielen, von denen das deutsche Kapital nur träumen kann, genügt es, dass der Staat den Ölhahn weiter offen hält, kassiert und verteilt. Sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor sind Instandhaltungsmaßnahmen sekundär. Groß angelegte Projekte werden mal stümperhaft, mal gar nicht zu Ende geführt. Nicht selten verrotten Maschinen, Infrastrukturen und Gebäude. Es verwundert nicht, dass noch heute etwa zwei Drittel der Lebensmittel importiert werden müssen – Tendenz stabil bis steigend.

Aufstand der Ausgegrenzten: Der „Caracazo" 1989

Nun kurz zurück zu unserem Gleichnis vom Anfang: Die Piñata wird kontinuierlich wieder aufgefüllt, so dass das Spiel nicht aufhört und jeder sich darauf stürzt, um etwas davon zu haben. Als Ende der siebziger Jahre die staatlichen Ausgaben weiter stiegen, obwohl der internationale Erdölpreis stagnierte, geriet auch Venezuela in die Schuldenfalle. In den achtziger Jahren wurde die Hälfte der Bevölkerung aus dem Spiel entfernt und zu reinen Beobachtern degradiert, während diejenigen, die direkten Zugang zum Staat hatten, sich um so gieriger bedienten, besonders da sie nicht wussten, wie lange das Spiel noch gut gehen würde. Doch 1989 platzte den Ausgegrenzten der Kragen: Sie hatten das Vertrauen in den Staat und die Politiker verloren. Drei Tage lang bediente sich die marginalisierte

Bevölkerung direkt aus den Regalen der Läden und aus den Warenlagern und drohte alles kurz und klein zu schlagen, womit das ganze Spiel und diejenigen, die davon in erster Linie profitierten, gefährdet waren. In einzelnen Fällen versuchten Menschen in Häuser und Wohnungen in den reichen Wohnvierteln einzudringen. In den Tagen darauf führten Polizei und Armee Razzien in den armen Wohnvierteln durch und setzten dem Spuk ein blutiges Ende: Offizielle Quellen gaben damals ca. 300 Tote an, inoffizielle meinen, dass es zehnmal so viele gewesen sein könnten. So endete zunächst der so genannte Caracazo (alles hatte in der Hauptstadt Caracas angefangen), in dem die Ausgegrenzten als bislang unbekanntes Subjekt auftauchten. Man kann sich vorstellen, wie viel Hass und Angst in allen Teilen der Gesellschaft damit ausgelöst wurden. Danach waren beide Kontrahenten erschrocken und gelähmt. Die Herrschenden betrieben zögerlich weiter ihre politischen und ökonomischen Geschäfte und schmückten sich mit vagen sozialen Versprechen. Doch die verarmte Bevölkerung misstraute den Beteuerungen und fraß ihre Wut in sich hinein, ohne jedoch die Grundlage der eigenen Misere anzupacken - nämlich die Entscheidungsmacht über Produktion und Verteilung sowohl dem Staat als auch den privaten Unternehmen streitig zu machen.



Linksnationalistische Tendenzen hat es bei Studenten, Intellektuellen und Militärs in Venezuela seit eh und je gegeben. Sie meinten, dass zuviel Geld an eine parasitäre Bourgeoisie verschwendet werde und mehr aus dem Erdölgeschäft herauszuholen sei, wenn man sich dezidierter gegen die Interessen der USA stellen würde und dabei auf die Hilfe des damaligen Blocks des real inexistierenden Sozialismus hoffte. So wahr es ist, dass sie entschiedene Gegner einer Bourgeoisie waren, die in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Venezuela und den USA entstand, zugleich von der Gunst des venezolanischen Staats abhing und die Macht im Staat für sich beanspruchte, so stimmt es auch, dass sie mit der Abschaffung der Lohnarbeit und des Staates nichts am Hut hatten. Solange die Erdölrente, wenn auch in sehr unterschiedlichen Anteilen, bis in die letzten Winkel der Gesellschaft drang, konnten die Linksnationalisten keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen, und dies war immer eine Voraussetzung für eine eventuelle Machtübernahme.
Der „Caracazo“ zeigte, dass sich in dieser Hinsicht die Lage grundsätzlich geändert hatte: Die Ausgegrenzten, die kein regelmäßiges Einkommen bezogen, die nicht wussten, wie sie von einem Tag auf den andern überleben sollten und sich durchwurstelten (die Damen und Herren der Soziologie und der Ökonomie haben dafür den Begriff des „informellen Sektors“ erfunden und machen dank seiner schöne Karrieren), die kaum mehr Hoffnung hatten, die von den staatlichen Institutionen so gut wie ignoriert und allesamt mehr oder minder als potenzielle Kriminelle behandelt wurden – diese Ausgegrenzten waren empfänglich für einen Diskurs, der den totalen Bruch mit den verhassten „Reichen“ und der vor sich hin „verwaltenden“ Staatsbürokratie versprach, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen und die Armen wieder in die Gesellschaft zu integrieren, sie also in die Verteilungsmechanismen der Staatsgelder einzubeziehen. Es ist aufschlussreich, dass eine der Parteien, die bereits zu dem ersten Wahlbündnis um Chávez gehörte, „Vaterland für alle“ heißt.
In der Bevölkerung wuchs das Vertrauen in die Politik wieder, und nach dem Wahlsieg von Chávez im Jahr 1998 auch in die Institutionen des Staats – unter der Bedingung, dass dieser ein neues Gesicht bekam. In diesem Sinn hat der „Kommandant“ Recht, wenn er betont, dass er, anstatt die Spaltung

der Gesellschaft zu vertiefen, das Land vor dem Bürgerkrieg zwischen Armen und Reichen gerettet hat.
Um Chávez gruppierten sich einerseits diejenigen, die ihre Chance witterten, anstelle des herkömmlichen politischen Establishments endlich selbst an der Geldquelle zu sitzen, und andererseits einige „Techniker", die ernsthaft die teilweise katastrophalen Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern wollten. Die neue Regierung, die anfänglich nur auf einen Teil des Militärs zählen konnte, war auf die Unterstützung der breiten Massen angewiesen, um sich im Kampf um den Zugang zu den Geldhähnen gegen das traditionelle politische und ökonomische Establishment behaupten zu können. Nicht von ungefähr wurde zuallererst eine neue Verfassung verabschiedet, die den Unterschied zur bisherigen Vierten Republik unterstreichen sollte.

Die neue Verfassung und der Kampf um die Ölrente

Charakteristisch für diese neue Verfassung ist die systematische Verwendung der weiblichen Form, die Betonung der „partizipativen und protagonistischen" im Gegensatz zur „repräsentativen" Demokratie und die Einräumung spezieller Rechte für die indigene Bevölkerung. Die ersten Jahre vergingen damit, die traditionellen Nutznießer des Staates von dem unmittelbaren Zugriff auf die Staatseinnahmen zu verdrängen. Dies war mit personellen Umbesetzungen in entscheidenden staatlichen Institutionen verbunden und gipfelte in einem Putschversuch der verdrängten Eliten sowie im Kampf um die Kontrolle des staatseigenen Erdölkonzerns PDVSA. Diese Konfrontation zwischen einer entstehenden neuen und der alten Machtelite wurde als Kampf der „Armen" gegen die „Reichen" präsentiert. Die Ausgegrenzten, die eigentlich auf materielle Verbesserungen warteten, sahen in dem Feind ihres altbekannten Feindes ihren Freund und Retter; sie jubelten über jeden rhetorischen oder tatsächlichen Schlag, den die alte herrschende Clique einstecken musste.
Die spektakuläre Beschlagnahmung brachliegender Ländereien von Großgrundbesitzern und das Ausbleiben jeder Repression durch das Militär, das stattdessen für öffentliche Aufgaben wie Straßenreinigung und das Anmalen von Schulen eingesetzt wurde und seine Krankenhäuser für die Allgemeinheit öffnete,

verfestigten das Gefühl, die Regierung sei wirklich eine Regierung der Armen. Dass es sich bei den Landumverteilungen jedoch vor allem um einen propagandistisch motivierten Eingriff der Regierung handelte – von den 35 Millionen Hektar bebaubaren Landes sollen nur 1,5 Millionen Hektar neu verteilt werden – änderte daran ebenso wenig wie die Tatsache, dass die weit wichtigeren kapitalistischen Agrarbetriebe verschont blieben. Als die von ihrem direkten Zugriff auf die Staatsmacht verdrängten Eliten im Jahr 2002 den Staatstreich probten, war diese Identifikation der Armen mit dem Staatschef mitentscheidend dafür, dass sie auf die Straße gingen und der Putsch scheiterte.
Nach diesem fehlgeschlagenenStaatstreich blieb die PDVSA ein Staat im Staate, eine Festung, in der die alte Elite sich verschanzte. Als die Regierung Ende 2002 versuchte, die Leitung der PDVSA auszuwechseln, rief diese mit Unterstützung der alten Gewerkschaftskonföderation CTV zum Streik im Erdölsektor auf. Bald dehnte sich der zweimonatige Unternehmerstreik auf private Firmen vor allem im Handel, Gütertransport- und Bankensektor aus. Dennoch war das keine umfassende Aussperrung: Am meisten betroffen waren ironischerweise die wohlhabenden Viertel. In anderen Stadtteilen beteiligten sich kleine und mittlere Unternehmen kaum an der Aussperrung.
Der Streik bei der PDVSA wirkte sich landesweit direkt auf die Benzinversorgung aus, und selbstverständlich traf er den Erdölexport empfindlich. Ein Teil der Arbeiter erhielt aber die Produktion und den Transport halbwegs aufrecht, woraus Stolz und ein gewisses Machtgefühl entstanden. Das Durchgreifen der Regierung, um die Versorgung am Laufen zu halten, die Unentschlossenheit der Unternehmer und die ungebrochene Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit für Chávez besiegelten die Niederlage des Unternehmerstreiks und der Leitung der PDVSA. Am Ende wurden die Leitung und 18.000 Mitarbeiter der PDVSA - fast die Hälfte des Personals! - entlassen. Einige mittlere Unternehmer, die sich durch den Streik mit der Regierung überworfen hatten, hielten es unter diesen Umständen für unsinnig, den Betrieb wieder aufzunehmen, zumal sie es sich mit ihrer Ankündigung, die ausgefallenen Arbeitstage nicht zu bezahlen, auch mit den eigenen Arbeitern verscherzt hatten. Als daraufhin die Arbeiter und Angestellten den Erhalt ihrer Arbeitsplätze forderten, antwortete die Regierung

mit dem Konzept der Mitbestimmung, auf das wir später noch eingehen werden.

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Die rechte Opposition war politisch geschlagen, was nicht hieß, dass der akkumulierte Reichtum der bisherigen Eliten ernsthaft angetastet wurde. Aber sie konnten sich nicht mehr nach Lust und Laune aus der Staatskasse bedienen. Das private Großkapital suchte dann den Kompromiss. Die soziale Basis der Opposition, die sich nach dem alten Regime sehnte, bestand (und besteht) aber vor allem aus mittleren und kleinen Unternehmern, Selbständigen und der breiten Mittelschicht. Diese Opposition sieht die Kontinuität ihrer Geschäfte und ihren Lebensstandard durch eine Regierung bedroht, die sie nicht an den Entscheidungen teilnehmen lässt. Bis heute ist es vor allem diese soziale Schicht, die in einer ebenso rabiaten wie hilflosen Ablehnung der neuen Regierung verharrt.
Nun war die Zeit gekommen, in der die Regierung ihre Macht befestigen und den Appetit der neuen Aufsteiger, insbesondere der Militärs, stillen musste. Auch die Erwartungen der Ausgegrenzten, die die Früchte ihrer aktiven Beteiligung am



Scheitern des Putsches sehen wollten, galt es zu erfüllen. Gleichzeitig erwarteten die Arbeiter, dass auch ihr Beitrag zum Fiasko des Unternehmerstreiks honoriert werde. Schließlich hatten sie bewiesen, dass sie für die Kontinuität der Produktion ausschlaggebend sind. Ausgegrenzte wie Arbeiter waren nicht mehr bereit, wegen des vordringlichen Kampfs mit der bürgerlichen Opposition Geduld an den Tag zu legen. Die Maßnahmen, die die materiellen Lebensbedingungen verbessern und die Macht des Volkes verkörpern sollten, wurden in den Vordergrund gestellt. Im Jahr 2003 wurde die Ära der „Misiones“ eingeläutet.
Sie werden unter dem Motto „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ präsentiert. Dass diese Maßnahmen, die immer von oben, meistens vom Präsidenten höchstpersönlich, entschieden wurden, in erster Instanz dazu dienten, die mit den alten Eliten verbundenen Bürokraten im Staatsapparat auszuschalten, die Gelegenheit zu neuen mehr oder weniger korrupten Geschäften zu schaffen und die Ausgegrenzten durch ihre Eingliederung in ein neues Netz von Organisationen sozial und politisch zu kontrollieren, wird meistens übersehen oder als vorübergehende Erscheinung betrachtet.
Ein Merkmal dieses neuen „Sozialismus“ ist es, dass klassische Lohnempfänger stiefmütterlich behandelt werden. Sie werden eher als Privilegierte betrachtet, die schon „in Lohn und Brot“ stehen. Im privaten wie im öffentlichen Bereich sind die meisten Tarifverträge abgelaufen, wovon etwa drei Millionen Lohnarbeiter betroffen sind. Beispielsweise sind seit vier Jahren Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und dem Gesundheitsministerium fällig. Die Kaufkraft der Beschäftigten im privaten Bereich ist seit 1998 um ca. 25 Prozent gesunken. Auch die Tatsache, dass der Staat und seine Unternehmen ihre Versprechen vor allem gegenüber ehemaligen Mitarbeitern nicht einhalten, führt regelmäßig zu Protestaktionen. Der Mindestlohn wird direkt vom Präsidenten angepasst – meist kündigt er dies in seiner Rede zum 1. Mai an, die im Fernsehen live übertragen wird – und betrifft vor allem Beschäftigte von Mikrounternehmen (auch von Kooperativen) im oder am Rande des informellen Sektors, wo kein Tarifvertrag existiert. Der Mindestlohn dient auch als Maßstab, um die Altersrenten im privaten Sektor sowie Löhne und Stipendien in den „Misiones“ festzusetzen.

Adressat der sozialen Maßnahmen ist in erster Linie die marginale Bevölkerung, immerhin 50 Prozent der Gesamtbevölkerung, die in selbstgebauten Elendsvierteln haust und mit einem völlig unregelmäßigen Einkommen zu überleben versucht. Dies erfordert oft viel Phantasie, was z. B. seit einigen Jahren die Vermietung von Handys für einzelne Gespräche an fast jeder Straßenecke der Innenstadt belegt. Dass die meisten und bekanntesten Maßnahmen unter dem Konzept „Misiones" laufen, ist bezeichnend. Mission kann sowohl im Sinne eines militärischen Auftrags verstanden werden, mit einer Trennung von Befehlsgeber und Befehlsempfänger, als auch im christlichen Sinne, mit einer Trennung zwischen aktiven Missionaren, die wissen, wo es lang geht, und passiven Missionierten, denen der Genuss der Früchte der Mission in Aussicht gestellt wird, wenn sie dem vorgeschriebenen Weg folgen. Auf der ideologischen Ebene wird dem Kapitalismus vorgeworfen, er verwende die Profite für egoistische Zwecke, während der „Sozialismus" durch die Verwendung derselben für die Interessen des Volkes charakterisiert wird. Die Armut soll durch Geldtransfers bekämpft werden, ohne das Privateigentum ernsthaft in Frage zu stellen. Eine solche Umwälzung wäre auch, wenn überhaupt, nur von den proletarisierten Massen und nicht vom Staat zu erwarten. Die in den vergangenen Jahren in Venezuela wieder aufgewärmte Diskussion, ob Jesus der erste Sozialist gewesen sei, zeugt von der unhistorischen und moralischen Dimension des ganzen „sozialistischen" Geredes, wo die Armen von Jesus und seinem Wunder der Brotvermehrung das Heil erwarten.
Die „partizipative Demokratie" wird in die Tat umgesetzt - aber erst muss die Bevölkerung dazu erzogen werden. Bis dahin regieren die von Jesus, Bolivar oder Castro erleuchteten Jünger und Erzieher, die ihren Unterricht mehrere Stunden am Tag und mehrere Tage in der Woche über öffentliche Rundfunk- und Fernsehanstalten verbreiten, auch wenn vor kurzem die berühmteste erzieherische Sendung „Aló Presidente", bei der Chávez jeden Sonntag stundenlang Volksnähe demonstrierte und wichtige Entscheidungen kundtat, par ordre du Mufti und ohne Begründung praktisch auf Eis gelegt wurde. Als Alternative dazu gibt es die von den Neoliberalen und Walt Disney inspirierten privaten Sender, die ihren eigenen Müll weiter verbraten. Warum nur einem von ihnen, dem TV-Sender RCTV,

Ende Mai die Fernsehlizenz nicht verlängert wurde, bleibt auch ein Geheimnis... Manche vermuten, es handele sich um die staatliche Begünstigung eines anderen privaten Medienkonzerns, der als Global Player 35.000 Menschen in den USA beschäftigt, indem mit RCTV ein unbequemer Konkurrent um die Einnahmen aus der Werbung ausgeschaltet wurde.

Die Missionen

Missionen gibt es inzwischen wie Sand am Meer in allen denkbaren Bereichen, von der Gesundheit bis zur Erziehung, über Lebensmittelversorgung, Wohnungsbau, Erhalt von Arbeitsplätzen, Energie u. v. m. Allen Missionen ist gemeinsam, dass sie an den eigentlich zuständigen Ministerien vorbei organisiert werden. Eine neue By-pass-Verwaltungsbürokratie entwickelt sich neben der alten, so dass den traditionellen Verbindungen zwischen Ministerialbürokratie und Wirtschaftsoligarchie das Wasser abgegraben wird. In diesem Sinne sind die „Misiones" auch Waffen der Regierung, um die aus alten Zeiten übernommenen Staatsfunktionäre zu kontrollieren und ihre Verbindungen zu zerschlagen. Außerdem finanzieren sich die Missionen nicht aus dem vom Parlament verabschiedeten Staatsbudget, sondern größtenteils aus undurchsichtig verwalteten Sonderkassen der mittlerweile gefügigen PDVSA. Eine Rechnungslegung gibt es weder für diese Kassen noch für die Missionen selbst, womit neuen Begünstigungen, Korruptionskanälen und der Vetternwirtschaft Tür und Tor geöffnet werden. Von einer Koordinierung aller Maßnahmen kann nicht die Rede sein. Der ständige Wechsel verantwortlichen Personals auf allen Ebenen (vielleicht aus Angst vor neuen, von Chávez nicht kontrollierbaren Machtgruppen innerhalb der Behörde) führt dazu, dass alte Entscheidungen ignoriert und neue getroffen werden, somit Anpassungen am laufenden Band stattfinden müssen, so dass man eher von einer systematischen Improvisation reden müsste. Der immer höhere Anteil von Militärs in der staatlichen und parastaatlichen Verwaltung kann auch als Versuch erklärt werden, diesen Zustand halbwegs zu bändigen.

Eine der erfolgreichsten Missionen ist „Barrio Adentro", die Mission im Gesundheitssektor. Es handelt sich um ein möglichst flächendeckendes Netz präventiver Medizin, um die Bevölkerung vor Ort und kostenlos zu betreuen, die früher ihre Viertel verlassen und oft tagelange Geduld, aber auch Medikamente oder Material mitbringen musste, um überhaupt in öffentlichen Institutionen behandelt zu werden. Die Logistik wird vor allem von Kuba sichergestellt, das circa 20.000 Ärzte und medizinisches Personal sowie Medikamente zur Verfügung stellt. Im Gegenzug erhält die Karibikinsel venezolanisches Erdöl. Die Ärzte wohnen in so genannten Módulos, in denen sich auch die Praxisräume befinden und die in den Vierteln der Patienten liegen sollen, hinzu kommen Hausbesuche. Vor allem auf dem Lande und in abgelegenen Gegenden bringt dies der Bevölkerung eine ernsthafte Verbesserung der medizinischen Versorgung.
Dass das kubanische Personal sich nicht nur um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch um ihre ideologische Prägung kümmert, zeigt die allgegenwärtige Präsenz von Plakaten in den entsprechenden Módulos, die die kubanische Revolution hoch halten. Angesichts des notorisch gut organisierten Polizei- und Spitzelapparats in Kuba ist die in Venezuela manchmal geäußerte Vermutung, dass ein Teil der Ärzte auch „Sonderdienste" betreibt, nicht von der Hand zu weisen. Manche sehen die Hausbesuche auch als Versuch, die Stimmung in der Bevölkerung zu messen: Die medizinische Versorgung geht mit einer gewissen Einschüchterung einher.
Von den ursprünglich mehr als 5.000 vorgesehenen Módulos sind bis heute kaum die Hälfte gebaut worden; die „dringenden" Bauaufträge wurden meist Unternehmen zugespielt, bei denen hohe Militärs ihre Finger im Spiel haben, und die oftmals lediglich die Aufträge an Subunternehmen weiterleiten. Der angesetzte Baupreis von ca. 250.000 Euro pro Módulo entsprach etwa dem Fünffachen der Kosten für Gebäude ähnlicher Größe. Und nicht jedes gebaute Módulo wurde benutzt. Wegen mangelnder Instandhaltung müssen immer mehr Módulos geschlossen werden. Nach vier Jahren hat die Euphorie nachgelassen.
Problematisch ist auch die Koordination mit dem offiziellen Gesundheitssektor: Die kubanischen Medikamente, die offenbar für unterschiedliche Leiden gleichermaßen eingesetzt werden,


GALERIA
DEL TEATRO INFANTIL
DIAS PASADOS POR
AGUA
PROPIETARIO
A. VANEGAS ARROYO.

unterliegen keinerlei Kontrolle durch das Gesundheitsministerium. Müssen Kranke zur Weiterbehandlung von der „Mision" in Krankenhäuser verlegt werden – die zusammen mit den privaten Kliniken weiterhin den Hauptteil des Gesundheitssystems bilden – entsteht in der Regel ein abrupter Wechsel in den Behandlungsstrategien, der den Patienten selten zugute kommt. Daher wurde inzwischen ein ganzer „kubanischer" Medizinzweig aufgestellt, mit eigenen Diagnosezentren, spezialisierten Kliniken und gegebenenfalls sogar einer Weiterbehandlung in Kuba.
So gibt es zwei parallele und fast hermetisch abgeschlossene Strukturen des Gesundheitswesens. Und trotzdem ist der allgemeine Gesundheitszustand im Lande kritisch: Während bei den Frauen der alten und neuen gehobenen Schichten ein Hype plastischer Chirurgie herrscht, ist im vorigen Jahr u. a. die Zahl der Masern-, Malaria- und Dengue-Fieber-Erkrankungen um 30 Prozent gestiegen. Dies nicht zuletzt auf Grund der katastrophalen Lage bei der Müllbeseitigung. Auch hier herrscht Chaos: Kooperativen, die nur mit Besen und Schippen ausgerüstet sind, konkurrieren mit Privatfirmen, die das Problem ebenfalls nicht in den Griff bekommen, aber von den Bürgermeistern bevorzugt werden und für ihre „Dienstleistung" kräftig kassieren. Die beste medizinische Versorgung versagt, wenn Müllberge in den ärmeren Vierteln Ratten, Kakerlaken und anderes Geziefer beherbergen.
Erziehung ist sicherlich ein sehr wichtiges Instrument der sozialen Integration. Die ersten Maßnahmen in diesem Sektor betrafen die offiziellen Schulen: Hier wurden bis jetzt von den existierenden 30.000 Schulen etwa 5.000 in so genannte bolivarianische Schulen überführt. Konkret bedeutet dies eine Verlängerung des Schultags von fünf auf acht Stunden, die ein Mittagessen und eine Ausweitung kultureller Aktivitäten einschließen. Hinzu kommt eine Anpassung des Lehrstoffs (teilweise in Abstimmung mit Schülern oder Eltern) an lokale Gegebenheiten, aber auch eine Betonung der Werte rund um die „nationale Identität". So vermischen sich materielle Verbesserungen und Ideologievermittlung. Dass sich die Verlängerung des Schultags auch in einer entsprechenden Lohnerhöhung für Lehrer und Schulpersonal niederschlägt, trägt zur Beliebtheit dieses Programms bei. Um die Lieferung der Mittagessen konkurrieren wiederum Kooperativen, z. B. von

Eltern, und private Unternehmen. Aber egal wer den Zuschlag erhält, kontinuierliche und pünktliche Lieferungen sind nicht garantiert, so dass die Schüler manchmal kurzfristig ohne Essen nach Hause geschickt werden.
Noch spektakulärer sind die „Misiones" für Erwachsene ohne Schulabschluss oder Ausbildung. Sie reichen von Alphabetisierung – obwohl Analphabetismus unter Erwachsenen sehr selten ist und meist ältere Menschen betrifft – über das Nachholen des Abiturs bis zur Berufsausbildung. Eine bolivarianische Universität für diejenigen, die an den öffentlichen Universitäten keinen Platz gefunden haben oder rausgeflogen sind, vervollständigt dieses parallele Erziehungssystem. Die Hoffnung, eine Qualifikation erlangen zu können, um sein Einkommen zu verbessern, hat anfänglich einen riesigen Andrang verursacht, den man abends in der Nähe von Schulen und anderen öffentlichen Räumen beobachten konnte. Dies wurde auch dadurch unterstützt, dass manche Teilnehmer Stipendien erhielten - etwa die Hälfte des Mindestlohns, also rund hundert Euro. Selbstverständlich gab es auch bei diesen Maßnahmen Abbrecher, vor allem bei den Nicht-Stipendiaten. Aber auch die Teilnehmer werden in der Regel von ihrem Alltag eingeholt und haben tagsüber weder Zeit noch die nötige Ruhe, zu Hause den Lehrstoff ernsthaft zu üben, geschweige denn zu vertiefen. Die Titel bezeugen weniger eine wirkliche Qualifikation als vielmehr Loyalität gegenüber der Regierung. In Venezuela kann das nicht schaden.
Das pädagogische Konzept ist problematisch: Das gesamte Lehrmaterial stammt aus Kuba, und der Unterricht besteht hauptsächlich aus dem Abspulen einer Videokassette. Für Fragen stehen meistens Assistentinnen zur Verfügung, die den Mindestlohn bekommen und deren Kenntnisse oft kaum über das Niveau des Videos hinausgehen. Statt eines Dialogs herrscht passives Konsumverhalten, ein kontinuierliches Glotzen auf eine Mattscheibe, die das unbestrittene und unbestreitbare Richtige und Wichtige ausspuckt. Hier findet keine Selbstermächtigung statt, sondern es verstärkt sich die Autoritätshörigkeit. Vor den Wahlen im Dezember 2006 wurde an die Teilnehmer einiger Erziehungskurse ein Formular verteilt, in das sie Namen, Adressen, Telefon- und Personalausweisnummern sowie das voraussichtliche Wahlverhalten von zehn Nachbarn eintragen

sollten. Das Ganze wurde als Pflege von Nachbarschaftskontakten verkauft, und niemand nahm daran Anstoß.
Fast alle Teilnehmer an der „Misión“ zur beruflichen Qualifikation erhalten ein Stipendium, was zurzeit allerdings in Frage gestellt wird. Sie ist daher ein echter Renner: Viele wollen hin, aber nicht jeder wird angenommen, wobei von Zeit zu Zeit die Haltung zur Regierung eine Rolle spielt. Immerhin sind mehr als 500.000 Leute qualifiziert worden. Am Ende jedes Kurses sollten die Graduierten Kooperativen bilden, denen Kredite, Aufträge und eventuell Land versprochen wurde. Das funktionierte zunächst ziemlich gut, und die Regierung hatte sich sogar das Ziel gesetzt, mittelfristig knapp 100.000 Kooperativen zu schaffen. Aber inzwischen tummeln sich so viele Kooperativen auf dem Markt, dass nicht mehr alle vom Staat systematisch bedient werden können und nur noch etwa 5.000 real existieren.
Auch im Bereich der Ernährung gibt es flächendeckende Maßnahmen. Dafür wurde eigens ein neues Ministerium geschaffen, der jetzige Minister ist ein General. Die „Misión Mercal“ hat die Aufgabe, Lebensmittel zu besorgen und der Bevölkerung zu Preisen zukommen zu lassen, die durch Subventionen um etwa 30 Prozent verbilligt werden. Das Verteilungsnetz umfasst mehr als 10.000 Stützpunkte. Neben eigenen Geschäften gibt es Konzessionäre im normalen Kleinhandel, die die verbilligten Lebensmittel neben ihrem sonstigen Sortiment vertreiben. Unregelmäßige Großmärkte am Wochenende in der Hauptstadt und in anderen Großstädten vervollständigen das Angebot. Etwa die Hälfte der Bevölkerung kauft dort ein. Im Prinzip sollten diese Lebensmittel von Kleinproduzenten oder den ländlichen Kooperativen stammen, aber ein Blick auf die Regale widerspricht dem: Das Angebot erinnert eher an die HO-Läden der ehemaligen DDR und besteht fast nur aus trockener Nahrung (Reis, Nudeln, Mehl, usw.), Dosen (Margarine, Fleischpaste, usw.) oder Flaschen (Öl, Tomatensauce, Getränke). Frischware wie Obst, Gemüse oder Fleisch kann fast nur auf den gelegentlichen Großmärkten gekauft werden. Jeder muss zusätzlich wichtige Lebensmittel in den konventionellen Geschäften oder bei den „fliegenden“ Straßenhändlern einkaufen, schon allein, weil die „Misión Mercal“ umgerechnet nur etwa 150g Lebensmittel pro Einwohner und pro Tag liefert! Entgegen dem Diskurs über die Ernährungssouveränität liegt

der Importanteil, vor allem aus Kolumbien und Brasilien, bei etwa 50 Prozent. Die „Misión“ versorgt die Menschen nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit geistiger Nahrung: auf ihre Verpackungen gedruckte Comics dienen der Verbreitung der bolivarianischen Ideologie. Das Militär sorgt für die Logistik und es eröffnen sich wieder neue Korruptionsfelder entlang der gesamten Kette von Einkauf, Lagerung, Verteilung und Verkauf. Auch im Versorgungssektor lässt die ursprüngliche Euphorie daher nach. Einige Läden werden nicht mehr mit Produkten versorgt, andere sind wegen dringender Reparaturen oder mangelnder hygienischer Vorkehrungen geschlossen. Seit fast einem Jahr sind Grundnahrungsmittel wie Milch, Zucker, schwarze Bohnen oder Sardinen in Büchsen nur sporadisch zu finden, wobei die ersehnten Waren oft zu erhöhten Preisen im Straßenhandel gleich um die Ecke auftauchen. Auch Hühner- und Rindfleisch sind Mangelware geworden. Inzwischen erfasst diese Knappheit den gesamten Markt.
Für die absoluten Habenichtse und Obdachlosen wurde ein System zur Verteilung von kostenlosen Mahlzeiten aufgestellt: Einige Hausfrauen bereiten die Mahlzeiten mit den gelieferten Produkten zu und bekommen dafür vom Staat den Mindestlohn. Dies ermöglicht zwar das physische Überleben, aber an den Wurzeln dieser menschlichen Katastrophe ändert es rein gar nichts.
Auch wenn sich die Lage vor allem für die Ärmsten verbessert hat, ist die Versorgung der gesamten Bevölkerung noch lange nicht garantiert. Man muss den ganzen Tag auf Trab sein, um die nötigen Lebensmittel zu besorgen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Mindestlohn knapp über 200 Euro liegt, während die Lebensmittelpreise mit den Sonderangeboten bei Aldi vergleichbar sind. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung lebt in extremer Armut und kann sich nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel für eine gesunde Ernährung leisten. Dann sind immer noch etwa 30 Prozent der Familien als arm zu betrachten, denn sie verfügen über kein Einkommen, das die Grundbedürfnisse an Lebensmitteln, Wohnung, Bekleidung und Transport decken kann. Laut amtlichen Statistiken erreichen die privaten Ausgaben der Familien inflationsbereinigt etwa dasselbe Niveau wie 1998.



Der Bedarf an festen Wohnungen mit Straßenanbindung und Zugang zu Wasser ist so groß wie die Elendsviertel: Er wird auf 1,8 Millionen Wohneinheiten geschätzt. Zusätzlich müssten 60 Prozent der existierenden Wohnungen saniert werden, während Erdrutsche jährlich Tausende von Menschen obdachlos oder zumindest ihre Umsiedlung erforderlich machen. Zu diesem Gesamtkomplex existiert auch eine Mission. Das Thema ist allgegenwärtig und die Erwartung der Bevölkerung hoch. Die neuen Wohneinheiten werden, je nach sozialer Lage der Betroffenen, auch mal kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Normalfall müssen sie aber mit Hilfe sehr günstiger Kredite bezahlt werden.

Die Vergabe von Bauaufträgen ist wiederum sehr undurchsichtig, und die Bewohnbarkeit der hastig errichteten Häuser ist oft zweifelhaft. Diese Mission ist auch nach offiziellen Statistiken die am wenigsten erfolgreiche unter den großen. Es werden jährlich höchstens 70.000 von den geplanten 120.000 neuen Wohnungen fertig gestellt. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wohnungsvergabe ebenfalls von einer gewissen bürokratischen oder politischen Willkür abhängt.

Um den Druck zu mildern, wurde ein weiteres Programm auf die Beine gestellt, das in dringenden Fällen den Kauf von Wohnungen auf dem primären Wohnungsmarkt vorsieht. Findet

der Betroffene eine Wohnung zu einem Preis, der bestimmte Grenzen nicht überschreitet, so bekommt er vom Staat die entsprechende Summe. Die Korruption in diesem Programm war aber so massiv (oder hat sie nur die „Falschen" begünstigt?), dass die Regierung es kürzlich, bis zur Klärung der Lage, auf Eis gelegt hat.

Mythos Mitbestimmung

Es wäre müßig, die anderen „Misiones" durchzugehen: Es ergibt sich stets das gleiche Bild. Wir sollten stattdessen die nächsten Zeilen den wirklichen oder vermeintlichen Veränderungen in den Betrieben widmen. Zunächst wäre festzuhalten, dass in den meisten privaten wie staatlichen Unternehmen „business as usual" herrscht. Neu ist lediglich, dass überall ein mehr oder weniger regierungstreuer Gewerkschaftsverband (UNT) Fuß gefasst hat, der sich im Alltag wie die „sozialdemokratische" CTV unter den alten Regierungen verhält. Die Führungsbürokratie ist so stark mit Richtungs- und Machtkämpfen beschäftigt (wobei die Trotzkisten die regierungsunabhängigere Strömung darstellen), dass seit Gründung der UNT im Jahr 2003 nicht einmal interne Wahlen stattfinden konnten. Seit eh und je verfügen die Gewerkschaften über gewisse Quoten bei den Einstellungen. Wer einen Arbeitsplatz sucht, muss etwa das Äquivalent eines Monatslohns an sie zahlen. Besonders lukrativ ist dies in der Erdölindustrie, wo die Gewerkschaftsfunktionäre ca. 1000 Euro für die Vermittlung eines Jobs kassieren. Der Kampf zwischen den Baugewerkschaften im Bundesland Bolívar um die Kontrolle dieses lukrativen Arbeitsmarkts hat in den letzten Jahren mehr als hundert Tote gefordert.
Wenn private Betriebe dicht machen oder damit drohen, reagieren die Arbeiter nicht nur in Deutschland, sondern auch in Venezuela mit der Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze. Nach dem Unternehmerstreik 2003 blieben einige Betriebe geschlossen. Die Frage nach dem Erhalt der Arbeitsplätze wurde akut. In einzelnen Fällen haben die Arbeiter die Anlagen besetzt (aber nicht die Produktion übernommen!), als Zeichen an den Staat, er möge etwas tun. Tatsächlich ergriff er allerlei Maßnahmen, die als Mitbestimmung bezeichnet wurden: Zum einen bot man den Besitzern finanzielle Unterstützung an,



wenn sie den Betrieb aufrecht erhielten, einen Teil der Profite für soziale Projekte abzweigten und die Arbeiter durch Aktien zu „stolzen" Unternehmensbesitzern machten, wofür diese sich teilweise verschuldeten. Darüber hinaus mussten die Arbeiter Kooperativen bilden, um als Partner tätig zu sein. Dass dies für manche Unternehmer eine Möglichkeit war, über Umwege an Staatsknete zu gelangen, liegt auf der Hand. Kommt es zu keiner Einigung, dann bemüht sich der Staat, den Betrieb bei Zahlung einer angemessenen Entschädigung zu enteignen. In diesem Fall tritt der Staat als neuer Besitzer auf und verfährt mit den Arbeitern auf die gleiche Weise: Man fasst sie in Kooperativen zusammen und verkauft ihnen Aktien. Vermehrt bieten Unternehmen und Landbesitzer ihr Eigentum dem Staat an, um von den vorgesehenen Hilfen oder Entschädigungen zu profitieren.

Die Mitbestimmung sieht im besten Fall so aus, dass die Arbeiter über Probleme des Alltags in den Werkhallen beraten und entscheiden, während strategische Fragen weiterhin in den Händen der wirklichen Besitzer, nämlich der privaten Eigentümer oder des Staates, bleiben. In etwa 1.000 meist kleineren Betrieben wurde diese Art der Mitbestimmung eingeführt, wobei die Arbeiter höchstens 49 Prozent der Aktien besitzen dürfen, so dass im Ernstfall klar ist, wer das Sagen hat. Weil die Kooperativen eine Art kollektiver Ich-AG der Arbeiter darstellen, die mit den Betrieben einen Werkverträge schließen,

fallen die Arbeiter aus dem Arbeitsrecht heraus. Wenn die Kooperativen sich eine Einmischung in die Verwaltung anmaßen oder die Arbeiter auf ihre Rechte pochen, kommt es zum offenen Konflikt – so etwa in der „Musterfabrik" Invepal, bei Sanitarios Maracay oder auch Cacao Oderí. Wird er auf der Straße geführt, so tritt die Polizei in Aktion.
Von einer systematischen Einführung der Mitbestimmung im Staatssektor kann keine Rede sein, vor allem nicht im Erdölsektor. Eine Ausnahme bildet die ziemlich marode staatliche Aluminiumfabrik Alcasa mit ca. 3.000 Mitarbeitern. Dort wurde dem Direktor, der sich als ein vom Staat an das Unternehmen „verliehener Revolutionär" bezeichnet, eine Spielwiese der Mitbestimmung eingeräumt, wobei die übliche Aktienbeteiligung der Arbeiter ausblieb. Stattdessen wurde von oben mit Arbeiterdelegierten herumexperimentiert. Dieses Experiment ist dann allerdings etwas eingeschlafen und der „verliehene Revolutionär" wurde vorläufig für andere Aufgaben im Erziehungssektor eingesetzt.

„Basisorganisationen" im Staatsauftrag

Venezuela wurde seit Beginn der „bolivarianischen Revolution" mit sukzessiven Wellen verschiedener „Basisorganisationen" überflutet. Keine davon ist aus einer Eigeninitiative der Bevölkerung oder gar aus sozialen Kämpfen entstanden. Ausnahmslos wurden sie vom Staat initiiert und oftmals direkt vom Staatsoberhaupt. Dennoch sind sie „Basis"-Organisationen: Sie stellen ein Angebot an die Ausgeschlossenen dar, sich so zu organisieren, dass sie als Partner des Staates akzeptiert werden.
Die erste Welle war die der „bolivarianischen Zirkel", die eher die ausgesprochen unkritischen „Chavistas" in den verschiedenen Orten und gesellschaftlichen Bereichen zusammenfassten und die Identifikation mit der neuen Regierung dokumentierten. Diese Zirkel dienten nicht dazu, die Belange der Leute zu artikulieren, sondern hatten die Aufgabe, den laufenden „Prozess" vor allem ideologisch zu verteidigen und zu propagieren. Sie verfügten über kein Geld und waren nicht für lokale Entscheidungsprozesse vorgesehen, brachten also keine unmittelbaren Vorteile. Nach einer kurzen Blütezeit sind sie heute völlig bedeutungslos geworden.

Danach kam eine Reihe von lokalen Komitees wie z. B. Gesundheitskomitees, Wassertische, städtische Landkomitees (CTU) und lokale Planungskomitees (CLP), die bis heute existieren. Diese Komitees, an denen jeder Bewohner teilnehmen kann, haben in ländlichen Gebieten und in den Elendsvierteln vor allem die Aufgabe, den Ist-Zustand auf dem spezifischen Gebiet von den Betroffen selbst erfassen zu lassen, das jeweilige Defizit zu ermitteln und eventuell Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Dies war zuvor praktisch nie geschehen, und die Behörden waren von sich aus dazu nicht in der Lage. Unter Anleitung von Technikern machten sich einige engagierte Bürger in der Hoffnung an die Arbeit, endlich einige dringende Verbesserungen auf den Weg zu bringen, indem der Staat informiert wird und dementsprechend handeln kann. Trotz der anfänglich vielfältigen Aktivitäten geschah relativ wenig, und wenn, dann nur langsam. Daraus folgte einerseits, dass die wenigen Verbesserungen nur einzelnen Gruppen oder Individuen zugute kamen und die Komiteeaktivisten teilweise durch die offiziellen Gemeindeverwaltungen vereinnahmt wurden. Und andererseits übernahmen diese Komitees eine Art gewerkschaftlicher Rolle als Vermittler zwischen dem Staat und der verarmten Bevölkerung. Die deutlich zunehmenden punktuellen Proteste gegen lokale Behörden im Namen der Versprechen der „bolivarianischen" Verfassung und Regierung werden oftmals von diesen Komitees organisiert und in die Öffentlichkeit getragen. Da sie jedoch ihre Forderungen systematisch an den Staat richten, bleiben sie grundsätzlich von ihm abhängig.

Angesichts der Ernüchterung in der Bevölkerung über die Ergebnisse der lokalen Komitees propagierte der Staat die massive Bildung von Kooperativen. Mit mindestens fünf Mitgliedern sollten sie u. a. die „selbstverwalteten" Unternehmen sein, an die der Staat Miniaufträge zur Durchführung lokaler Maßnahmen vergeben wollte. Die pragmatische Hoffnung auf ein Einkommen aus der Staatskasse – und nicht etwa die Einsicht in die Notwendigkeit kollektiven Handelns – führte zu einem regelrechten Gründungsboom überall im Land. Auch Juristen und Berater in Sachen Kooperativen hatten dadurch Hochkonjunktur. Hastig aufgestellt und kaum mit Finanz- und Arbeitsmitteln ausgestattet, haben die Kooperativen ihre Dienste den staatlichen Unternehmen und Institutionen angeboten, das Geld kassiert und die Leistung letztendlich mehr schlecht als

recht erbracht. Die Aufträge können von vielfältigen staatlichen Stellen und wieder nach gut Dünken vergeben werden, und auch hier spielen oft Schmiergelder sowie „fiktive Kooperativen“ eine Rolle. Das Einkommen der Kooperativmitglieder bewegt sich in der Regel um die Höhe des Mindestlohns. Im Grunde genommen handelt es sich um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der radikale Flügel des Gewerkschaftsverbands UNT erklärt dazu:

„Es stimmt, dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist, aber dies ist auf der Basis von prekären Arbeitsverhältnissen wie in den Missionen, den Kooperativen (...) geschehen, und wir müssen Stabilität und bessere Arbeitsbedingungen fordern."

Obwohl inzwischen gut 100.000 Kooperativen mit 1,5 Millionen Mitgliedern registriert sind, existieren die meisten nur noch auf dem Papier – aufgrund der verschärften Konkurrenz haben viele Kooperativen keine kontinuierlichen Aufträge und ihre Leistungen sind oft fragwürdig. Nur die größeren Kooperativen und solche, die über Produktionsmittel verfügen, funktionieren wirklich. Freilich bleibt die bekannte „Gefahr“ bestehen, dass letztere fremde Arbeitskraft kaufen und dadurch normale kapitalistische Unternehmen werden. Die große Zeit der Kooperativen ist vorbei.

Anfang 2006 kam dann die neue Welle der „Gemeinderäte“, deren Gründungsmodalitäten, Organisationsstrukturen und Kompetenzen vom Parlament gesetzlich festgelegt und vom zuständigen Ministerium propagiert wurden. In den Städten sollen sie mindestens 200 und höchstens 400 Familien umfassen, auf dem Land etwa zwanzig Familien. Bis zu 50.000 solcher Gemeinderäte sollen sich bis Ende 2007 konstituieren. Es handelt sich um Nachbarschaftsorganisationen, die die vor sich her werkelnden lokalen Basisorganisationen koordinieren sollen. Ihre Vollversammlungen haben vor allem die Aufgabe, Verantwortliche für die verschiedenen Bereiche (Arbeitsgruppen) zu wählen. Im Unterschied zu den vorherigen Basisorganisationen dürfen sie entsprechend den von ihnen formulierten Projekten ein Budget von bis zu 30.000 Euro selbst verwalten – was durchschnittlich gerade einmal hundert Euro pro Familie entspricht. Zusätzlich dürfen sie eigene Einkommen erwirtschaften, z. B. durch die Gründung „kommunaler“ Banken. Es wird davon geredet, dass sie den ersten Schritt darstellen, die ganze traditionelle Struktur der Staatsbürokratie

zu erschüttern. Bürgermeister und Gouverneure könnten nun nicht mehr sicher sein, dass die „Volksmacht" sie nicht ersetze. Und de facto verliert die lokale Verwaltungsbürokratie auch einen Teil ihrer Macht und ihres Budgets an die gewählten Gemeindevertreter. Wie bisher erwarten die Vertretenen, dass diese neue Instanz sich endlich effizient um sie kümmert - aber so funktioniert es nicht. Nach den ersten zwei oder drei Sitzungen der Arbeitsgruppen bleiben meist nur ein Paar Leute übrig, die entweder demotiviert werden, wodurch das Ganze einschläft, oder aber anfangen auf kleiner Stufe in die eigene Tasche zu wirtschaften. Auch diese Welle ist dabei, sich langsam zu erschöpfen.
Großspurig angekündigt wurden auch die Arbeiterräte. Wer denkt, diese Räte seien ein Anzeichen für eine revolutionäre Entwicklung in Venezuela, muss enttäuscht werden, und inzwischen ist es um sie auch still geworden. Als Antwort an Gewerkschafter, die durch die Einführung der Arbeiterräte ihre eigene Rolle gefährdet sahen, erklärte der neue Arbeitsminister Rivero: „Wir wollen besonders auf die Bildung setzen, denn sie ist letztendlich das Entscheidende". Nachdem er erwähnt hatte, dass ein Zehntel der Wochenarbeitszeit dem Studium diverser Fächer wie venezolanischer Geschichte, Analyse des Kapitalismus, dialektischer Materialismus und dergleichen gewidmet werde, fuhr er fort: „Die sozialistische Ausbildung, die in den Betrieben nach der Verabschiedung dreier Dekrete stattfinden wird, wird von den Arbeiterräten geführt – also von Organismen die aus der Arbeiterbasis entstehen werden, um die Richtlinien zu implementieren, die die Regierung durch ein Institut festlegen wird, das zu diesem Zweck noch gegründet wird." Daher würden sich die Arbeiterräte nicht in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einmischen. Die Gewerkschafter können also beruhigt sein! So viel zur Autonomie und Radikalität der „Arbeiterräte".
Wie es um die Unhabhängigkeit der „Basisorganisationen" vom Staat wirklich bestellt ist, zeigt auch die Äußerung des Bürgermeisters von Caracas, Freddy Bernal, dass „es Pläne aus dem Bürgermeisteramt" gebe, „mit den koordinierten sozialen Organisationen, den städtischen Landkomitees, den Gesundheitskomitees, den Gemeinderäten (...) zu intervenieren, wo immer es nötig sei." Die „Basisorganisationen" erweisen sich als vieldeutige Gebilde. Viele nutzen sie als Mechanismen,

um die Gunst des Staates zu ergattern, andere hingegen, um Forderungen an die Behörden Nachdruck zu verleihen. Für den Staat wiederum sind sie ein institutionelles Vorfeld, um weite Teile der Bevölkerung wieder zu integrieren und Protestbewegungen zu kanalisieren. Die „Basisorganisationen", deren Aufgabe in der Beschäftigung mit rein partiellen oder lokalen Themen besteht, tragen somit dazu bei, dass sich Proteste nur gegen lokale oder ministeriale Funktionäre richten, ohne dass die Lage in ihrer Gesamtheit und damit Chávez selbst in die Schusslinie der Kritik gerät. Bis heute dienen sie eher dazu, den sozialen Frieden zu gewährleisten und die neue Macht im Staat zu konsolidieren, indem Probleme immer vom Staat und nicht durch Eigeninitiative gelöst werden sollen. Durch ein Klima permanenter Mobilisierung scheinen die sich kontinuierlich aufhebenden Kampagnen zudem dazu zu dienen, die Initiative bei „unserem Präsidenten" zu verankern. Frühere, nicht eingelöste Versprechen werden durch noch höhere Erwartungen an die Zukunft kompensiert. Durch dieses Spiel behält Chavez bis heute das Heft in der Hand.

Subimperialismus und „sozialistische Unternehmer"

Es trägt zur Konsolidierung dieses „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" bei, dass Venezuela internationale Unterstützung gewonnen hat – angefangen mit Kuba, der letzten Bastion des ehemaligen Ostblocks, über „Feinde" und Konkurrenten des nordamerikanischen Imperialismus wie China, Russland, Iran und Weißrussland bis hin, wenn auch in geringerem Maße, zur Europäischen Union. Mittels verbilligter Öllieferungen sowie finanzieller oder technischer Unterstützung versucht die venezolanische Regierung, politischen und ökonomischen Einfluss im lateinamerikanischen Raum zu erlangen. Angesichts der noch lange nicht erfüllten Versprechen im eigenen Land wird dies jedoch zunehmend missbilligt – z. B. gibt es finanzielle Hilfe für eine Milchverarbeitende Fabrik in Argentinien, während in Venezuela selbst Milch zur Mangelware geworden ist. Venezuela betreibt mehr und mehr einen gewissen Subimperialismus, stößt dabei aber zunehmend auf die aufstrebende wirtschaftliche Macht Brasiliens. Das von Chavez' lauthals propagierte Programm, gegen die US-Hegemonie einen lateinamerikanischen Block unter Führung Venezuelas zu bilden,

steht auf tönernen Füßen, da sich seine ökonomische Macht auf die Ölrente reduziert. Zum „bolivarianischen" Block gehören lediglich Nicaragua, Ecuador, Kuba und Bolivien - also auch im lateinamerikanischen Kontext Leichtgewichte.

Inzwischen ist aus den ständig umstrukturierten Verteilungskanälen eine neue so genannte bolivarianische Bourgeoisie hervorgegangen, während Teile der „alten Bourgeoisie" ihre





anfängliche fundamentale Opposition aufgegeben haben und nun versuchen, sich mit den neuen Gegebenheiten zu arrangieren. Insbesondere Banken, Bauindustrie, Telekommunikationsunternehmen, der im Import tätige Handelssektor und einzelne Logistikbereiche, die mit dem Staat kooperieren, freuen sich über nahezu rekordverdächtige Dividenden. Diese Annäherung venezolanischer Kapitalisten an die Regierung ist kein Einzelfall; so wurde vor kurzem als Gegenstück zum traditionellen Unternehmerverband Fedecámeras eine „Konföderation sozialistischer Unternehmer Venezuelas" gegründet. Der

offizielle Diskurs betont, dass Venezuelas Sozialismus auf drei ökonomischen Säulen beruhen soll: nicht nur dem staatlichen und kommunalen, sondern auch auf dem privaten Sektor. Nicht umsonst verkündete der Präsident, er stimme in wirtschaftlichen Fragen mit dem Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus, dem Erfinder der Mikrokredite, überein.

Drohende Krise und autoritäre Wende

Seit der letzten Wiederwahl des „Comandante" im Dezember 2006 zeichnet sich eine neue autoritäre Wende ab: Chavez konzentriert mehr und mehr Macht in seinen Händen und zieht die Kontrolle an. Ein ihm gänzlich ergebenes Parlament stimmte einem Ermächtigungsgesetz zu, durch das es sich selbst quasi überflüssig machte und dem neu gewählten Präsidenten erlaubte, bis zu 18 Monate in fast allen Bereichen per Dekret zu regieren. Chavez' Entscheidungen werden für alle unergründlich und seine Anhänger müssen daran glauben, dass er schon wisse, was er tut und warum. Neuerdings verbittet sich der Präsident, dass seine Anhänger, Minister oder sonstige Politiker und Abgeordnete ohne vorherige Absprache mit ihm zu irgendetwas öffentlich Stellung nehmen. Wenn „Chávez ist das Volk!" ernst genommen wird, dann ist jede Entscheidung und Äußerung von Chávez dem Wesen nach „basisdemokratisch", und jede andere „kapitalistisch". Was will man mehr? Aber sicher ist sicher: Durch die Gründung der „Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas" (PSUV) versucht er die totale Kontrolle über seine Anhänger zu erlangen. Dabei deutet sich eine Verschmelzung von Partei und Staat an: Öffentliche Schulen dienen am Wochenende zur Registrierung neuer Parteimitglieder, die von der staatlichen Wahlbehörde organisiert wird. Nicht nur aus Überzeugung haben sich bereits rund fünf Millionen Menschen als Parteikandidaten eingeschrieben. Das Motto lautet: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich", was durchaus die Drohung beinhaltet, Stellen oder staatliche Zuwendungen zu verlieren. Die Bewerber werden vor ihrer Aufnahme überprüft, aber wer dies nach welchen Kriterien tut, bleibt nebulös. Auch gewaltsame Polizeieinsätze gegen Proteste sind inzwischen keine Ausnahme mehr. Gleichzeitig nimmt die Betonung der ideologischen Schulung zu, und es ist sogar ein freiwilliger Arbeitseinsatz im Gespräch.

Man kann vermuten, dass dieser neue Trend mit der wirtschaftlichen Situation Venezuelas zusammenhängt. Und die Perspektive auf diesem Gebiet sieht nicht gerade rosig aus: Nachdem der internationale Erdölpreis drei Jahre lang gestiegen ist, stagniert er nun bei sechzig Dollar pro Barrel. Die Erdölproduktion geht leicht zurück, aber die staatlichen Ausgaben wachsen rasant – 2006 um 47 Prozent. Stellten sie etwa 21 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 2000, so erreichten sie 34 Prozent im Jahre 2006. Die industrielle Produktion, die in den ersten Jahren zurückgegangen war, wächst nun wieder um etwa 7 Prozent und erreicht gerade einmal das Niveau von 1997. In derselben Zeitspanne sank die Zahl industrieller Unternehmen von 11.000 auf 7.000. Der Import ist im letzten Jahr um 40 Prozent gestiegen und frisst inzwischen 75 Prozent der Erdöleinnahmen auf. Die allgemeine Inflationsrate erreicht 18 Prozent, Lebensmittel sind sogar um 30 Prozent teurer geworden. Die Abhängigkeit von der US-Wirtschaft ist kaum angekratzt: Ohne Berücksichtigung.des Erdöls gehen allein 50 Prozent der exportierten Güter in die USA, gleichzeitig bezieht Venezuela weiterhin 30 Prozent seiner Importe aus dem „Land des Teufels". Trotz des Geredes über „endogene" Entwicklung erzielt die PDVSA fast die Hälfte ihres Umsatzes in ihren Filialen im Ausland (durch Mitbeteiligung am Kapital einzelner Firmen, z. B. in der BRD an der Ruhr Oel GmbH, durch eigene Raffinerien im Ausland, eigene Erdöltanker oder eigene Tankstellennetze, so z. B. das Unternehmen CITGO, das u. a. etwa 15 000 Servicestationen in den USA betreibt).
Die sozialen Ausgaben machten 2006 nur etwa 10 Prozent des Bruttosozialproduktes aus, davon entfällt weniger als die Hälfte auf die Missionen. Von den insgesamt 13 Milliarden Dollar Sozialausgaben stammen 5 Milliarden direkt von der PDVSA, die restlichen 8 Milliarden machen gerade einmal 15 Prozent des Staatshaushaltes aus. Gleichzeitig machen die Banken, der private Bausektor und der Handel die größten Geschäfte und erzielen Wachstumsraten zwischen 20 und 25 Prozent. Die Entstehung einer Schicht von Neureichen drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass der Verkauf neuer Pkws 2006 um 50 Prozent gestiegen ist, davon werden mehr als die Hälfte importiert.



Um diese Dynamik finanzieren zu können hat sich die gesamte Staatsverschuldung im Laufe der „bolivarianischen Revolution“ fast verdoppelt - von ca. 40 Milliarden Dollar 1998 auf 70 Milliarden heute – vor allem durch immer neue Staatsanleihen, die von den privaten Banken im Inland gekauft werden, während die Auslandsverschuldung etwa auf dem gleichen Niveau geblieben ist. Der Handelsüberschuss droht durch den wachsenden Import und den Kapitalabfluss immer mehr überholt zu werden. Stößt das Modell an seine Grenzen? Und werden die Almosen

zunehmend ungleicher zwischen den hundertprozentigen Anhängern und den anderen verteilt werden müssen?
In anderen Worten, während eine gut platzierte Minderheit die Erdölrente anzuzapfen vermag und eine rasante Reichtumsvermehrung erfährt, schauen alle auf die kleinen Verbesserungen fürs Volk, auf die diese Minderheit frenetisch hinweist. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Eine karitative Kleptokratie! Und zwar eine, die das Land auf die nächste wirtschaftliche und soziale Krise zusteuert.
Die landwirtschaftliche Produktion stagniert und die Versorgungssituation bleibt kritisch. Konflikte in einzelnen Betrieben mit Mitbestimmung haben verdeutlicht, wie tief die Kluft zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung sein kann. Die Kooperative bei Cacao Oderí hat es so ausgedrückt: „In Venezuela muss die Zivilgesellschaft als Wirtschaftsakteur gestärkt werden, nicht der übermächtige und korrupte Ölstaat (...) Das ist überholter Staatskapitalismus. Für uns heißt Sozialismus Selbstverwaltung." Ein Staatsbürokrat sah das anders. Zur Begründung, warum nicht die Arbeiter, sondern der Staat das Sagen im Betrieb haben sollte, erklärte er: „Präsident Chávez ist ein Werkzeug Gottes".
Proteste finden überall im Lande statt - wegen nicht eingelöster Versprechen, wegen Wasser- und Stromversorgung, dem Zustand der Straßen, Kriminalität, Lehrer- oder Wohnungsmangel, Verspätungen bei Kredit-, Stipendien- oder Lohnzahlungen, Müll, Rechten von Straßenverkäufern oder auch wegen Konflikten in den Betrieben. Täglich gibt es etwa fünfzig Protestaktionen, manchmal begleitet von Straßenblockaden mitten in der Stadt oder auf wichtigen Verkehrsachsen. Langsam wird die Regierung nervös und die Polizeieinsätze werden gewalttätiger, vor allem, aber nicht nur, gegenüber Arbeiterprotesten. Bei solchen Protesten wird immer häufiger die „Gefahr" für den „Prozess" angemahnt: „Wer so handelt, handelt als Konterrevolutionär, denn er sät die Anarchie". Die Gefängnisstrafen werden verschärft - die Störung der öffentlichen Ruhe, im Klartext: Straßenblockaden, kann mit mehr als einem Jahr Haft bestraft werden. Tatsächlich ist es in ein paar Fällen auch schon zu solchen Urteilen gekommen. Angesichts der katastrophalen Lage in den Gefängnissen, in denen es jährlich 400 Tote gibt, gleicht diese Verurteilung einer Morddrohung.

Die unübersichtliche Menge an „Basisorganisationen“ und Entscheidungsinstanzen, die alles Mögliche versprechen, führt zu Konkurrenzsituationen und Überschneidungen. So kommt es schon mal vor, dass das selbe Stück Land oder der selbe Wohnkomplex von verschiedenen Behörden verschiedenen Gruppen versprochen wurde. Beispielsweise wurden die Anlagen einer stillgelegten Fabrik monatelang von den ehemaligen Arbeitern besetzt, um die Auszahlung einbehaltener Löhne zu fordern. Eines Nachts wurden dieselben Anlagen von einer anderen Gruppe besetzt, um die Errichtung von Häusern auf diesem brachliegenden Terrain zu erzwingen; seit der Erdrutschkatastrophe von Dezember 1998 warten sie auf neue Wohnungen. Gewaltige Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert.

Licht am Ende des Tunnels?

Die Lebensbedingungen der ärmsten Teile der Bevölkerung haben sich in mancher Hinsicht verbessert. Dass Almosen besser sind als zu verrecken, ist unbestritten. Doch wir beharren auf dem Ziel eines Lebens ohne Not, ohne Geld, ohne Nationen, in dem der Mensch als Gattungswesen seine Bedürfnisse bewusst zum einzigen Kriterium des gesellschaftlichen Lebens macht. Die Potenziale, die im Schoß der modernen Gesellschaft schlummern, erlauben dies längst. Aber sie können nur durch die Eigentätigkeit der Ausgebeuteten verwirklicht werden. Angesichts dieser Möglichkeiten bleiben die in Venzuela erreichten Verbesserungen miserabel - und sind zudem nicht einmal abgesichert.
Der chaotische Prozess der ständigen Ankündigung neuer Kampagnen und Institutionen, neuer Basisorganisationen und Versprechen enthält für die neuen Machthaber aber auch ein gewisses Risiko. Denn die Leute nehmen die Versprechen immer öfter beim Wort und fordern sie selbstbewusster ein; manchmal bestehen sie sogar darauf, sich wirklich in Entscheidungen einzumischen. Die Frustration, die aus der Kluft zwischen Hoffnung und Realität entsteht, führt zu alltäglichen Protesten und in kleineren Kreisen auch zu „theoretischen“ Diskussionen über einen Sozialismus, der über die reine Armutsbekämpfung und den „sowjetischen Marxismus“ hinaus geht. Aber neue Organisationsformen, die nicht vom Staat

initiiert sind und tatsächlich einen autonomen Kampf führen, sind bis heute weder innerhalb noch außerhalb der Betriebe entstanden. Eine praktische Kritik der Lohnarbeit, die die Aufhebung sämtlicher Warenbeziehungen impliziert, blieb bisher aus, allenfalls geht es um eine Selbstverwaltung der eigenen Ausbeutung und der eigenen Misere. Dennoch sprechen einige jüngsten Ereignisse für eine Verschärfung sozialer Auseinandersetzungen, und eine Radikalisierung ihrer Perspektive ist nicht vollkommen auszuschließen. Massive Klassenkämpfe finden derzeit in einigen Schwellenländern statt und sind auch in den Zentren der globalisierten Welt wieder denkbar. Falls alle diese Konflikte anfangen, sich aufeinander zu beziehen, ist Optimismus erlaubt.

Nach der Niederlage der Pariser Insurrektion 1848 kam Louis-Napoléon Bonaparte als Hoffnungsträger der Massen an die Macht. Die Figur seines Onkels war noch mit der Aura der französischen Revolution geschmückt. Der bald zum neuen Kaiser mutierte Neffe verteidigte das allgemeine Wahlrecht, blieb an der Macht durch Veränderung der Verfassung und mehrere Volksabstimmungen, modernisierte das Schulsystem und öffnete es den Mädchen, führte das Streik- und Assoziationsrecht für Arbeiter ein, setzte die Grundpfeiler eines Rentensystems sowie einer Behindertenversicherung für Lohnabhängige und organisierte Volksküchen für die Armen. Gleichzeitig florierte das Bank- und Handelssystem, große Infrastrukturprojekte wurden durchgeführt (Eisenbahn, Stadtsanierung) und etliche Korruptionsskandale blieben nicht aus. Das Ganze war eingebettet in eine nicht sehr erfolgreiche Kolonialpolitik, die im Deutsch-Französischen Krieg 1870, der militärischen Niederlage und der Verhaftung des Kaisers endete. Kurz darauf im Jahr 1871 maß sich die Bevölkerung von Paris an, ohne Kaiser, Pfaffen oder professionelle Politiker die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen. Von 1848 bis 1871 vergingen 23 Jahre. Die „bolivarianische Revolution" ist neun Jahre alt. Noch 14 Jahren bis zur „venezolanischen Commune"? Wie lange noch wird blind auf die „Piñata" losgeschlagen? Wie lange noch wird ihr Inhalt nach dem Prinzip des Stärkeren verteilt? Wie lange noch wird man die Armen mit Resten abspeisen können, nur damit das Spiel von vorne beginnen kann und die Stärkeren mit ihrem Reichtum protzen können? Wie lange noch bis die

Empfänger der gnädigen Taten des Werkzeugs Gottes den Himmel stürmen und Gott stürzen? ■

Sergio López



DIE ABENTEUER DER AUTONOMIE

Zur Kritik des Operaismus

I

Als in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Proletarier Italiens ihre *padroni* zur Verzweiflung trieben, indem sie zeitweilig mehr streikten als arbeiteten und die Fabriken auf den Kopf stellten, tummelten sich unter ihnen einige Intellektuelle, die mittlerweile als Operaisten in die Annalen des Marxismus eingegangen sind und bis heute ihre Faszination ausüben. Professoren, die sich wegen staatsgefährdender Umtriebe in Knast und Exil wieder finden, sind rare Exemplare ihres Berufsstandes und müssen es mit der Waffe der Kritik sympathisch ernst gemeint haben. So wie die Anziehungskraft des Bolschewismus vom Roten Oktober, die der Situationisten vom Pariser Mai 1968 zehrt, sind es die heftigen, um 1969 ihren Gipfelpunkt erreichenden und bis weit in die siebziger Jahre brodelnden Fabrikkämpfe der italienischen Arbeiter, die dem Operaismus den guten Ruf beschert haben, in seinen Schriften fänden sich Einsichten, in seiner Praxis Methoden, die nach wie vor helfen könnten, sich gemeinsam das Kapitalverhältnis vom Hals zu schaffen.

Die Rede ist nicht von der unter dem Verlegenheitsnamen Post-Operaismus geläufigen Fraktion der heutigen Linken, die außer der Vita ihres Vordenkers Antonio Negri und einiger anderer gestrandeter Ex-Revolutionäre verblüffend wenig mit ihren vermeintlichen Vorläufern zu tun hat und treffender als Anti-Operaismus bezeichnet wäre: „Die Operaisten kritisierten den Staatsfetischismus der Arbeiterbewegung – Negri ruft regelmäßig zu Wahlen auf und empfiehlt der ‚Multitude' den Pakt mit der europäischen Bourgeoisie gegen die USA. Die Operaisten untersuchten und kritisierten die Fabrik – Negri verklärt die ‚immaterielle Arbeit'. Die Operaisten wollten die Autonomie des Proletariats gegen die kapitalistische Produktionsweise befördern – Negri träumt seine Blütenträume vom Bürgergeld."[1] Passend zu der steilen These, die Autonomie sei in den neuen Arbeitsverhältnissen verwirklicht[2], deuten die Post-Operaisten selbst noch die Tatsache, dass sich zahllose Proletarisierte dorthin auf den Weg machen, wo sie hoffen dürfen, ihre Arbeitskraft zu besseren Bedingungen oder überhaupt noch zu verkaufen, als „Autonomie der Migration". Es kommt nicht mehr darauf an, die Welt zu verändern, sondern sie nach Gutdünken zu interpretieren, bis man seinen Frieden mit ihr machen kann: „Wir leben schon im Kommunismus."[3]

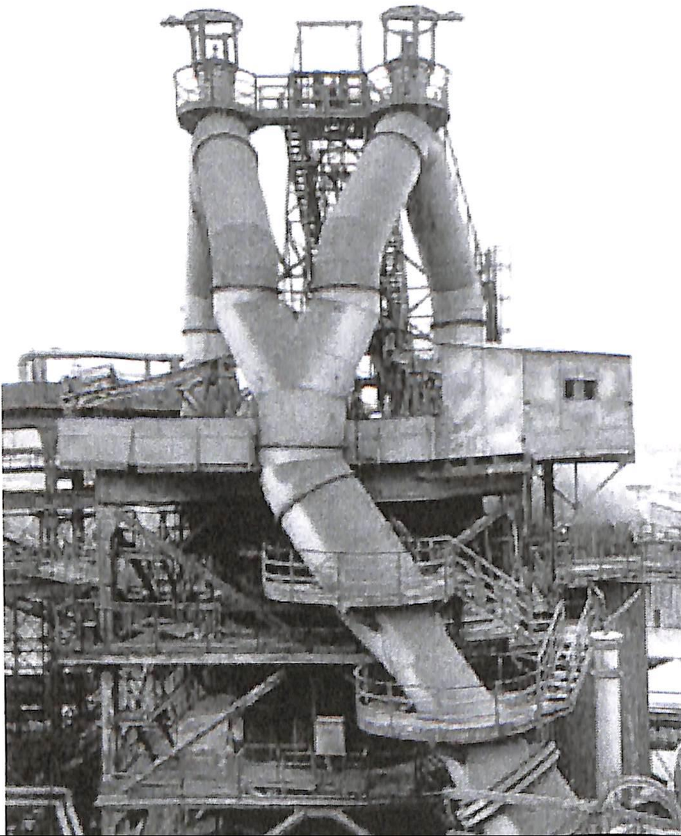
1 I. M. Zimmerwald, *Ein „Ansatz" kommt selten allein*, Trend-Online 9/2006. Diese Polemik richtet sich gegen das konfuse Einführungsbuch *(Post-)Operaismus* von Martin Birkner und Robert Foltin (Stuttgart 2006), das die postoperaistische Ideologie als legitime Erbin der operaistischen Kritik feiert.

2 Vgl. dazu *Warten auf die immaterielle Arbeiterbewegung*, in diesem Heft.

3 Toni Negri, *Verlangt das Unmögliche, mit weniger geben wir uns nicht zufrieden*, Interview in *Die Beute*, Nr. 12/1996.

Über diesen Unfug kein Wort mehr. Es soll stattdessen der Frage nachgegangen werden, ob es ein Erbe des Operaismus gibt, an das heute anzuschließen wäre. Seit 2005 liegt mit Steve Wrights Buch *Den Himmel stürmen* eine kritische Theoriegeschichte des Operaismus vor, deren roten Faden der Begriff der Klassenzusammensetzung bildet, worin sie sich mit den Vorstellungen heutiger operaistischer Linker deckt.[4] Zu zeigen ist, dass dieser Begriff entweder eine Banalität ausdrückt oder aber auf falsche Fährten führt; das gilt insbesondere für die Versuche, den Begriff der Klassenzusammensetzung gegen den des Klassenbewusstseins auszuspielen. Verwirrenderweise werden damit gerade die Bemühungen der frühen Operaisten ins Gegenteil verkehrt. Bevor daher vom „klassischen Operaismus" die Rede sein wird, der heutigen operaistischen Linken die Blaupausen liefert, soll zunächst an die durchaus anders gearteten Gehversuche der frühen Operaisten erinnert werden.

4 Steve Wright, *Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus*, Berlin/Hamburg 2005.



Zugespitzt ließe sich sagen, dass so wie die *Politik* der etablierten Arbeiterbewegung 1914 zum Bruch führte und die Kommunistischen Parteien entstehen ließ, es in der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 ihr *ökonomischer* Kurs war, der eine neue Dissidenz hervor trieb, die allerdings nicht mehr die Gestalt einer parteiförmig organisierten Fraktion der Arbeiterbewegung annahm, sondern sich in einem Geflecht von Zeitschriften und wilden Streiks, kleinen Zirkeln und autonomen Betriebskomitees bewegte. Da es keine italienische Besonderheit war, dass die Organisationen der alten Arbeiterbewegung die Despotie der Fabrik nicht bekämpften, sondern stützten und mitunter gar als Vorschein sozialistischer Rationalität feierten, entwickelte sich eine operaistische Kritik avant la lettre bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Gestalt der rätekommunistisch inspirierten Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* in Frankreich sowie der Johnson-Forest-Tendency in den USA.[5]

Eine geradezu klassische Verdichtung fast sämtlicher Motive des frühen Operaismus leistet die 1947 von der Johnson-Forest-Tendency publizierte Broschüre *The American Worker,* die den Erfahrungsbericht des jungen Fabrikarbeiters Paul Romano, sowie einen Essay der marxistischen Intellektuellen Ria Stone enthält. Ins Zentrum der Kritik rückt der Fabrikalltag, dessen eindringliche Schilderung durch Romano sich heute als Dementi von allerlei Vorstellungen liest, die über das goldene Zeitalter des sogenannten Fordismus im Umlauf sind. Als unlösbarer Widerspruch des Kapitalismus gilt der Zusammenprall zwischen der potentiellen Universalität der amerikanischen Arbeiterklasse, ihrem Bedürfnis, sich vielseitig zu betätigen und zum Herrn über die gesellschaftliche Produktion aufzuschwingen, und ihrer alltäglichen Unterwerfung unter den knechtenden Arbeitsprozess. Das Kapital braucht die Arbeiter und ihre Kooperation, aber es muss diese zugleich permanent durchkreuzen und gewissermaßen verschleiern, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten: „Die bürokratische Überwachung der Arbeit resultiert in Ineffizienz erheblichen Ausmaßes (...) Höhere Produktivität ließe sich auf anderem Wege erzielen. Die Absicht besteht vielmehr darin, den Arbeiter zu unterwerfen und zu kontrollieren."[6] Als Vermittlung zwischen Arbeitern und Kapital ist die Gewerkschaft ebenfalls von einem unlösbaren Widerspruch geplagt; als juristisches

5 Claude Lefort von *Socialisme ou Barbarie* inspirierte vor allem den operaistischen Untersuchungsgedanken mit seinem Vorschlag, *témoignages* (Zeugnisse, Berichte) von Arbeitern zu sammeln und zu publizieren. Vgl. Claude Lefort, *L'experience proletarienne* [1952], in: *Critique de la Bureaucratie*, Paris 1977.

6 Paul Romano/Ria Stone, *The American Worker* [1947], Detroit 1972. S.12.

Vertragssubjekt muss sie Ruhe und Ordnung im Betrieb gegen die Bedürfnisse der Produzenten durchsetzen: „Die Gewerkschaftsbürokratie ist die Vertretung der Arbeiter, aber der entfremdeten, d. h. halbqualifizierten Arbeiter. (...) Der Gewerkschaftsbürokrat setzt sich mit den Kapitalisten zusammen, um Zeitstudien und Einstufungen auszuarbeiten, nicht, weil er mit ihnen als Individuen kollaboriert, sondern weil beide die kapitalistische Produktionsweise repräsentieren."[7] Hoffnung schien in wilden Streiks als „Revolte gegen die allgemeine Entfremdung" zu liegen, nicht aber in der Sphäre der Politik: In Anlehnung an den jungen Marx skizziert *The American Worker* eine Kritik der Politik, die stets „die politische Gemeinschaft an die Stelle der wirklichen Gemeinschaft emanzipierter Menschen im Arbeitsprozess zu setzen versucht."[8]

Die moderne Fließbandproduktion, an der sich die Kritik der Johnson-Forest-Tendency entzündete, erreichte in den fünfziger Jahren die italienischen Betriebe. Kommunistische Partei (PCI) und Sozialistische Partei (PSI) aber hatten sich dem Wiederaufbau Italiens mittels „demokratischer Planung" verschrieben und die Fabriken als Terrain des Klassenkampfs geräumt. Bei FIAT, dem seinerzeit unbestrittenen Zentrum der italienischen Industrie, werden die sozialistischen und kommunistischen Militanten herausgesäubert, junge ungelernte Arbeiter bevölkern die Fließbänder, Streiks bleiben aus. An den linken Rändern von PCI und PSI wird die Kritik am Kurs der Arbeiterbewegung lauter und findet schließlich ein Organ in der Zeitschrift *Quaderni Rossi* (1961-1965) um Raniero Panzieri. Ausgangspunkt ist die Weigerung, „die Arbeiterklasse von der Kapitalbewegung her zu bestimmen"[9]. Die Losung der Autonomie bezeichnete folglich eine doppelte Frontstellung: Gegen die reformistische Fiktion, die Arbeiterklasse im Schlepptau kapitalistischer Modernisierung allmählich in den Sozialismus zu befördern, wie auch gegen die revolutionär intendierte Zusammenbruchstheorie, der zufolge „der Übergang zum Sozialismus (...) an das automatische Eintreten der kapitalistischen ‚Katastrophe' gebunden" ist.[10] Wenn orthodoxe Linkskommunisten heute dem historischen Operaismus eine „Leugnung der Wirtschaftskrise" als Geburtsfehler attestieren, ohne auf die Dynamik des italienischen Nachkriegskapitalismus einzugehen, zeigen sie damit nur, dass ihnen die Vorstellung einer ab 1914 ausgemachten „Dekadenz" des Kapitalismus, die den

7 Ebd., S. 67.

8 Ebd., S. 65.

9 Raniero Panzieri, *Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfragebogens*, in: Claudio Pozzoli (Hg.), *Spätkapitalismus und Klassenkampf*, Frankfurt/M. 1972, S. 107.

10 Raniero Panzieri, *Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit* Nr. 10/1989, S. 175.

felsenfesten Grund für eine revolutionäre Position abgeben soll, zur fixen Idee geworden ist.[11]

Statt einem Kapitalismus, der durchaus steigende Löhne erlaubte, eine verborgene Krisentendenz anzudichten, räumte Panzieri mit den Mythen der etablierten Arbeiterbewegung auf, die „neue Merkmale der kapitalistischen Organisation" des Arbeitsprozesses „mit Entwicklungsstufen einer objektiven ‚Rationalität' verwechselt."[12] Diese Schrift *Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus*, heute vermutlich die bekannteste des Operaismus überhaupt, deutete streng genommen lediglich einige Passagen aus dem ersten Band des *Kapital* vor dem Hintergrund der besagten italienischen Konstellation, um den damaligen Produktionsprozess als technologisch vermittelte Herrschaft zu entziffern; nicht aber, wie es damals Mode wurde, als Herrschaft der Technologie. Das gesellschaftliche Verhältnis schlägt sich in der materiellen Gestalt der Fabrik nieder – „die Produktionsverhältnisse liegen *in* den Produktivkräften"[13] – aber zugleich gilt: „Die automatische Fabrik begründet *potentiell* die Herrschaft der assoziierten Produzenten über den Arbeitsprozess."[14]

Nur im Rahmen dieser Überlegungen hatten die Arbeiteruntersuchungen in den Fabriken, die die frühen Operaisten durchführten, ihre Bedeutung. Das gegenwärtige Interesse am Operaismus verdankt sich in erheblichem Maße diesem Konzept, um das sich allerdings einige Mythen ranken. So gilt die Arbeiteruntersuchung heute als „praktische Alternative zum leninistischen Klasse-an-sich / Klasse-für-sich-Konzept, in dem sich immer eine Partei als großer Aufklärer dazwischen schieben muss"[15], denn „die revolutionären Avantgarden gingen von außen in die Fabriken, freilich nicht, um ihr eigenes (leninistisches) Besserwissen hineinzutragen, sondern um den ArbeiterInnen ‚zuzuhören'."[16] An diesen Behauptungen stimmt sehr wenig. Die Unterscheidung zwischen der „Klasse gegenüber dem Kapital" und der „Klasse für sich selbst" ist keine Erfindung des Leninismus, sondern von Marx[17]; sie impliziert kein elitäres Parteikonzept, da es Marx zufolge die Kämpfe der Arbeiter selbst sind, in denen diese sich ihrer Lage bewusst werden; und vor allem lag es weder den frühen Operaisten noch Marx fern, diesen Prozess durch theoretische Kritik zu fördern, auch durch Fragebögen, die eine Vermittlung zwischen den Alltagserfahrungen der Arbeiter und der Kritik der

11 Vgl. Internationale Kommunistische Strömung (IKS), *Der Operaismus: Eine ökonomistische und soziologische Betrachtungsweise des Proletariats*, Teil 1, *Weltrevolution* Nr. 141/2007.

12 Raniero Panzieri, *Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus*, in: Pozzoli, a. a. O., S. 18.

13 Raniero Panzieri, *Mehrwert und Planung*, in: Pozzoli, a. a. O., S. 69.

14 Raniero Panzieri, *Über die kapitalistische Anwendung…*, S. 16.

15 Gerhard Hanloser, *Kritik des Kapitals*, o.O. 2006, S. 31.

16 Birkner/Foltin, *(Post-)Operaismus*, S. 144.

17 Marx, *Elend der Philosophie*, MEW 4, S. 181.

politischen Ökonomie herstellen sollten. An dem „Fragebogen für Arbeiter“, den Marx 1880 für die französische *Revue Socialiste* entworfen hatte, hoben die ersten Operaisten gerade das Bemühen hervor, die Arbeiter durch geschickte Fragen zur Analyse ihrer Situation anzuregen.[18] Man ging davon aus, „dass allein die Arbeiter selbst in der Lage sind, die Bedingungen ihrer eigenen Ausbeutung zu beschreiben“, dies Beschreiben aber noch kein Begreifen sei und die Untersuchung daher „der Arbeiterklasse weitere theoretische Instrumente zur Einsicht in die *wahre* Natur des Kapitalismus und in ihre eigene Lage als ausgebeutete Klasse an die Hand geben“ solle.[19] Entgegen späterer Legendenbildung misst der frühe Operaismus dem Klassenbewusstsein eine derartige Bedeutung bei, dass sich seine Schriften oftmals lesen wie die des Georg Lukács von 1923. Panzieri hielt die „Methode der Umfrage“ für einen Weg, das Bewusstsein der Arbeiterklasse „auf ein immer höheres Niveau zu heben.“[20]

Allerdings – und das unterscheidet die obigen Behauptungen von Erfindungen – sollten die Untersuchungen gerade auch umgekehrt den linken Intellektuellen ein Bild von der Lage der Arbeiterklasse verschaffen und, wichtiger noch, einen gemeinsamen Organisationsprozess anstoßen. Romano Alquati, der die wichtigsten Untersuchungen bei FIAT Turin und später Olivetti leitete, bekannte rückblickend sogar, sie seien „durchaus auch ein Vorwand“ gewesen, um Kontakt zu Arbeitern zu bekommen.[21] Die Hoffnung aber, die Arbeiter könnten die Untersuchung in die eigenen Hände nehmen und damit die Trennung zwischen Subjekt und Objekt der Forschung aufheben, blieb unerfüllt. „Es gab keine autonome Arbeiteruntersuchung, sondern ein widersprüchliches Verhältnis von informeller, spontaner Arbeiterautonomie an den Bändern und einigen Intellektuellen, die versuchten, diesen Prozess im Hinblick auf eine neue politische Organisation zu unterstützen.“[22]

Ebenso wenig versetzte es die Operaisten in Begeisterung, dass sie in den Fabriken einen alltäglichen Widerstand der Arbeiter entdeckten. Der Klassenantagonismus in der Produktion erschien ihnen als „Dialektik, die auf der objektiven Ebene durchaus eine Dialektik des Kapitals mit sich selbst, eine endlose Fortsetzung seiner Widersprüchlichkeit bleiben kann“, da es „den lokalen antagonistischen Druck der rebellierenden Arbeiter immer wieder zu einem Mechanismus der

18 Vgl. MEW 19, S. 230-237. Die 25.000 verteilten Exemplare des Fragebogens stießen wohl nur auf geringes Interesse bei den Arbeitern, Antworten blieben jedenfalls spärlich.

19 Dario Lanzardo, *Der Marxsche 'Fragebogen für Arbeiter'*, in: Pozzoli, S. 87 und 101.

20. Panzieri, *Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfragebogens,* S. 108, 109.

21 Zitiert nacht Wolfgang Rieland, *Organisation und Autonomie. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M. 1977, S. 129.

22 Bodo Schulze, *Autonomia: Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit* Nr. 10/1989, S. 108, 109.

Modernisierung und Verwirklichung seines Käfigs macht.“[23]
Die frühen Operaisten setzten nicht nur wenig Hoffnung in Lohnforderungen; auch die darüber hinausschießenden „,neuen' Forderungen der Arbeiterklasse, die in den Arbeitskämpfen artikuliert werden, haben keinen revolutionären politischen Inhalt und implizieren auch keine automatische Entwicklung in diese Richtung.“[24]

In Amerika wie Italien versuchten die frühen Operaisten somit, die Marxsche Kritik der kapitalistischen *Produktions*weise auf der Höhe ihrer Zeit durchzuführen, indem sie die Fabrik ins Visier nahmen. Gegenüber der linkskommunistischen Annahme eines Klassenbewusstseins, das im Lauf der Geschichte auftaucht und wieder verschwindet, ohne sich im Wesentlichen zu ändern – die berüchtigte „historische Invarianz“ des kommunistischen Programms, das in tristen Zeiten in der revolutionären Organisation unbeschadet aufbewahrt werden soll – fassten sie Klassenbewusstsein als das Bewusstsein der Möglichkeiten, die eine bestimmte Epoche enthält. Entscheidend war es daher, aus der Zwieschlächtigkeit des modernen Produktionsprozesses – seiner widersprüchlichen Natur als Kooperation der Arbeiter und kapitalistisches Kommando, Arbeitsprozess und Verwertungsprozess – die Möglichkeiten seiner Vergesellschaftung zu entziffern. „Allein der Angriff auf die Wurzeln der Entfremdungsprozesse, das Bewusstsein der zunehmenden ‚politischen Abhängigkeit' vom Kapital ermöglicht eine wirklich allgemeine Klassenaktion.“[25]

Die heute unter operaistischen Linken anzutreffende Vorstellung, mit der Untersuchung des unmittelbaren Produktionsprozesses erübrige sich die Frage nach dem Klassenbewusstsein, da die Fetischformen des Kapitals in der Fabrik selbst – wo die Arbeiter schließlich das Kapital produzieren – aufgelöst seien, stimmt allenfalls zur Hälfte. Die tägliche, sinnliche Erfahrung des Ausbeutungskonflikts und die Erkenntnis der bestimmten, abschaffbaren Form der gesellschaftlichen Produktion, die diesen Konflikt zwangsläufig mit sich führt, sind nicht das Gleiche; die Fabrik ist nicht der Ort, an dem die Wahrheit über die Gesellschaft offen zutage liegt, denn was in ihr geschieht, ist selbst durch den Gesamtprozess des Kapitals vermittelt. Den *Quaderni Rossi* galt gerade die im späteren Operaismus kassierte Unterscheidung zwischen der Arbeit als solcher und ihrer besonderen historischen Form als Lohnarbeit von größter

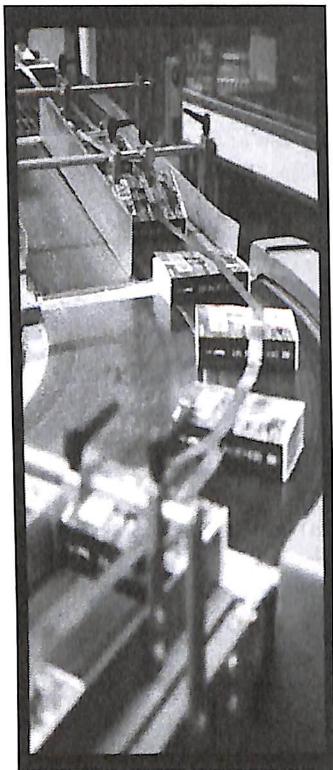
23 Romano Alquati, *Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti*, in: *TheKla* Nr. 5, Karlsruhe 1983 , S. 41, 75.

24 Panzieri, *Über die kapitalistische Anwendung...*, S. 30.

25 Ebd., S. 26.

Bedeutung, um wieder eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen: „Heute mehr noch als damals erscheint den Arbeitern die Lohnarbeit in der Fabrik als ihre natürliche Lebensform."[26]

26 Lanzardo, a. a. O., S. 103.



Die Geringschätzung des Klassenbewusstseins ist ein späteres Produkt des Operaismus. Hatten es die *Quaderni Rossi* abgelehnt, das Verhalten des Proletariats aus dem Kapital abzuleiten, so ging Mario Tronti einen entscheidenden Schritt weiter, erklärte in einer recht abenteuerlichen Philosophie die Arbeiterklasse zum eigentlichen Motor der Geschichte und proklamierte, es gelte die „Entwicklungsgesetze der Arbeiterklasse"[27] aufzudecken. Fortan ging es nicht mehr um das Bewusstsein der Klasse, sondern ausschließlich um ihre Macht, die später der wichtigsten operaistischen Organisation *Potere Operaio* (1969-1973) ihren Namen geben sollte. Die Beobachtung des Klassenantagonismus in der Produktion gerann zur Theorie der Klassenzusammensetzung, die sich wiederum zu der Vorstellung verdichtete, die Klassengeschichte als Abfolge bestimmter zentraler Arbeiterfiguren schreiben zu können.
Der Begriff der Klassenzusammensetzung erschöpft sich daher nicht in der Banalität, dass das Proletariat kein homogenes Subjekt darstellt, sondern immer bunt „zusammengesetzt" ist. Dass die Arbeiterklasse tausendfach zerklüftet ist, aus einheimischen und immigrierten, männlichen wie weiblichen, hochqualifizierten wie ungelernten Arbeitskräften besteht, ist ein alter Hut und dürfte allen Marxisten nur zu bewusst gewesen sein. Der operaistische Begriff der Klassenzusammensetzung hingegen hat sich im Laufe der Jahre zu einer veritablen Theorie ausgewachsen, die den gesamten Verlauf der kapitalistischen Geschichte zu erklären beansprucht, von der Entwicklung der Technologie über Bewusstsein und Kampfformen der Klasse bis hin zu Veränderungen des Staates. Das Verhältnis von lebendiger Arbeit und Maschinerie fasst die operaistische Terminologie als technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse, auf deren Grundlage sich eine politische Zusammensetzung der Klasse herausbildet, was bedeutet, dass die Arbeiter den gegebenen produktiven Zusammenhang auf jeweils ganz spezifische Weise in Kämpfe umzumünzen wissen. Das kann nicht lange gut gehen und ruft daher eine technische Neuzusammensetzung der Klasse durch Umstrukturierungen der Produktion auf den Plan, die aber wiederum neue Kämpfe, die politische Neuzusammensetzung der Klasse nach sich zieht. So will es jedenfalls die Theorie.

27 Mario Tronti, *Lenin in England* (1964), in: Primo Moroni, Nanni Balestrini, *Die goldene Horde*, Berlin/Hamburg 1994, S. 93.

Der historische Hintergrund dieser Vorstellung lag im Auftreten junger ungelernter Arbeiter, die trotz oder wegen ihrer Entfremdung von der alten Arbeiterbewegung zu den rebellischsten Elementen zählten und in den Fabrikkämpfen um 1969 eine erhebliche Rolle spielten. Die Operaisten tauften dieses Subjekt auf den Namen Massenarbeiter, der vom Facharbeiter scharf unterschieden wurde. Nach *Potere Operaio* bedurfte die kapitalistische Entwicklung an einem bestimmten Punkt „nicht nur einer neuen Struktur des Staates, sondern auch einer *anderen* Arbeiterklasse, die in ihrer Struktur dem Modell der amerikanischen Automobilarbeiter, den Arbeitern von Detroit, entspricht; also einer mobilen, nicht am Arbeitsplatz verwurzelten, unterschiedslosen Arbeitskraft" – der Massenarbeiter – „die nicht an die beruflichen Werte gebunden ist und in keiner Weise danach strebt, selber die Produktion zu lenken" – wie der alte Facharbeiter. „Für die Unternehmer geht es darum, jenen Typ kommunistischer Organisation zu zerstören, der sich gerade auf Grundlage des professionellen Charakters der Arbeit und der Bindung an die beruflichen Werte in den Fabriken gebildet hatte – das heißt, es geht darum, einen Typ von Struktur der Arbeiterklasse zu zerstören, der auf die *Leitung* abzielte, der als Ziel die *Leitung* der Fabrik und der Produktion hatte."[28]
Ob die Fließbänder immer und überall als politischer Schachzug zur Bezwingung der Facharbeiter eingeführt wurden oder sich in dieser Vorstellung eher die verschwörungstheoretische Schlagseite eines bestimmten Operaismus offenbart, ist hier nicht entscheidend. Schwerer wiegt, dass der klassische Operaismus meinte, im Unterschied bestimmter Arbeiterfiguren den Schlüssel gefunden zu haben, um den Verlauf der Klassenkämpfe erklären zu können. So galt die Rätebewegung um 1918 bald als eine der Facharbeiter und das für die frühen Operaisten verbindliche Ziel der Aneignung der Produktion durch die Produzenten kurzerhand als „Produktivismus". Das Scheitern der Räte wurde darauf zurückgeführt, dass ihnen durch die anlaufende Rationalisierung der Produktion die Basis entzogen worden sei, und die Gegensätze zwischen Lenin und Luxemburg fanden im Geiste einer mechanischen Wissenssoziologie ihren letzten Grund in der unterschiedlichen Klassenzusammensetzung Russlands und Deutschlands.[29]

28 Potere Operaio, *Was ist Arbeitermacht?*, Berlin 1972, S. 7.

29 Vgl. insbesondere Sergio Bologna/ Massimo Cacciari, *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage*, Berlin 1973. Die These, Fach- und Massenarbeiter könnten bestimmte politische Verhaltensweisen zugeordnet werden, demontiert Erhard Lucas für Deutschland 1918/19 in *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M. 1976.



Umgekehrt wurde der Massenarbeiter zu einer „rauen heidnischen Rasse“[30] stilisiert, aus dessen Forderung nach mehr Lohn und weniger Arbeit ein systemsprengender Hass auf das Fabriksystem spreche. Als seine historische Avantgarde galten die militanten Streiks in der US-Industrie der dreißiger Jahre, in denen mit dem CIO eine Organisation der Massenarbeiter neben der beruflich-ständischen AFL die Bühne betrat. Sozialhistorisch ist diese Verschiebung unbestreitbar, revolutionstheoretisch hingegen, wie Paul Mattick, ein seit 1926 in den USA lebender deutscher Rätekommunist, bemerkte, äußerst dubios: „Auch die ‚Massenarbeiter‘ haben bisher den gewerkschaftlichen Charakter ihrer Aktionen nicht durchbrochen und haben sich, wo sie seit langem existieren, Industrieverbände geschaffen, die nicht weniger mit dem kapitalistischen System verwachsen sind als die traditionellen Arbeiterorganisationen. Man braucht nur an die großen Industrieverbände der amerikanischen Massenproduktion zu denken, um sofort einzusehen, dass die ... an den ‚Massenarbeiter‘ geknüpften Erwartungen genauso illusionistisch sind wie die, die sich einst auf die Facharbeiter bezogen.“[31] Die nicht ausschließlich, aber maßgeblich von Massenarbeitern getragenen Fabrikkämpfe in Italien 1969 ff. hatten wenig mit den Tarifritualen eines DGB zu tun, attackierten mit egalitärer Stoßrichtung Qualifikationsstufen und Lohngruppen und waren über weite Strecken von autonomer Selbstorganisation getragen. Ihre revolutionstheoretische Aufladung aber blieb fragwürdig, und die Operaisten fielen folglich immer wieder auf leninistische Avantgardekonzepte zurück, kehrten heim in den Schoß der Kommunistischen Partei oder versuchten die „Partei der bewaffneten Insurrektion“ aufzubauen.

Die Gegenüberstellung des „produktivistischen“ Facharbeiters und des gegen „die“ Arbeit rebellierenden Massenarbeiters – dessen kompromisslose Lohnkämpfe nun als Königsweg zur Revolution galten – war ein Rückschritt gegenüber den *Quaderni Rossi* und auch gegenüber dem Befund von *The American Worker,* wonach gerade die ihrer Arbeit entfremdeten halbqualifizierten Arbeiter der modernen US-Industrie das Bedürfnis nach einer anderen produktiven Betätigung verspürten. Das operaistische Schema erinnert demgegenüber an Lenins moralische Verurteilung besser gestellter Schichten des Proletariats als „Arbeiteraristokratie.“ Doch „die Fach-

30 Tronti, zit. nach Wright, S. 120.

31 Paul Mattick, *Rezension von K.H. Roth / Elisabeth Behrens ‚Die andere Arbeiterbewegung‘*, in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung* Nr. 3, Frankfurt/M. 1973, S. 343.

arbeiter, die über mehr Zeit, Geld und Ausbildung verfügen, haben in der Geschichte der Klassenkämpfe mit ihrem Los zufriedene Wähler abgegeben, aber häufig auch extremistische Revolutionäre, im Spartakus wie in der iberischen Anarchistenförderation."[32]

Die Theorie der Klassenzusammensetzung lebt aber gerade von dem vulgärmaterialistischen Versprechen, aus der konkreten Gestalt der Fabrik das Klassenverhalten erklären zu können. Diese Vorstellung wurde brüchig, als Inflation, Umstrukturierungen und Massenentlassungen die Massenarbeiter in die Defensive brachten und gleichzeitig jenseits der Großfabriken neue Kämpfe aufflammten, die auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Toni Negri fasste diese Kämpfe in der griffigen Formel „gesellschaftlicher Arbeiter" zusammen, der den Massenarbeiter als zentrales Subjekt abgelöst habe. Im Rückblick betrachtet scheint in dieser These einiges von der aktuellen Ideologie der „Multitude" in embryonaler Gestalt enthalten, dennoch bestand ihr Fehler anfangs allein darin, in jenem starren Korsett der Klassenzusammensetzungstheorie aufzutreten, das sie de facto – und glücklicherweise – bereits gesprengt hatte. Orthodoxe Operaisten konnten dies mit Grund bemängeln: Der Massenarbeiter wurde demnach „materiell homogenisiert (...) durch eine bestimmte Beziehung zur kapitalistischen Technologie (dem Fließband) und einem daraus folgenden politischen Verhalten: Forderung nach Lohn als Einkommen, Verweigerung der Arbeit, Sabotage." Hingegen sei beim gesellschaftlichen Arbeiter „keine materielle Homogenität zu sehen, die die neue Klassenzusammensetzung (...) von innen her stützt. Ihre physischen Bestandteile scheinen weder an materielle Ausbeutungsbedingungen noch an unmittelbare politische Ziele gebunden. Sie schließt eine Pluralität von Teilen der Klasse ein, die oft sehr weit entfernt voneinander sind: dezentralisierte Arbeiter, junge, arbeitslose Proletarier, Marginalisierte aus den proletarischen Stadtvierteln, Hausfrauen, Frauen, wohnungslose Studenten, unterbeschäftigte Intellektuelle (...) kurz und gut: Subjekte mit völlig autonomen unmittelbaren Motivationen."[33]

Wenn das politische Verhalten aus der Maschine „folgt", verkehrt sich der Begriff der Subjektivität in sein Gegenteil und bezeichnet nicht mehr als ein Bündel pawlowscher Reflexe. Die „Beziehung der Körper zu den Arbeitsinstrumenten"[34] kann

32 Situationistische Internationale, *Die wirkliche Spaltung in der Internationalen*, Wien 1997, S. 34.

33 Roberto Battaggia, *Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter - einige Bemerkungen über die „neue Klassenzusammensetzung"*, in: *Primo Maggio* Nr. 14/1980, dt. in: *Wildcat-Zirkular* 36-37/1997, S. 122.

34 Ebd., S. 116.

nicht deterministisch gefasst werden, weil zum menschlichen Körper wesentlich der Kopf obendrauf gehört. Doch dem späteren Operaismus gilt der Begriff der Klassenzusammensetzung eben als „materialistischer Ansatz, der das Konzept ‚Klassenbewusstsein' ersetzt, das von außen in die Klasse getragen werden muss".[35] Die Anspielung auf Lenins krude Parteitheorie dient nur dazu, den Begriff des Klassenbewusstseins überhaupt loszuwerden. Wenn noch von Bewusstsein die Rede ist, wird es direkt aus der Gestalt der Werkshallen abgeleitet: „Das in den Kämpfen entstehende ‚Bewusstsein' hängt aber ebenfalls vom materiellen Verhältnis der ProduzentInnen untereinander und zu den Produktionsmitteln ab. (...) Ob ArbeiterInnen die Ausbeutung bloß gewerkschaftlich als individuellen Raub durch einen Chef oder als ungleiche Verteilung begreifen oder politisch als ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis mit eigenen Gesetzen, hängt von den Bedingungen ab, unter denen sie arbeiten müssen. Es ist keine Frage des ‚falschen Bewusstseins', wie es die LeninistInnen behaupten, sondern die Frage, in wie weit die Ausbeutung nicht nur formal kapitalistisch (Lohnarbeit), sondern auch materiell/inhaltlich (Maschinerie, hierarchische Arbeitsteilung etc.) abläuft."[36]
Diesem mechanischen Materialismus ist Bewusstsein nur passive Widerspiegelung des Materiellen, das konkret-dinglich auf die Gestalt der Fabrik reduziert wird. Die Banalität, dass jeweils ganz bestimmte Ausbeutungsbedingungen auch die Kämpfe der Proletarisierten prägen, eine zerstreute Arbeitskraft auf andere Organisationsformen angewiesen ist als eine im Großbetrieb konzentrierte, dient dazu, kurzerhand die Frage zu eskamotieren, wie diese Kämpfe über die bestehenden Verhältnisse hinausgehen könnten. Erste Voraussetzung dafür wäre gerade, dass die unterschiedlichen Segmente des Proletariats an ihrer besonderen Lage das Allgemeine erkennen und sich aufeinander beziehen. Damit aber ist die Vorstellung, in den Besonderheiten dieses oder jenes Betriebs läge der Schlüssel, um Kämpfe zu begreifen und über sich hinauszutreiben, außer Kurs gesetzt.

35 Wildcat, *Operaismus: Vom Schimpfwort zum Hype zum toten Hund?*, in: *Wildcat* 70/2005, S. 7-8.

36 Kolinko, *Klassenzusammensetzung*, www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/deut/d_klazu.htm

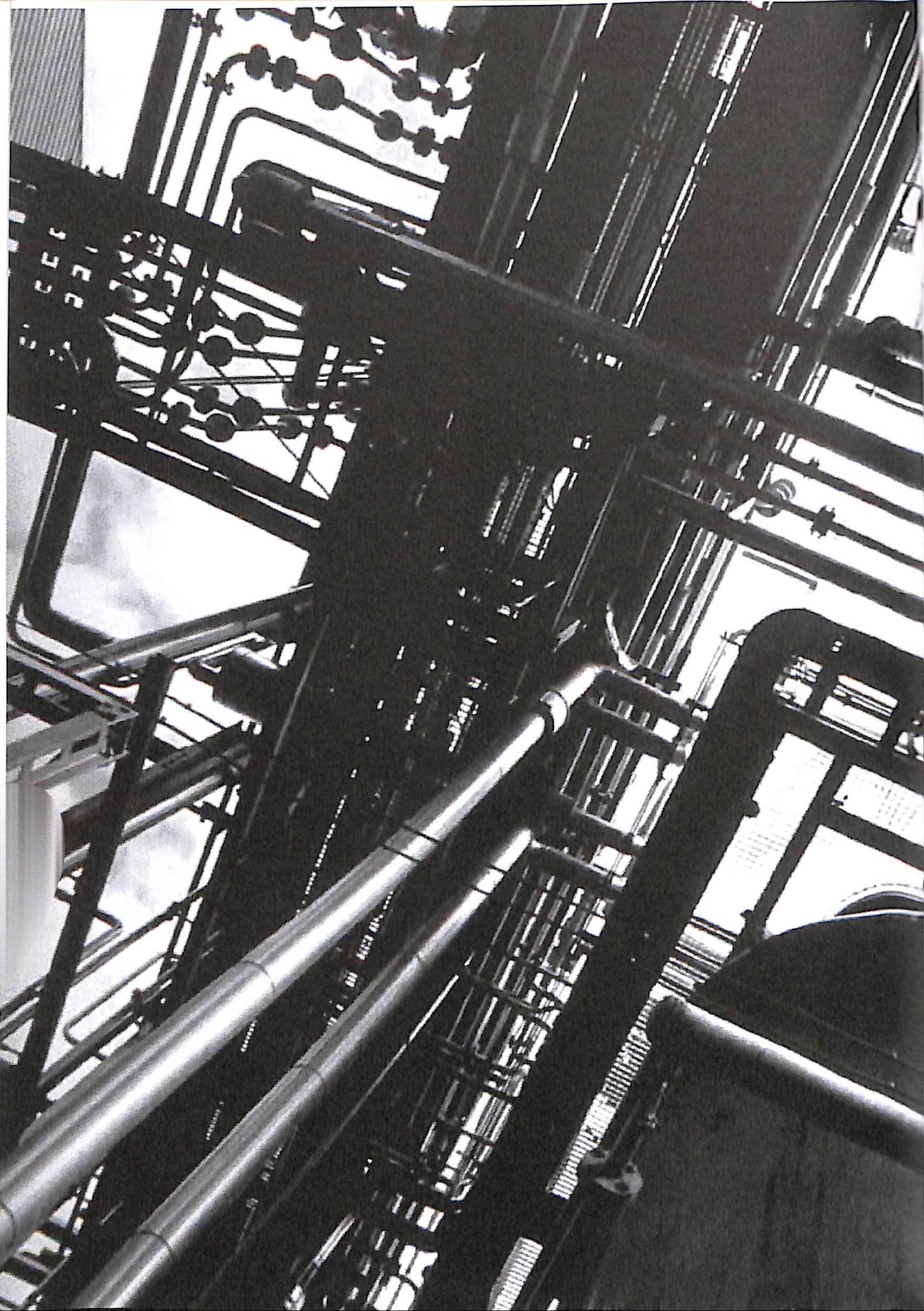
Dass es heute nicht mehr die zentrale Arbeiterfigur gibt – wenn es sie überhaupt je gab – gilt auch in weiten Kreisen der operaistischen Linken als offenkundig. Aber es ist weiterhin die Macht, genauer, die aus der technischen Zusammensetzung der Klasse erwachsende Produktionsmacht bestimmter Arbeiter, die als Schlüssel zum revolutionären Prozess gilt: „Grundlage für Entstehung, Inhalt und Perspektive von ArbeiterInnenkämpfen ist die Frage, ob sie eine Macht gegenüber dem Kapital entwickeln können. Das hängt von verschiedenen Bedingungen ab: z.B. ob sich die ArbeiterInnen an Punkten konzentrieren, die für den Produktions- und Akkumulationsprozeß von besonderer Bedeutung sind. [...] Ob sich Kämpfe ausweiten, hängt zwar auch von der ‚Spontaneität', der gesellschaftlichen Stimmung und dem Zufall ab. Für eine politische Strategie ist aber die materielle Grundlage wichtig: In welchem Verhältnis steht der einzelne Kampf zur gesellschaftlichen Produktion?"[37] Der Leninismus, den man irrtümlicherweise mitsamt dem Begriff des Klassenbewusstseins hinausgeworfen zu haben meint, kehrt im Gegensatz von strategisch agierenden Revolutionären und bloß spontanem Klassenkampf wieder; die Proletarisierten werden säuberlich voneinander getrennt und auf ihre mögliche Zentralität inspiziert. Spontaneität und gesellschaftliche Stimmung sind bedeutungslos, entscheidend hingegen die vermeintlich harten Gegebenheiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Neue Nahrung bekam diese Sicht der Dinge kürzlich durch Beverly Silvers Studie *Forces of Labor*, die den Einfluss der Arbeiterkämpfe auf die globale Entwicklung von 1870 bis in die Gegenwart nachzeichnet und auf diese Weise, wie die Herausgeber der deutschen Ausgabe betonen, in die Fußstapfen der operaistischen Theorie tritt.[38] Silver verzichtet auf jede revolutionstheoretische Stilisierung der Lohnkämpfe, wobei die Kehrseite dieser Nüchternheit darin liegt, dass die Frage nach der Aufhebung des Kapitals überhaupt nicht mehr gestellt wird.

In einem Text über „ArbeiterInnenmacht und die Zukunft des Operaismus" wird an Silvers Darstellung positiv hervorgehoben: „Es ist nicht allein die Kapitalkonzentration, auf der die Macht der ‚kollektiven Arbeiterin' im Sinne einer sozialen und politischen Zusammenballung basiert, sondern vielmehr das steigende Störpotenzial von ArbeiterInnenaktionen. Aus der

37 Kolinko, *Klassenzusammensetzung.*

38 Beverly Silver, *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg 2005.



Struktur und Organisation der jeweiligen Produktionsprozesse wird diese Macht entwickelt: zum einen aus der engeren Verkettung verschiedener Produktionsabschnitte, zum anderen aus der steigenden Bedeutung und Verwundbarkeit des fixen Kapitals".[39] Recht nah am triumphalistischen Sound des klassischen Operaismus erklären die Herausgeber von *Forces of Labor*: „Die Arbeiterkämpfe jagen das Kapital um den ganzen Erdball und von einem Produkt zum nächsten. Und die Gestalt der globalen Weltordnung wurde mit jedem neuen Zyklus von hegemonialer Macht stärker durch den Druck von unten geprägt."[40]

Es ist sicherlich ein Verdienst des Buches, das Bild einer schlichten Abwärtsspirale von Löhnen und Arbeitsbedingungen in der globalen Standortkonkurrenz gerade zu rücken; aller Flucht in die Finanzsphäre zum Trotz muss sich das Kapital irgendwo in der Produktion materialisieren und bekommt daher früher oder später mit der lebendigen Arbeit zu tun. Ganz abgesehen davon, dass es dort, wo das Kapital, wenn man so will, verjagt wurde, auch um die Produktionsmacht der von Betriebsschließungen betroffenen Arbeiter geschehen ist, stellt Silver aber ausdrücklich eine gegenwärtige Schwächung der Arbeitermacht fest, insbesondere der Produktionsmacht.[41] Gerade in neuen Wachstumsbranchen seien die Arbeiter mehr und mehr auf eine Organisation ihrer Kämpfe angewiesen, die über den Betrieb hinausreicht und andere Lohnabhängige mobilisiert.

Ob sich diese Tendenz künftig verlängern wird oder nicht, ist eine müßige Frage; Silvers Mutmaßungen über mögliche zukünftige Orte der Klassenbildung ist daher weder zuzustimmen noch zu widersprechen. Viel wichtiger ist die Frage, ob in den von ihr beschriebenen Arbeiterkämpfen tatsächlich „eben jener Entfremdungsprozess brüchig wird, der die gesellschaftlichen Potenzen der lebendigen Arbeit ständig zur Herrschaft der vergangenen Arbeit, also des Kapitals über die individuellen ArbeiterInnen verkehrt".[42] Jeder Streik demoliert den Kapitalfetisch, indem er an die Abhängigkeit der Verwertung von der Arbeit erinnert. Aber er untergräbt nicht notwendig die Abtrennung des Arbeitsvermögens von den gegenständlichen Bedingungen seiner Verwirklichung, sondern unterbricht die Produktion zeitweilig, um sie unter für die Arbeiter günstigeren Bedingungen wieder aufzunehmen. Wie

39 Christian Frings, *Das Herz der Bestie – ein unbekanntes Wesen. ArbeiterInnenmacht und die Zukunft des Operaismus, analyse & kritik* 500/2005.

40 Wildcat & Friends, *Warum wir Forces of Labor übersetzt haben*, in: Silver, S. 7.

41 „Insgesamt dürfte sich die das 20. Jahrhundert bestimmende Tendenz zunehmender Produktionsmacht im 21. Jahrhundert zumindest teilweise umgekehrt haben – allerdings bei weitem nicht derartig negativ, wie weithin angenommen wird." Silver, S. 215.

42 Frings, *Das Herz der Bestie*, a.a.o..

weit in solchen Kämpfen Momente liegen, die darüber hinaus weisen, ist nicht anhand der Verwundbarkeit des capital fixe o. ä. zu entscheiden. Andernfalls würde man tun, was die *Quaderni Rossi* gerade hinter sich lassen wollten: die proletarische Emanzipation an die kapitalistische Entwicklung binden. Autonomie meinte das Gegenteil und war daher von revolutionärem Klassenbewusstsein untrennbar. Es führt kein gerader Weg von der Produktionsmacht, der technisch bedingten Durchsetzungskraft gegenüber dem Klassengegner, zur Fähigkeit, in freier Assoziation zu produzieren.

Wie fragwürdig es geworden ist, den Verlauf der Arbeiterkämpfe vor der Folie der Produktionsmacht zu deuten, lässt sich en detail an dem wilden Streik nachvollziehen, mit dem sich die Belegschaft von Opel Bochum im Herbst 2004 gegen drohende Massenentlassungen zu wehren versuchte. Das Interesse der operaistischen Analyse des Streiks galt vor allem der unmittelbaren Macht der Arbeiter: „Der Diskussion um die ‚Soziale Frage' fehlt die Ahnung von der Macht, die fähig ist, die sozialen Verhältnisse umzuwälzen".[43] Klassisch operaistisch wurde sogar die angekündigte Entlassungswelle als „politische Entscheidung, der seit Jahren widerspenstigen Belegschaft das Wasser abzudrehen"[44], gedeutet, was einmal dahingestellt sei. Der Verlauf des Streiks erscheint als Angelegenheit von Technik und Manipulation: Die Arbeiter unterbrachen den Streik, „als er seine volle Macht entfaltete und die internationale Verbundproduktion ins Stocken geriet. Seine Grenze war, dass es nirgendwo anders zu Streiks gekommen war, deshalb konnte eine intrigante Gewerkschaft den Zaun drum rum schließen und eine Masse Geld das Feuer löschen. Diese Einkreisung durch Gewerkschaft und Geld (Arbeiterverräter und Abfindungen) hätten die Opel-ArbeiterInnen nur durchbrechen können, wenn es an anderen Orten zu Streiks gekommen wäre."[45]

43 Wildcat 73/2005, S. 9.

44 Ebd.

45 Ebd.

Obwohl die Produktionsmacht der Opel-Arbeiter zu Tage trat, fand der Streik also ein abruptes Ende. Es hätte praktischer Solidarität bedurft, was unmittelbar die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung des Streiks aufwirft. Anstatt sich mit diesem Problem zu befassen, endet die operaistische Analyse mit dem optimistischen Ausblick, dass sich, da der Autokonzern weiterhin auf „die Strategie des Produktionsverbunds" angewiesen sei, „an anderen Orten ‚zentrale' Arbeiten kon-

zentrieren [würden]. Die Frage ist, wie lange es dauern wird, bis die dortigen Arbeiter ihre Macht erkennen und einsetzen werden."[46] Man kann getrost unterstellen, dass alle Arbeiter eine grobe Vorstellung davon haben, welchen Hebel sie umlegen, welche Werkshalle sie dichtmachen müssen, um die Produktion möglichst weitreichend zum Stillstand zu bringen. Zu fragen wäre eher, warum sie es nicht tun. Am technisch-deterministischen Blickwinkel, der die Zukunft der Klassenkämpfe an die Machtpotentiale kleiner Kerne der Proletarisierten kettet, wird festgehalten, obwohl er sich gerade bei Opel als schief erwiesen hat.

Nur ganz am Rande taucht dagegen das defensive Anliegen des Streiks auf. Während die linke Opel-Betriebsgruppe *Gegenwehr ohne Grenzen* gegen jede Mythenbildung betonte, es habe sich um einen Streik „für den Status Quo"[47] gehandelt, entdeckte die operaistische Deutung in ihm prompt ein Anzeichen für eine „neue ArbeiterInnenautonomie".[48] Was einmal die Versuche der Proletarier bezeichnen sollte, über die Verhältnisse hinauszugehen, schrumpft zusammen auf außergewerkschaftliche Aktion. Als habe man eine solche Verflachung des Begriffs der Autonomie befürchtet, bemerkte *Potere Operaio* 1971 vor dem Hintergrund der anlaufenden Massenentlassungen in der italienischen Industrie: „Wenn der Angriff der Unternehmer und die Erpressung am Arbeitsplatz die Arbeiterspontaneität auf ein Bitten und Verlangen nach Arbeit reduzieren, wenn sie den Arbeiterkampf darauf reduzieren, dass man verlangt, ausgebeutet zu werden und die Stellung eines Ausgebeuteten zu erhalten, *verlagert sich entweder das Kampfterrain vollkommen, oder es kommt zur Klassenniederlage.*"[49] Was immer man von den Vorschlägen der Gruppe für die Verlagerung des Kampfterrains hält, die Feststellung, dass ein Kampf für Arbeitsplatzerhalt nicht Autonomie, sondern knallharte Abhängigkeit der Proletarier ausdrückt, sollte selbstverständlich sein.

Das macht solche Auseinandersetzungen weder unwichtig noch gar falsch. Aber der Inhalt des Kampfs bestimmt seine Grenze, worüber die Begeisterung über die Selbstorganisation des Streiks nicht hinwegtäuschen sollte. Andernfalls ist man zu dem Kunstgriff gezwungen, alles der Gewerkschaft als vermeintlichem „Arbeiterverräter" in die Schuhe zu schieben und in einem Höhepunkt des Anti-Materialismus sogar das

46 Ebd.

47 So ein Mensch von GoG auf einer Veranstaltung in Berlin, die einige Wochen nach dem Streik stattfand.

48 *Wildcat* 72/2005, S. 18.

48 Potere Operaio, *Was ist Arbeitermacht?*, S. 17.

Geld zu einer Sache erklären, die dem Klassenkampf äußerlich ist und erst als Feuerwehr herangekarrt werden muss, um die „neue ArbeiterInnenautonomie" platt zu machen. Diese Verschwörungstheorie bringt es mit sich, die Arbeiter – die mehrheitlich für das Ende des Streiks stimmten – de facto zu Trotteln zu erklären, die sich hätten „verraten" und durch den schnöden Mammon von ihrem autonomen „Feuer" weglocken lassen. Auch in dieser Hinsicht waren die linken Betriebsaktivisten von *Gegenwehr ohne Grenzen* nüchterner. In ihrer Betriebszeitung haben sie nach dem Streik genau das getan, was dem klassischen Operaismus als leninistische Schrulle gilt: Im Bewusstsein die Schranke des Streiks erkannt. „Wer gegen drohende Lohnarbeitslosigkeit kämpft, die Lohnabhängigkeit und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse aber akzeptiert, hat die Denkverbote schon im eigenen Kopf. Die Perspektiven des Kampfes sind von vornherein sehr eingeschränkt und eine Vernunft schon verankert, die die Niederlage akzeptiert und die Menschen beugt. (...) Eine Perspektive für die Zukunft entsteht nur dann, wenn die Erkenntnis sich breit macht, dass das System der Lohnarbeit selbst die Ursache von Arbeitslosigkeit und existenzieller Unsicherheit ist. Wer die bestehende Ordnung akzeptiert, darf sich über deren Folgen nicht wundern."[50]

50 Robert Schlosser, *Begrenzte Möglichkeiten*, abgedruckt in der Betriebszeitung der GoG Frühjahr 2005, Langfassung in Willi Hajek/Jochen Gester, *Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004*, Berlin 2005.

Es gibt Bemühungen, die Klassenzusammensetzungstheorie vom technischen Determinismus zu befreien, aber solche Rettungsversuche befördern sie unwillentlich ins Jenseits. Mustergültig führt dies Steve Wright am Ende seiner Geschichte des Operaismus vor, wenn er die Frage zu beantworten versucht, was mit alldem anzufangen wäre. Die ständige Beschäftigung der Operaisten mit der technischen Zusammensetzung der Arbeitskraft sei „eher als einseitig zu bezeichnen und nicht als rundweg falsch", es gelte folglich ebenso „Geschlecht, Alter, *race*, Sprache, Schulbildung, vergangene Kämpfe und Niederlagen" zu untersuchen. „Mehr über die Arbeiter Turins zu wissen, mehr über die unterdrückten Klassen im Allgemeinen zu wissen, ist keine nebensächliche Aufgabe. Es ist *die* politische und kulturelle Aufgabe für jede Linke, die den Namen verdient"[51], zitiert Wright am Ende seines Buches zustimmend einen alten Operaisten. So wertvoll das Buch als Beitrag zum historischen Gedächtnis ist, außer einer ziellosen Multifaktorenanalyse, einem vagen Ethos der Untersuchung weiß es mit dem Erbe des Operaismus nichts anzufangen. Das mag im Land des studentischen Klugscheißermarxismus, der „die Arbeiter" entweder als „Arschlöcher von Staat und Kapital" (GegenStandpunkt) oder gleich als rassistisches Gesindel verachtet, nicht verkehrt sein, als Richtschnur für subversive Theorie und Praxis ist es allemal zu dürftig.

51 Wright, *Den Himmel stürmen*, S. 240.

Zu retten wäre vielmehr der Versuch der frühen Operaisten, die zwieschlächtige Natur des kapitalistischen Produktionsprozesses als zugleich Arbeits- und Verwertungsprozess nicht nur abstrakt festzuhalten, sondern konkret zu untersuchen, aber nicht, um das Verhalten der Klasse besser „zu erklären" oder gar das morgen möglicherweise zentrale Subjekt zu entdecken, das endlich den Karren aus dem Dreck zieht. Es ginge schlicht und bescheiden um eine Selbstanalyse der Gesamtarbeiterin, die ihrer miserablen kapitalistischen Verfasstheit inne wird und an dieser zugleich der Möglichkeiten, die der heutige Stand der Vergesellschaftung einer künftigen Commune eröffnet. Denn die Theorie der Klassenzusammensetzung ablehnen heißt nicht, die Revolution zu einem reinen Willensakt zu machen und das Bewusstsein von den konkreten historischen Bedingungen, der Arbeitsteilung, Technologie und dergleichen abzulösen; so wie auch die Einsicht, dass die heutigen Möglichkeiten der Emanzipation sich nicht in einzel-

nen Segmenten des Proletariats konzentrieren, keineswegs bedeutet, der kritischen Erforschung der Welt der Ausbeutung ihren Sinn abzusprechen. Im Gegenteil fällt heute auf, dass in der Linken unentwegt von einer nebulösen „Biopolitik" die Rede ist, aber niemand die Umstrukturierung des Gesundheitswesens untersucht, die Patienten wie Pflegekräfte immer ungemilderter dem Terror der Rentabilität unterwirft und jener „affektiven Arbeit", auf welche die Post-Operaisten Loblieder trällern, mehr und mehr Züge des Fließbandsystems aufprägt; so wie sich auch kaum jemand an den infamen Versuchen zu stören scheint, die Proletarisierung der Kopfarbeiter zur Geburt einer glamourösen „digitalen Bohème" umzulügen, vielmehr die Scharlatane, die dies tun, gern gesehene Gäste auf Veranstaltungen des „Euromayday" sind.

Ob solche Untersuchungen zugleich als Mittel taugen, Kämpfe auf den Weg zu bringen, scheint fraglich; vermutlich sollten sie sich von diesem Anspruch befreien und sich zunächst auf die schonungslose Kritik der gesellschaftlichen Fabrik konzentrieren. In jedem Fall wäre die Vorstellung aufzugeben, „kommunistische Tendenzen" aufspüren zu können, wie ein Ziel der Call-Center-Untersuchung von Kolinko lautete.[52] Der Kommunismus lässt sich nicht durch Forschungsarbeit in einzelnen Betrieben aufdecken. Er wäre gerade die Bewegung, die die Schranken zwischen den verschiedenen Produktionsstätten niederreißt. ■

I. M. Zimmerwald

52 Vgl. Kolinko, *Hotlines. Call Center, Untersuchung, Kommunismus*, 2002.

WARTEN AUF DIE IMMATERIELLE ARBEITER BEWEGUNG

Erinnert sich noch jemand an die „Wissensgesellschaft"? Oder an die „gewichtslose Ökonomie"? Solches Gerede ist leiser geworden, seit 2001 mit den Aktienkurse auch manche Illusion und einige Propaganda zusammenbrach. Aber während in den Feuilletons heute seltener zu lesen ist, dass Wissen und Informationsverarbeitung mittlerweile „die entscheidende Produktivkraft" seien und die große Industrie nur noch ein Anachronismus, hält eine linke Strömung unbeirrt daran fest. „Wissenskommunisten" – Autoren wie Manuel Castells, Antonio Negri und Michael Hardt, Maurizio Lazzarato oder André Gorz – verbrämen diese Redeweisen mit vermeintlich radikaler Rhetorik. Ihr gemeinsamer theoretischer Kern dabei ist der Begriff der „immateriellen Arbeit". Mit großem sozialphilosophischen Aufwand versuchen sie zu begründen, warum diese Art der Arbeit heute bestimmend sein soll und ignorieren nonchalant alles, was dagegen spricht.[1]

1 Ähnliche Kritiken finden sich bei Wolfgang Fritz Haug, *„General Intellect" und Massenintellektualität.* In: *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise - Arbeit - Sexualität - Krieg und Hegemonie.* Hamburg 2003, S. 183 – 203, Paul Thompson, *Foundation and Empire: A Critique of Hardt and Negri.* In: *Capital and Class* No. 86 / Summer 2005. 99 – 134, und in *Aufheben* # 14. 23 – 44. (2006) *Keep on Smiling. Questions on Immaterial Labour,* 2006, S. 23 – 44.



„Immaterielle Arbeit“

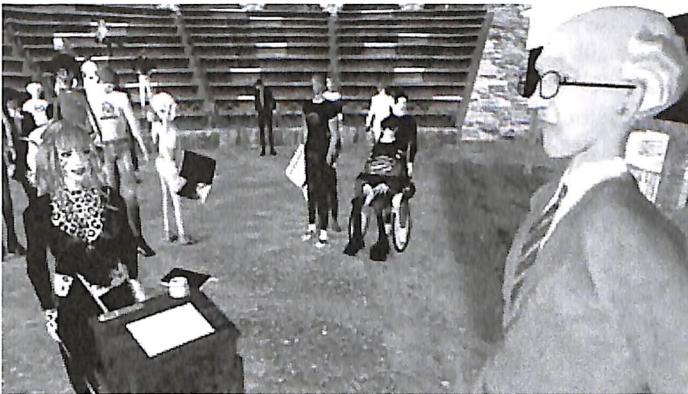
Viele Wissenskommunisten sind auch unter dem Etikett „Postoperaisten“ bekannt. Sie vertreten keine in sich geschlossene Theorie und widersprechen einander in vielen Punkten krass. Außer ihrer politischen Vergangenheit teilen sie ein Bündel theoretischer Motive, zu denen auch die Hegemonie der „immateriellen Arbeit“ gehört (die sie allerdings ganz unterschiedlich definieren und wenn nötig auch neu bestimmen).
Der italienische Operaismus fand in den sechziger Jahren im „Massenarbeiter“ den wichtigsten Träger der Revolte. Die Arbeitsmigranten aus dem italienischen Süden waren kaum qualifiziert, wechselten häufig die Stellung, ihr Verhältnis zur Arbeit war feindlich. Als die Kämpfe der Massenarbeiter in den siebziger Jahren ihren Höhepunkt überschritten hatten, suchten die operaistischen Theoretiker nach einer neuen, ebenso zentralen Figur für die gesellschaftlichen Kämpfe der Zukunft. Antonio Negri entdeckte sie im „gesellschaftlichen“, ab 1991 im „immateriellen Arbeiter“. Die Fabrik habe sich in die ganze Gesellschaft ausgeweitet, die dadurch wiederum als ganzes produktiv geworden sei. Diese Argumentation hatte einen politischen Hintergrund, denn so konnten die Neuen Sozialen Bewegungen der Frauen und Jugendlichen in das Schema „Produktive Subjekte vs. Kapital“ eingegliedert werden.
Wie beschreiben die Wissenskommunisten die „immaterielle Arbeit“? „Die Tendenz zur fortschreitenden Abstraktion der Arbeit ist verschwunden“, schreibt Negri in seinen „Zwanzig Thesen zu Marx“[2]. Auch wenn sie manuelle Tätigkeiten umfasst, produziert sie in erster Linie Gefühle und Wissen, eben Geisteszustände. Kennzeichnend sei, dass die Kreativität und die Individualität der Arbeitenden in das „Produkt“ einfließe. Paolo Virno spricht in diesem Zusammenhang gar von „Virtuosität“.
Wo finden sich die „immateriellen Arbeiter“? Überall. Gingen Maurizio Lazzarato und Negri anfangs noch davon aus, dass die „immaterielle Arbeit“ Waren ohne dingliche Gestalt produziere (also den „Dienstleistungen entspräche) behaupteten sie später, die Immaterialität sei in der Produktion begründet, weil diese heute besonders viel Empathie, Kommunikation und Wissen verlange. Aufgrund der schwammigen Definitionen der Wissenskommunisten kann einmal die thailändische Köchin (die ja schließlich für das Wohlbefinden ihrer Chefs sorgt), ein

2 Hier zitiert nach Jürgen Ehbrecht, siehe www.ca-ira.net/res/negri-20thesen.pdf

anderes Mal der gut bezahlte Software-Entwickler als „immaterieller Arbeiter" gelten.

In welchem Verhältnis stehen die „immateriellen Arbeiter" untereinander? „Indem sie ihre eigenen schöpferischen Energien ausübt, setzt die immaterielle Arbeit das Potential für eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus frei."[3] Die Arbeiter setzen sich angeblich selbst miteinander in Verbindung, ihre „autonome Kooperation" soll bereits auf den Kommunismus verweisen. „Der *general intellect* fällt mit der Kooperation zusammen, mit dem Konzert der lebendigen Arbeit, mit der kommunikativen Kompetenz der Individuen."[4] Die Wissenskommunisten benutzten notorisch künstlerische Tätigkeiten als Metaphern, um die angeblich neue Qualität der Arbeit zu beschreiben; Gorz vergleicht die immaterielle Produktion mit einer musikalischen Improvisationssession etc.

In welchem Verhältnis stehen sie zur Maschinerie? Die Kryptomacht des Proletariats in Gestalt der „immateriellen Arbeit" wird mit einer heute existierenden „Massenintellektualität" begründet, die darauf beruhe „dass heute die Arbeit wesentlich linguistisch (mental, kognitiv) geworden" sei, sprich „dass mit der Sprache gearbeitet"[5] wird. Die Produktionsmittel tragen die „immateriellen Arbeiter" daher im Kopf und im Herzen, und niemand kann sie ihnen wegnehmen. „Der Zyklus der immateriellen Arbeit ist durch eine gesellschaftliche und autonome Arbeitskraft bestimmt, die ihre eigene Arbeit und ihre Beziehungen zum Betrieb selbst zu organisieren vermag. Kein ‚wissenschaftliches Management' kann über dieses gesellschaftliche Vermögen und diese kreative Produktivität bestimmen."[6]



3 Antonio Negri/ Michael Hardt, *Empire.* Frankfurt am Main 2002, S. 37.

4 Paolo Virno, *Grammatik der Multitude: Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen.* Berlin 2005, S. 64.

5 Immaterial Workers of the World, *„Was soll ich dir raten?".*

6 Maurizio Lazarrato, zit. nach Max Henniger, *Immaterielle Arbeit, Subjektivität und Territorialität*, in *Grundrisse* 15/2005, S. 27 1997: 24.

Leben wir in einer „Dienstleistungsgesellschaft"?

Trotz eines ganz verschiedenen Erkenntnisinteresses und theoretischen Anspruchs gibt es zahlreiche Berührungspunkte zwischen der linksradikalen Rede von der immateriellen Arbeit und Teilen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft und Managementliteratur. Dem „Wissen als Produktivkraft" entsprechen die „*intangible assets*", den „Gemeingütern" die „natürlichen Monopole", den „immateriellen Arbeitern" die „Symbol-Analytiker". Für beide ist die Gesellschaft nicht mehr durch industrielle Produktion, sondern durch „Dienstleistungen" bestimmt.

Die Entdeckung der „Dienstleistungsgesellschaft" ist alles andere als neu. Bereits in den sechziger Jahren gab es eine ausgedehnte Debatte über die sogenannte „Tertiärisierung". Tertiärisierung findet statt, wenn der dritte wirtschaftliche Sektor (die „Dienstleistungen") den primären (Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung) und sekundären Sektor (Industrie) in der Menge der Arbeitenden beziehungsweise der Wertschöpfung übertrifft.[7] Die „Dienstleistungsgesellschaft" ist angeblich vor allem eines nicht mehr: eine Klassengesellschaft wie die „Industriegesellschaft". Vom Internet-Futurismus abgesehen sind solche Theorien nicht neu. Vorläufer waren die akademischen Diskurse über die „Integration der Arbeiterklasse" (Herbert Marcuse), die „Wohlstands-" beziehungsweise „nivellierte Mittelstandsgesellschaft" (Helmut Schelsky) oder in Großbritannien „*white heat of technology*" (Harold Wilson), die bald die sozialen Unterschiede einschmelzen werde.

Wer „unsere Gesellschaft" als Dienstleistungsgesellschaft bezeichnet, geht davon aus, dass der sogenannte dritte Sektor eine „bestimmende" oder „überwiegende" Rolle in ihr spielt. Die gängige Definition ist dabei rein *quantitativ*: lebt die Mehrheit der Beschäftigten in einem Land von Dienstleistungen, sprechen Soziologen und Journalisten von einer Dienstleistungsgesellschaft. Allerdings sind die Statistiken, die sie heranziehen, oft wenig aussagekräftig, weil ihre Abgrenzungskriterien vage sind. Dazu kommen Verzerrungen durch Outsourcing. Weltweit, also der tatsächlichen Produktion entsprechend, ist die industrielle Produktion *gewachsen*, nicht geschrumpft.

7 Oft wird in der populären Darstellung nicht einmal diese Unterscheidung gemacht.

Schon insofern ist „Tertiärisierung" auf einige Metropolen beschränkt. Aber auch diese Kritik verfehlt den Kern der Dienstleistungsideologie, enthält sie doch die Annahme, dass tatsächlich eine neue Qualität erreicht wäre, wenn bald die Mehrheit der Weltbevölkerung ihr Auskommen weder im Bergwerk, noch auf dem Acker oder in der Fabrik fände. Die Kategorie „Dienstleistung" ist aber an sich wenig aussagekräftig. Es handelt sich um eine nur negativ bestimmte „Restkategorie", wie die Soziologen sagen: alles, was nicht industrielle oder landwirtschaftliche Produktion beziehungsweise Rohstoffförderung ist, kommt in diese große Schublade. „Dienstleistungen" bezeichnet insofern ganz unterschiedliche Tätigkeiten und soziale Positionen.

Der Schweizer Soziologe Werner Bätzing schlägt eine grundsätzliche Unterscheidung vor: Dienstleistungen sind entweder *produktionsorientiert oder reproduktionsorientiert.* Die einen sind „direkt auf den Produktionsprozess bezogen (Transport, Handel, Banken, Versicherungen, technische Wissenschaften, Verwaltung, Beratung, Werbung, Marketing)", die anderen „indirekt (...), indem sie die Rahmenbedingungen schaffen beziehungsweise wieder herstellen, damit Menschen produktiv arbeiten können (Hausarbeit, Kindererziehung, Bildungs- und Ausbildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialarbeit, Freizeitindustrie) und damit ein Gemeinwesen produktive Arbeiten fördern kann".[8]

Diese sinnvolle Unterscheidung nähert sich einer qualitativen Bestimmung der Sektoren untereinander an, aber für unsere Zwecke ist noch eine weitere nötig: Kann die Dienstleistung von einer Maschine ausgeführt werden oder müssen Menschen ihre Arbeitskraft einsetzen? Weil der „kreative Charakter" bestimmter Arbeiten unter Umständen einen gewissen Schutz vor Rationalisierung, Aufspaltung und Verdichtung bietet, ist entscheidend, ob die erbrachte „Dienstleistung" wenigstens potentiell automatisierbar ist.

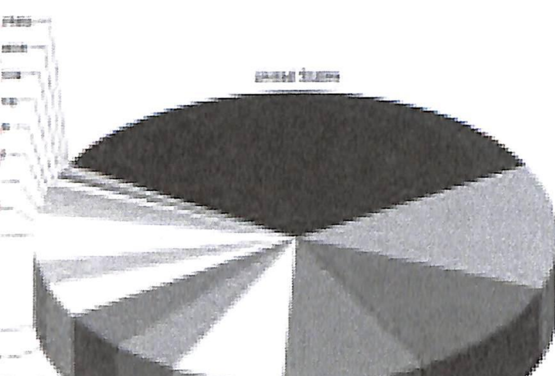
Das Verhältnis der Sektoren muss als *qualitatives* statt nur quantitatives begriffen werden. Nur die gestiegene Produktivität eines Sektors macht das Wachstum des nächsten möglich; *erst die größere Produktivität der Landwirtschaft macht die industrielle Revolution möglich, erst die Produktivität der Industrie kann eine Dienstleistungsgesellschaft erhalten.* Der Dienstleistungssektor ist für viele für ehemalige Industriearbei-

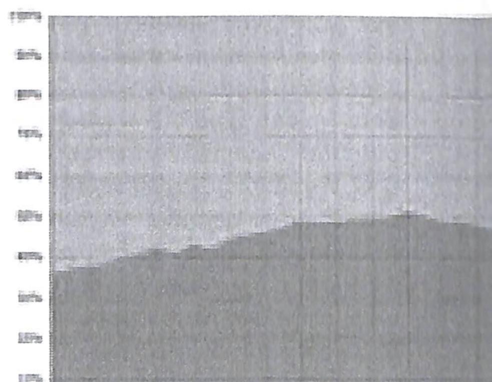
8 Werner Bätzing / Evelyn Hanzig-Bätzing, *Entgrenzte Welten. Die Verdrängung des Menschen durch Globalisierung von Fortschritt und Freiheit.* Zürich 2005, S. 57.

ter ein Auffangbecken, aber längst nicht für alle: nicht nur dieser Bereich wächst, sondern auch die Arbeitslosigkeit – auch in den sogenannten Schwellenländern.
Ob wir also in einer Dienstleistungsgesellschaft leben oder nicht, bestimmt leben wir in einem Kapitalismus, der erstens nach wie vor auf industrielle Produktion nicht verzichten und zweitens seine grundlegenden Widersprüche nicht lösen kann.

Second Life Virtual Econor
Key Metrics (BETA)

Page	Metrics
2	User Hours
3	Land Size
4	L$ Supply and User to User Transactions
5	LindeX Transactions
6	Population
7	Premium Residents
8	By Country
9	By Age
10	By Gender





„Wissen als Produktionsfaktor"?

Aber angeblich leben wir nicht nur in einer Dienstleistungsgesellschaft, sondern mittlerweile sogar in einer „Wissensgesellschaft". Die taucht bekanntlich in jeder dritten Politikerrede und jedem vierten Leitartikel auf. Wissen soll „immer wichtiger" werden, zur „eigentlichen Produktivkraft". Der Wissenskommunismus sekundiert: „Zum ersten Mal in der Geschichte ist der menschliche Verstand eine unmittelbare Produktivkraft und nicht nur ein entscheidendes Element im Produktionssystem."[9]

Der Anteil von Wissen an einer bestimmten Arbeit ist grundsätzlich unmessbar; Arbeit ist in jedem Fall die „Verausgabung von Hirn und Hand" (Marx). Kapital kauft nicht Wissen, sondern Arbeitskraft, die ihre Qualifikation, ihr Wissen und ihre Subjektivität mitbringt. Für das Kapital handelt es sich beim „Wissen" um eine *Externalität*. Dasselbe gilt für jene ambivalente Subjektivität, die in den Stand versetzt, das eigene Leben als Lohnarbeit zu verausgaben. Im Bezug auf die Naturwissenschaft heißt es bei Karl Marx: „Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreise eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut."[10]

Wissen ist so nötig für die Produktion von Stahl, wie von Kohle. Aber das nötige Wissen zur Stahlproduktion wird nicht in seiner Anwendung zerstört. Es kann nicht verbraucht werden, mehr noch, es wächst mit seiner Anwendung. Das Prinzip des Wissens ist anti-ökonomisch: Wer es teilt, vermehrt es. Der Soziologe Erving Goffman fand dafür einen passend paradoxen Ausdruck: „Von allen Dinge lässt sich Wissen am schwierigsten bewachen, denn es kann gestohlen werden, ohne dass es weggenommen wird."

Das „lebendige Wissen", von dem André Gorz spricht, ist an ein Subjekt gebunden, es ist *kein Produktionsmittel, sondern Arbeitsvermögen*. Wir nehmen verdinglichtes, kodifiziertes Wissen auf, wenden es an und „verflüssigen" es. Diese Unterscheidung gerade nicht zu machen, charakterisiert den wis-

9 Manuel Castells, *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen 2001, S. 34.

10 Karl Marx, *Das Kapital. Erster Band.* MEW Bd. 23. Berlin 1972, S. 407.

senskommunistischen Diskurs. In ihrer Diktion ist das Wissen der immateriellen Arbeiter *Produktionsmittel und Produkt* in einem.

Offensichtlich setzt sich das für die Arbeit nötige „Wissen" aus normierten Fähigkeiten einerseits und Kulturtechniken und „implizit Gewusstem" andererseits zusammen. Letztere sind ein wesentlicher Teil der Subjektivität, die kapitalistische Bildungsanstalten herstellen. Arbeitgeber interessieren Zeugnisse viel weniger als Beleg dafür, was der Bewerber tatsächlich gelernt hat, sondern als Beweis von Durchhaltevermögen, Unterordnungsbereitschaft und Ehrgeiz.

Das Verhältnis von inhaltlicher und formeller Qualifikation unterscheidet sich je nach Art der Arbeit. In den Schriften der Wissenskommunisten finden sich solche Unterscheidungen nicht. Sie betonen das Unmessbare, Kulturelle und Flüchtige, ohne weiter auf die verdinglichten Formen einzugehen.[11] Dadurch scheint es, als produziere die Gesellschaft Wissen unabhängig von Staat und Kapital und übrigens auch allen materiellen Beschränkungen. In der Zirkulation von Wissen soll die freie Assoziation schon verwirklicht sein. Für sie hat das Kapital sich nicht nur die Gesellschaft untergeordnet, sondern es gibt nichts mehr außerhalb des Kapitals. „Der Verwertungsprozess (fällt) tendenziell mit dem Prozess (zusammen), in dem gesellschaftliche Kommunikation produziert wird", schreibt Lazzarato, und: „Der Prozess der gesellschaftlichen Kommunikation ist mitsamt seinem Hauptinhalt, der Produktion von Subjektivität, unmittelbar produktiv geworden."[12]

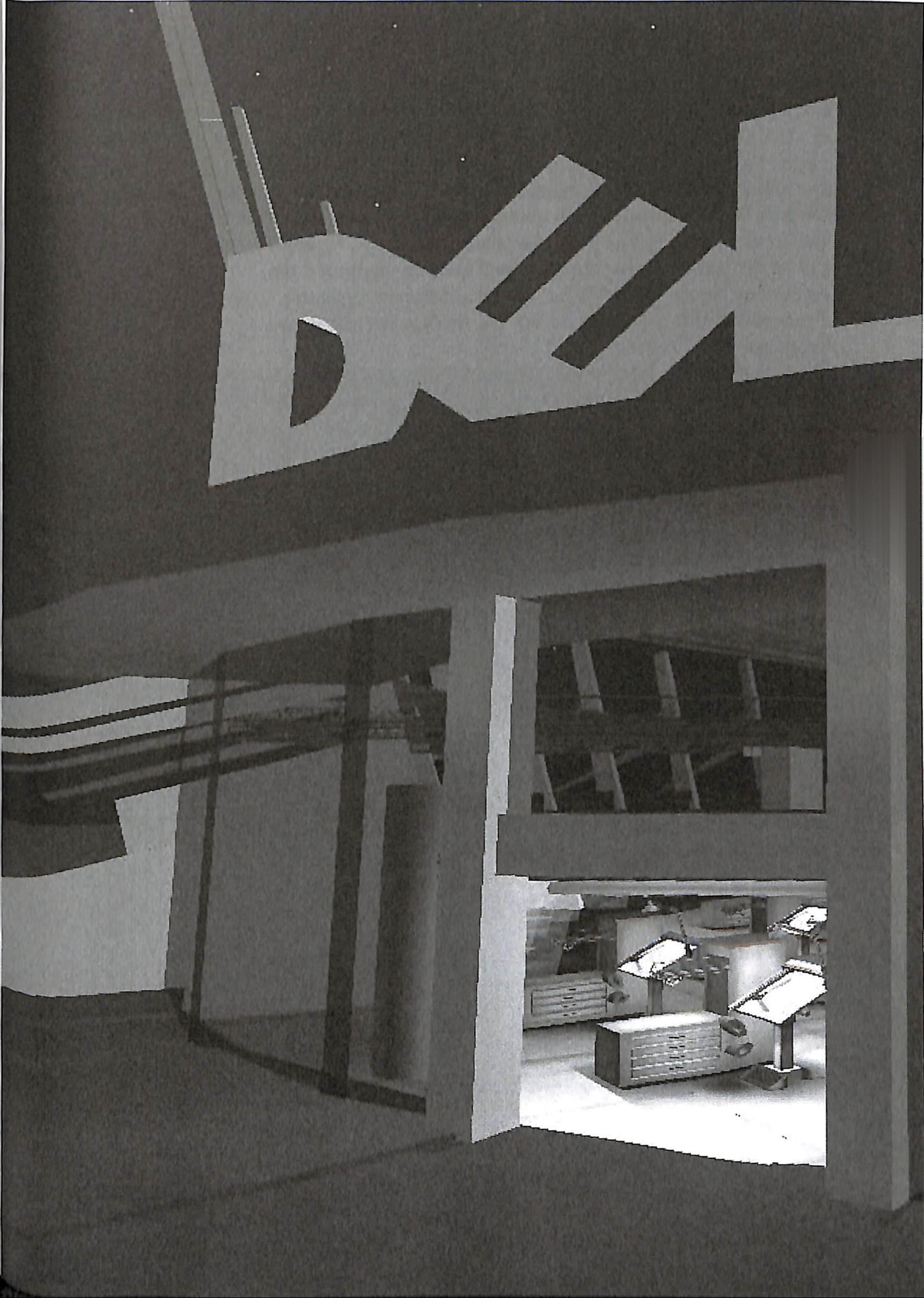
Inn Wirklichkeit muss sich die „immaterielle Arbeit" *in Waren oder Dienstleistungen verdinglichen* und dann *auf dem Markt realisiert werden* (also Käufer finden), um für das Kapital interessant zu sein. Wenn Lazzarato oder Negri die Zirkulation von Wissen, Sprache und, „biopolitisch", Leben mit der Zirkulation von Waren in eins setzen, treiben sie nicht nur den Fetischismus auf die Spitze[13], sondern ignorieren den entscheidenden letzten Akt.

Das Mantra, Kommunikation oder Subjektivität seien „unmittelbar produktiv", ist noch aus einem weiteren Grund missverständlich. Bekanntlich ist nicht jede Lohnarbeit auch produktiv im Sinne des Kapitals. „Produktive Arbeit ist bloß die, die Kapital produziert. Ist es nicht verrückt, (...) daß der Klaviermacher ein produktiver Arbeiter sein soll, aber der Klavierspieler

11 André Gorz , *Wissen, Wert, Kapital.* Zürich 2004, S. 17.

12 Maurizio Lazzarato, *Verwertung und Kommunikation: Der Zyklus immaterieller Produktion.* In: Thomas Atzert (Hg) *Umherschweifende Produzenten: Immaterielle Arbeit und Subversion.* Berlin 1998, S. 53 bzw. S 58.

13 Vgl. *Aufheben*, a.a.O., S. 31.


DELL

nicht, obgleich doch ohne den Klavierspieler das Klavier ein Unding wäre? Aber so ist es exakt. Der Klaviermacher reproduziert Kapital; der Klavierspieler tauscht seine Arbeit nur gegen Revenue (= Mittel zum Lebensunterhalt/Privatkonsum) aus. Aber der Klavierspieler produziert Musik und befriedigt unseren Tonsinn, produziert ihn auch gewissermaßen? In der Tat so tut er: seine Arbeit produziert etwas; darum ist sie nicht produktive Arbeit im ökonomischen Sinne; so wenig als die Arbeit des Narren produktiv ist, der Hirngespinste produziert. Produktiv ist die Arbeit nur, indem sie ihr eigenes Gegenteil produziert."[14]

Tatsächlich haben Teile der kommunistischen Bewegung den Begriff der Produktivität moralisch aufgeladen, als ob die entsprechende Arbeit „die eigentlich wichtige wäre" und die andere, nicht entlohnte irgendwie zweitrangig. Das ist falsch, die gegenteilige Behauptung aber ebenso: viele Tätigkeiten sind für die Reproduktion der Gesellschaft unverzichtbar, für das Kapital aber uninteressant. Es handelt sich um einen analytischen, nicht um einen moralischen Begriff.

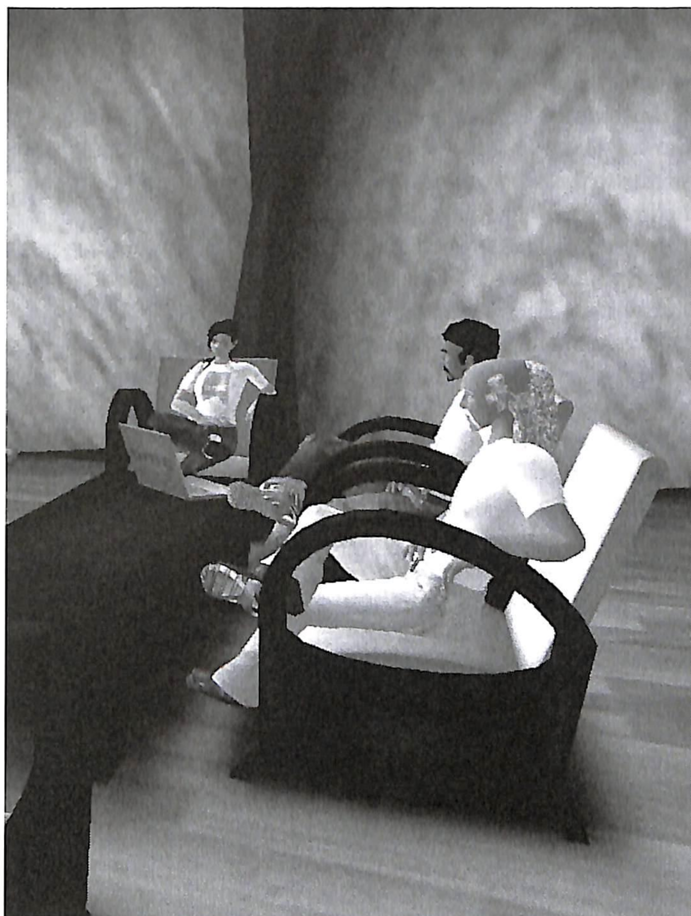
Für Wissenskommunisten wie Negri zersetzt die durch Mikroelektronik, Informatik und Biotechnologie gesteigerte Produktivität die klassischen Kategorien der marxistischen Kritik. Besonders irreführend ist, wie sie das Wertgesetz verabschieden oder „neu formulieren" wollen. Bekanntlich besagt es, dass der Wert einer Ware sich letztlich nach der Menge der verausgabten „abstrakten Arbeitszeit" bestimmt – wohlgemerkt in Bezug auf den „gesellschaftlichen Mittelwert", der zu ihrer Herstellung nötig ist! Im viel zitierten „Maschinenfragment" aus den „Grundrisse" von Karl Marx heißt es: „Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert des Gebrauchswerts."[15] Diese mutmachende Prognose interpretiert Negri nicht als den Fortschritt von einer kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft, sondern als Beschreibung zweier historischer Phasen des Kapitalismus. Dabei nimmt Negri an, die Wertsubstanz abstrakte Arbeit sei einstmals unmittelbar quantifizierbar gewesen. Aber das Wertgesetz besagt nicht, dass sich der Preis einer einzelnen Ware nach der für ihre Herstellung ver-

14 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie.* Frankfurt am Main 1974, S. 212.

15 Ebd., S. 593.

ausgabten abstrakten Arbeit bemisst. Ob sie überhaupt Wert enthält und wie viel, stellt sich erst durch den Verkauf heraus. Das Wertgesetz macht sich geltend, „so wie das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt."[16] Daran ändern weder Biopolitik oder computergestützte Kommunikation etwas; die Kritik der Wissenskommunisten geht am Problem völlig vorbei.

16 Karl Marx, *Das Kapital*, a.a.O., S. 89.



Ausbeutung statt Selbstverwertung

Zum Analysieren gehört bekanntlich die Fähigkeit des Unterscheidens. Der sogenannte Postoperaismus unterscheidet nicht, er verwischt. Die Rede von der Selbstverwertung oder der autonomen Organisation der Arbeit ist angesichts des Arbeitsalltags der überwältigenden Mehrheit in den Metropolen wie der Peripherie zynisch. „Der Zwang, dem die scheinselbständigen Kreative oder der Heimarbeiter unterliegen – den Akkord zu verinnerlichen, beziehungsweise die – an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit gemessen – zu niedrigen eigenen Produktivität durch die Ausweitung des Arbeitstages zu kompensieren, darf nicht mehr als vermittelte kapitalistische Ausbeutung ins Bewusstsein treten. Er wird stattdessen zum Vorschein des Kommunismus beziehungsweise im weiteren Verlauf zu jenem selbst verklärt."[17]

Kein Zufall, dass der tatsächliche Arbeitsalltag im sozialphilosophischen Trommelfeuer der Wissenskommunisten kaum vorkommt. Der Fortschritt der Maschinerie bedingt nicht notwendigerweise eine anspruchsvollere Arbeit, ebenso wenig Dequalifizierung. Er tut beides: Tätigkeiten wie Wartung und Aufsicht werden komplexer und anspruchsvoller, die verbliebene Anwendung oft noch geistloser.[18] Heute erleben wir die *Taylorisierung der geistigen Arbeit*, wo immer das möglich ist. Sie zeigt sich auch in der voranschreitenden Verbreitung von elektronischen Medien in allen Lebensbereichen. Nur durch elektronische Medien und Datennetze ist es möglich, die Produktion räumlich zu streuen und gleichzeitig die *Kooperation und Kontrolle* der Arbeiter zu gewährleisten. Die Arbeit wird kodifiziert, automatisiert, (international) aufgespalten, beschleunigt und verdichtet. „Keineswegs (macht) – wie das oft behauptet wird – die Aufspaltung und Dequalifizierung aller Tätigkeiten zu repetitiven Teilarbeiten das Zentrum des Taylorismus (aus); der Kern der Taylorschen Doktrin besteht vielmehr in der Trennung von Wissen (der Verfügung über die Erzeugung, die Manipulation und die Verwendung von Informationen) als Basis der Möglichkeit der Disposition (also von Herrschaft) einerseits, von Ausführung als abhängiger Tätigkeit, die dadurch zum Ge-

17 Andreas Benl, *Empire, die Multitude und die Biopolitik.* In: Die Röteln (Hg.), *Das Leben lebt nicht! Postmoderne Subjektivität und der Drang zur Biopolitik.* Berlin 2006, S. 47 f.

18 Vgl. *Aufheben*, a.a.O., S. 36.

genstand eines Informationsprozesses und damit beherrschbar wird, andererseits."[19]

In ihrer Untersuchung über Call Center spricht die deutsche Industriesoziologin Ursula Holtgrewe von „Informationsarbeit", die im sogenannten Service und der Kundenbetreuung um sich greift. Damit meint sie „quasi-industrielle Produktion mit schematisierten Kommunikations- und Interaktionsabläufen". „Weil ja die Verstehens- Interpretations- und Kommunikationsleistungen, die Empathie und Freundlichkeit der Beschäftigten unvermeidlich benötigt werden, werden diese in die Kontrolle und Rationalisierung ihrer Arbeit eingespannt. Diese Zugriffe auf Subjektivität wiederum lassen diese nicht unberührt, sondern formieren sie selbst."[20] Kreativität oder Originalität haben hier höchstens in klar umgrenzten Reservaten Platz, und die Subjektivität solcher immateriellen Arbeit ist durchaus zerbrechlich.

Um sich zu erhalten, muss auch die Subjektivität der vermeintlich immateriellen Arbeiter (sprich Dienstleistungsproleten) ein erträgliches Auskommen sichern. Das gilt längst nicht für alle. Hier müssen die Brüche kritisch aufgespürt und zugespitzt werden statt das Loblied der Kreativität anzustimmen. Dass „die Kontrolle in die Subjekte selbst verlagert" (Lazzarato) wird, ist *kein „diskursiver Effekt", sondern an konkrete Organisationsformen gebunden und ruht auf einem dinglichen Fundament.*

Typischerweise werden bestimmte Arbeitskontingente mit in einer Mindestzeit verbunden, dadurch erübrigt sich eine lückenlose Überwachung: am Ende sind die Patienten entweder versorgt, die Werbeprospekte verteilt, die Wände gestrichen – oder eben nicht. Oft kommt es dadurch zu einer Verlängerung des Arbeitstages. In der wissenskommunistischen und Managementliteratur wird diese Strategie als „Führen durch Ziele" beschrieben. Sie findet aber keineswegs nur dort Anwendung, wo es sich um „kreative Arbeit" handelt, bei der Kooperation eigenständig und diskursiv hergestellt wird. Wo „Führen durch Ziele" nicht möglich ist, wird der Druck des Marktes durch „Steuersignale der Rentabilität" (Haug) unmittelbar an die Arbeiter weitergegeben, so wird versucht, Vorarbeiter und Aufsichtspersonal einzusparen.

19 Rudi Schmiede, *Informatisierung, Formalisierung und kapitalistische Produktionsweise. Entstehung der Informationstechnik und Wandel der gesellschaftlichen Arbeit.* In: Thomas Malsch / Ulrich Mill (Hg.), *ArBYTE. Modernisierung der Industriesoziologie?* Berlin 1992, S. 53–86.

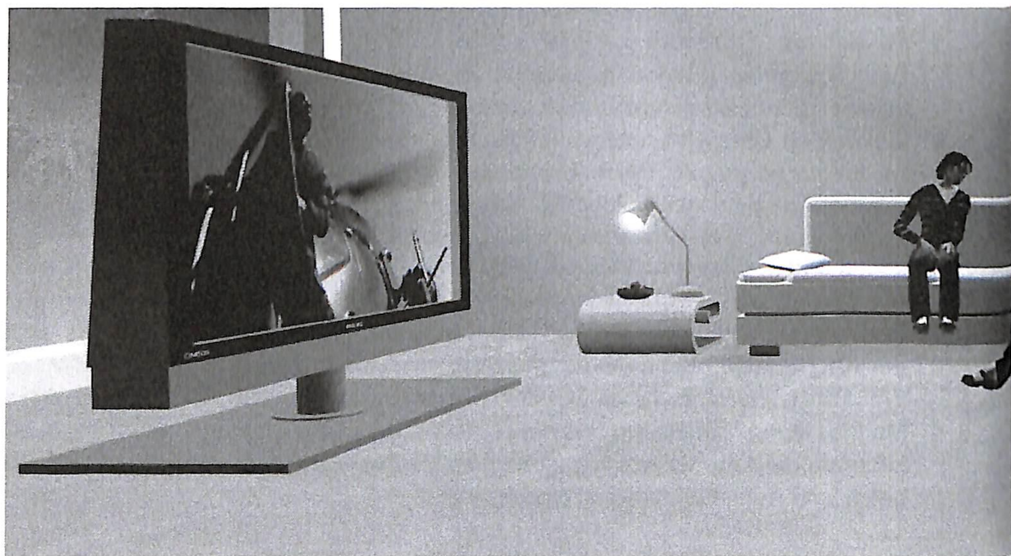
20 Ursula Holtgrewe, *Organisationsdilemmata und Kommunikationsarbeit. Call Center als informatisierte Grenzstelle* In: Ingo Matuschek / Annette Henninger / Frank Kleemann (Hg), *Neue Medien im Arbeitsalltag. Empirische Befunde, Gestaltungskonzepte, theoretische Perspektiven.* Wiesbaden 2001, S. 58.

Das gilt im Übrigen auch für die Kulturproduktion, der „immaterielle" Sektor *par excellence* und Quelle unzähliger leerer Analogien in der wissenskommunistischen Literatur. Was ist ein Honorarvertrag anderes als Stücklohn? „Es ist ebenso das persönliche Interesse des Arbeiters, den Arbeitstag zu verlängern, weil damit sein Tages- oder Wochenlohn steigt", schreibt Karl Marx.[21] „Aber der größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, strebt einerseits dahin, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln, andrerseits ihre Konkurrenz unter- und gegeneinander."[22]
Solche einfachen Beobachtungen sind den Wissenskommunisten zu oberflächlich. Lieber „untersuchen" sie mit Spinoza und Althusser die neusten Abenteuer der „Subjektivität" von austauschbare Figuren wie dem „immateriellen Arbeiter". Die philosophische Höhen erklimmen sie, indem sie allen empirischen Ballast abwerfen. ■

Franz Katz

21 Karl Marx, *Das Kapital*, a.a.O., S. 578.

22 Ebd., S. 579. In einer Fußnote dazu zitiert Marx den „Essai sur la Nature du Commerce en Général" aus dem Jahr 1756, wo es über mit Stücklohn bezahlte Handwerksgesellen heißt, sie würden „arbeiten, so viel sie können, in ihrem eigenen Interesse, ohne weitere Beaufsichtigung".





DAS ENDE EINER ILLUSION

Zur Auseinandersetzung einiger römischer Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft mit dem Antiimperialismus und der Nahostfrage

Die verführerische Sonne, die jenseits der Alpen strahlt, zieht nicht nur Scharen von Sozis und Liebhabern des Grünen an, die sich alljährlich vom ländlichen Idyll ihrer toskanischen Villen locken lassen; auch ein Großteil der Linksradikalen Deutschlands pflegt den Mythos vom „Land, wo die Zitronen blühn" und verwechselt immer wieder – wie viele italienische Genossinnen und Genossen selbst – jede Morgendämmerung mit dem Aufgang der lang ersehnten „sol dell'avvenir"[1]. Man erinnere sich bloß an die Begeisterung, die die Massenbeteiligung an den Protestdemonstrationen gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 bei den Globalisierungsgegnern unserer Breitengrade auslöste.

1 Von der „Sonne der Zukunft" träumte schon Giuseppe Garibaldi 1873.

In der Tat wird in Italien die Alltagslangeweile immer wieder von Streiks und Demonstrationen von Lohnabhängigen aus den verschiedensten Beschäftigungssektoren durchbrochen, dennoch bleibt die italienische außerparlamentarische Linke letztendlich in jener sozialen Isolation stecken, die dem Scheitern der revolutionären Bestrebungen der sechziger und siebziger Jahren folgte. Diese Selbstmarginalisierung wurde durch die Politik der institutionalisierten *Centri Sociali* seit Mitte der neunziger Jahre zementiert.
Obwohl die in den sechziger und siebziger Jahren gesammelten Kampf- und Organisierungserfahrungen in der Vorstellungswelt der radikalen Linken auch heute noch als unverzichtbarer Bezugspunkt gelten, ist die überwiegende Mehrheit unfähig, sich praktisch mit den Kämpfen auseinanderzusetzen, die sich in der Produktion entwickeln. Der Blick wird also sehnsüchtig auf ferne Länder gerichtet: Die Abwesenheit des Eldorados zu Hause wird durch die exotistische Leidenschaft für Kämpfe kompensiert, die anderswo stattfinden. In den parainstitutionellen *Centri Sociali* und in den Sozialforen findet ein ähnlicher Prozess statt: Während die Theoretiker des postmodernen Linksreformismus vom neuen „revolutionären" Subjekt fantasieren, das in der bunten *moltitudine* verkörpert sei, begleitet ihre Basis in den Kasematten der „Bewegung der Bewegungen" diese perspektivlose Fanfare für das vorangehende Neue mit der beruhigenden Melodie des traditionellen Antiimperialismus, die schon zahllosen Generationen auf der Suche nach einer komplexitätsreduzierten Welt zu einem ruhigen Schlaf verholfen hat. Die Schattenseite der „italienischen Szene" zeigt sich so in

ihrem ganzen Glanz: Die Fahnen der Solidarität mit den „unterdrückten Völkern" werden von Tausenden von Demonstranten geschwenkt, Riesenpuppen vom Teufel Bush, amerikanische und israelische Fahnen mit Enthusiasmus verbrannt und Saddam wird als Märtyrer zur Ikone der ungehorsamen Pazifisten oder sogar der radikalen Antikriegsfreaks.
Ein verbreiteter Antiamerikanismus älteren Datums mit einer zum Teil anderen Geschichte als der des deutschen,[2] ein nie ausgestorbener, in erster Linie philopalästinensischer Antiimperialismus, die Verdrängung, Tabuisierung oder zumindest fehlende Aufarbeitung der widersprüchlichen Geschichte des Faschismus und des Antisemitismus in Italien und zuletzt die proisraelische Haltung der wichtigsten rechtsbürgerlichen Parteien des Landes sorgen dafür, dass im Zentrum dieses Interesses und Engagements für die „kämpfenden Völker" nichts anderes als die Nahostfrage stehen kann. Zu diesem Thema blühen die originellsten, und doch in der sonst extrem gespaltenen „Szene" am wenigsten umstrittenen Ideen: An der Spitze der Demos vom 25. April zum Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus tauchen Palästinafahnen zu Ehren der „Resistenza" der Palästinenser gegen den „faschistischen Krieg" Israels auf; im römischen Kiez San Lorenzo – historisches Arbeiterviertel, Partisanenhochburg und später Zentrum der autonomen Bewegung Roms – wird eine neofaschistische Wandsprüherei zum Teil überschrieben, damit die Passanten statt „Partisanen=Juden: Der Galgen erwartet euch!" + Runezeichen nun „Faschisten=Juden: Der Galgen erwartet euch!" + Hammer und Sichel bewundern können.
Weder findet eine Debatte über den Antisemitismus oder die Bedeutung des 11. Septembers in den alternativen oder revolutionären Gruppen der italienischen Linken statt, noch konfrontiert man die aktuellen geopolitischen Szenarien mit einer materialistischen Klassenanalyse. Stattdessen werden diese in traditionell antiimperialistischer Manier interpretiert und unter den Kombattanten auf der einen Seite proletarische, auf der anderen kapitalistische und imperialistische Völker oder Nationen ausgemacht[3]. Dieser Schematismus ist auch ein Erbe der häufig mythologisierten siebziger Jahre; ein antiimperialistischer Grundkonsens prägte zumindest die Praxis der außerparlamentarischen Gruppen, einschließlich derjenigen der Autonomiaströmung. Vereinzelte kritische Diskussionsbei-

2 Die USA spielten zumindest in zwei Schlüsselphasen der Nachkriegsgeschichte Italiens bei der aktiven Unterstützung der konterrevolutionären Gewalt eine Rolle ersten Ranges: während der Resistenza – gegen die sozialrevolutionär gesinnten Partisanenformationen, die für eine proletarische Selbstbefreiung vom Nazifaschismus und den unmittelbaren Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft kämpften – und in den sechziger und siebziger Jahren – als die sozialrevolutionäre Massenbewegung durch die Terrorpraxis der „Strategie der Spannung" bekämpft wurde.

3 Darin gleicht die vermeintliche Analyse der faschistischen Propaganda während der zwanziger und dreißiger Jahre.

träge zur Nahostfrage blieben folgenlos, so auch die von einigen späteren Gründungsmitgliedern der römischen *Comitati Autonomi Operai* verfassten, die 1976 als Broschüre vom *Collettivo Universitario Autonomo* publiziert wurden: Denn dort wurde doch die Notwendigkeit unterstrichen, einen „revolutionären Standpunkt zu den laufenden Kriegen zu entwickeln", „solche klassenübergreifenden [...] Kriege zu stoppen und die Auseinandersetzung auf die Ebene der realen Begriffe des Klassenkampfes [...] für den Sturz der lokalen Bourgeoisien zurückzuführen". Es müsse die Tatsache zur Kenntnis genommen werden, dass „es im Nahen Osten eine arabisch-israelische Bourgeoisie und ein arabisch-israelisches Proletariat gibt", und es gelte die „unbestimmte Solidarität zu überwinden, um die realen Interessen des Proletariats des Nahen Ostens durchzusetzen".
Ein Ansatz dieser Art taucht nun in den Überlegungen einiger römischer Gruppen wieder auf, die im *Coordinamento per l'autonomia di classe* organisiert sind; ein Beispiel dafür bieten die beiden folgenden Flugblätter, die im November 2005 und im Februar 2006 verteilt wurden. Es handelt sich dabei um zwei knappe Stellungnahmen zum Iran und zum Konflikt im Nahen Osten, die einen Bruch mit antiimperialistischen Vorstellungen und Erklärungsmustern markieren, auch wenn sich in ihrer Diktion noch einige Restbestände davon finden – insbesondere dort, wo von „Völkern" und deren angeblichen „eigenen Entscheidungen" und vom fortschrittlichen Charakter der antiimperialistischen Kämpfe „des gesamten vergangenen Jahrhunderts" die Rede ist. Auch von einer systematischen Auseinandersetzung mit der Frage des Antisemitismus sind die beiden Texte weitgehend ungetrübt, sonst wären ihre Verfasser nicht so freimütig mit dem Begriff „philoisraelische Lobby" verfahren. Beide Flugblätter haben den Charakter eines Pamphlets mit entsprechend deklamatorischem Stil, so dass die eingeforderte Analyse der lokalen Klassenverhältnisse und -kämpfe eher noch einzulösendes Postulat bleibt.
Nichtsdestoweniger scheint es uns wichtig, diesen Versuch zu dokumentieren, eine radikale Kritik an den in Italien weit verbreiteten antiimperialistischen Vorstellungen und dem dazugehörigen vulgären Internationalismusbegriff zu entwickeln: Zunächst, weil es sich dabei um eine ganz neue Entwicklung jenseits der Alpen handelt – um einen Schritt nach vorne von

Freunden und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft, die gerade beginnen, mit den Illusionen und Irrwegen der Vergangenheit abzurechnen; außerdem, weil die Debatte über die Nahostfrage *diesseits* der Alpen sich viel zu oft von einer Klassenperspektive entfernt und so die radikale Linke in Deutschland in der Regel einer Tendenz verfangen bleibt, die einen materialistischen Ansatz bei der Analyse der Kriege im Kapitalismus übergeht, und sich hinter Fahnen verschiedener Farben verschanzt.

Die vom *Coordinamento per l'autonomia di classe di Roma* in den letzten Jahren formulierten Ansätze einer Antiamerikanismus- und Antiimperialismuskritik gehen auf die Kritik am Bildungsprozess der Europäischen Union zurück, die das Bündnis im Rahmen seiner Kampagne „Europposizione" entwickelt hat. [4]

Im römischen Bündnis für die *autonomia di classe* sind seit ca. zehn Jahren einige Stadtteilkomitees, Beschäftigte, Arbeitslose, Studierende und Schülerinnen organisiert, die sich in den letzten Jahren kritisch mit den theoretischen Positionen und der Praxis der insitutionalisierten *Centri Sociali* (Tute Bianche, Disobbedienti) und der No-Global-Bewegung (Sozialforen) auseinandergesetzt haben. Dabei wandte sich das Bündnis auch gegen die politischen Kampagnen zur Prekarität, in deren Zentrum die Forderung nach einem „garantierten Grundeinkommen" steht. Neben Veranstaltungen zu sozialen Kämpfen in einigen Stadtteilen, der Intervention in verschiedene Arbeitskämpfe und im Bildungsbereich, der 1.Mai-Demo im Kiez Torpignattara „gegen die Ausbeutung der Arbeit und die Lohnerpressung", hat das Bündnis auch eine Veranstaltung mit zwei israelischen Refuseniks am 17. März diesen Jahres organisiert, in deren Ankündigung es heißt: „Unterstützen wir jede Desertion im Krieg zwischen den Unterdrückten. Der Feind ist der Kapitalismus". ■

4 Vgl. den Aufruf zur Demo gegen den EU-Gipfel in Rom, dokumentiert in *Jungle World* 42/2003).

...UND ZU UNS, DIE WIR FÜR DIE STREICHUNG ALLER STAATEN VON DER LANDKARTE SIND.

Der Iran, einst starkes Rauschmittel für eine Generation von Ex-ProtestlerInnen, die sich heute bequem eingerichtet haben, einst Instrument des Antiamerikanismus der verschiedenen „antiimperialistischen" Offiziere aus Nord und Süd, einst auch „Modell" für die vom Mittelalter faszinierte, anti-westliche Bewegung der „Schuhlosen" der Welt – versucht heute sich als neue, mittlere Atommacht im Nahen Osten zu behaupten, wo ein Prozess tiefgreifender geopolitischer Veränderungen vor sich geht.

Wie so häufig bezieht die aktuelle iranische Regierung ihre innere Legitimation aus ihrer Ausrichtung gegen den historischen „Feind", den Westen, dessen lokales Bollwerk der Staat Israel und die mit ihm im Kontakt stehenden, gemäßigten Muslime sein sollen, und stiftet so einen klassenübergreifenden Zusammenhalt des „Volkes". Deshalb fordert Ahmadinejad in für die Priester aller totalitärer Religionen typischen Tönen die Auslöschung des Zionismus und seiner verwirklichten, staatlich-rechtlichen Entität vom Angesicht der Erde. Dem Jubel der Menge in Burka korrespondiert der Alarmismus, die Empörung der zivilisierten demokratischen Staatskanzleien des Westen: Und los geht es mit Bannflüchen und der Ausrufung von *wars of civilizations*, mit bedrohlichen Ermahnungen und offenen Forderungen nach Sanktionen und bewaffneten Interventionen; ein ekelhafter Wettbewerb zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in dem es darum geht, wer sich am empörtesten zeigt und die meisten militärischen Einsätze und Vergeltungsexpeditionen verspricht.

In unserem schönen Land der ununterbrochenen Wahlkampagnen konnte man sich selbstverständlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Brandreden aus dem Iran für das parlamentarische Spiel auszunutzen. Das schon immer panarabisch gesinnte Mitte-Links-Lager holt diesmal sein verstaubtes katholisch-westliches Kleid aus dem Schrank während das Mitte-Rechts-Lager zusammen mit der philoisraelischen Lobby Italiens zu parteiübergreifenden „Protest"veranstaltungen aufruft; die beiden Pole vereinigen sich gegen den Iran, von

Berlusconis Bauchredner, Giuliano Ferrara, bis zum ewigen „Ungehorsamen“, Fausto Bertinotti. Dann gibt es noch die „Extremisten“, jenen Haufen von Ex-68ern, die sich heute im Schlamm der lokalen und städtischen Machtinstanzen tummeln, die nicht gegen einen Staat sind, sondern sogar mindestens zwei Staaten wollen, den israelischen, aber auch den palästinensischen: Wenn darüber kein Konsens erzielt wird, dann gibt es auch keine einheitliche Demonstration! Grün vor Wut, machen sie dann eine ganz alleine.
Und wir, die wir nie für mittelalterliche „Revolutionen“ waren, die schlimmer sind als das „Übel“, das sie ausrotten wollen; wir, die wir den Staat Israel nicht lieben und den iranischen Kirche-Partei-Staat verachten; wir, die wir den vom Quartett der Mächtigen durch den Irakkrieg und die Gründung eines palästinensischen Staates vorangebrachten „Friedens“prozess im Nahen Osten für keine gute Lösung halten; wir, die wir davon überzeugt sind, dass die kriegstreiberischen USA und das „friedliche“ Europa sich für einen „Platz an der Sonne“ im Nahen Osten zerfleischen? Was ist mit uns?
Wir bleiben bei unserer Meinung und lehnen es weiterhin ab, sie zu verheimlichen: Wir sind gegen jeden Staat, weil unterm kapitalistischen Regime jeder Staat die Organisation der Bourgeoisie gegen die Ausgebeuteten ist; wir sind gegen jeden religiösen Fundamentalismus und gegen jede Märtyrerideologie, weil sie die Wirklichkeit verschleiern, das Bewusstsein vernebeln, und sklavisch-gehorsame, unterdrückte und unterdrückende Menschen erzeugen. Wir bleiben bei unserer Meinung: wir stehen an der Seite der Proletarier aller Länder gegen die Staaten, die sie unterdrücken, und gegen die Religionen, die sie täuschen und sich ihrer bedienen.

Für die wirkliche Zivilisation, die Zivilisation ohne Klassen.
Für den wirklichen Frieden, den Frieden ohne Ausbeutung.

Coordinamento per l'autonomia di classe
Rom, November 2005

NAHOST: „WIDERSTÄNDE“ ODER REVOLUTION?

In der gegenwärtigen Epoche des multipolaren innerimperialistischen Wettbewerbs zwischen Kontinentalblöcken kann es nicht darum gehen, den liberalistischen Internationalisierungsprozess des Kapitals anzuprangern und als Katalysator für die Mobilisierung gegen das „neoliberale Übel“ auszunutzen; genauso wenig wie es materiell möglich ist, diesen Prozess zu hemmen, zu „humanisieren“ oder ihm zu widerstehen. Im Gegenteil: Es ist nötig, in diesem Ausdehnungsprozess der kapitalistischen Metropole die Momente eines unversöhnlichen Widerspruchs zu sehen; das heißt, im quantitativen Anwachsen des Proletariats, in seiner Konzentration in den Riesenstädten des Nordens-Südens-Westens-Ostens der Erde, in den Berührungen zwischen Migrationsströmen Elemente zu erkennen, die den Klassenkampf und die Intervention der revolutionären Bewegung objektiv begünstigen. Das Begreifen dieses Widerspruchs ist allerdings nur ein erster Schritt in Richtung des Übergangs von der „Materialität an sich“, vom Bauch, zum Bewusstsein von sich selbst, „für sich“: vom Bedürfnis zur Revolution. Diese These, die Ergebnis einer theoretischen Verallgemeinerung von Erkenntnissen ist, die durch die Analyse der historischen Erscheinungsformen der wirklichen Bewegung gewonnenen wurden, ist auch im Hinblick auf die Lage in Nahost von Bedeutung.

Die Lage im Nahen Osten, zugespitzt durch das jüngste palästinensische Wahlergebnis, gibt uns Anlass, zu einigen politischen, strategischen und theoretischen Fragen Stellung zu beziehen, die in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen haben. Ausgangspunkt für die Analyse der politischen Lage ist der vom palästinensischen Wahlergebnis beschleunigte Ablösungsprozess der zehnjährigen, laizistischen PLO/Fatah-„Regierung“ durch die islamische Wohlfahrt der Hamas, durch die das Kräfteverhältnis zwischen den vielen, an der Befriedung und der Aufteilung der Nahost-Region Interessierten, verschoben wurde. Nach dem anfänglichen Schock über den angeblich unerwarteten Sieg des Fundamentalismus setzt sich die Realpolitik der Geschäfte durch, die in Moskau, aber auch in Frankreich und sogar beim letzten NATO-Gipfel, Zeichen

der Öffnung gegenüber der Hamas hervorbringt. Das Quartett (USA, Russland, EU, UNO) eröffnet den Dialog mit der Hamas auf der Grundlage des demokratischen Wahlergebnisses, bedient sich des Hebels der ökonomischen Erpressung (finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung) und fordert einen politischen Dialog, der „Gewalt ablehnt und die Notwendigkeit der Existenz zweier Staaten anerkennt".
Dieses x-te, tragische Beispiel macht für die revolutionäre Bewegung ein umfassendes Überdenken des Begriffs des Internationalismus in seiner Gestalt als unkritische Unterstützung von „Befreiungskämpfen" dringend notwendig; eine solche Interpretation muss definitiv überwunden werden. So sehr man auch auf die Entscheidungen der einzelnen Völker und ihrer Organisationen Rücksicht nehmen mag, gilt es doch, mit Entschiedenheit die Unabhängigkeit des Urteils und der Aktion der kommunistischen Bewegung zu fordern und den Gedanken der internationalistischen Klassensolidarität ins Zentrum zu stellen.
In der Epoche der multipolaren Konkurrenz und des Exportes der imperialistischen Demokratie durch Waffengebrauch verlieren für uns die nationalen „Befreiungskämpfe" jenen objektiv fortschrittlichen Wert, der sie während des gesamten vergangenen Jahrhunderts kennzeichnete: Diese Kämpfe besitzen in ihrem jeweiligen Land keinen sozialrevolutionären Charakter mehr, haben keine patriotische, antikolonialistische Vereinigungsaufgabe mehr zu erfüllen; sie sind zum bloßen Instrument der imperialistischen Kontinentalblöcke in ihrem multipolaren Wettbewerb auf dem Weltmarkt geworden.
Ausgangspunkt für eine strategische Überlegung ist die Tatsache, dass das niedrigste Niveau des Internationalismus und der Klasse für sich um die Jahrhundertwende erreicht wurde, gerade in dem Moment, als sich die Klasse an sich quantitativ über die gesamte Welt ausbreitet. Die Verdammten aller Breitengrade dieser Erde sehen nicht mehr wie am Anfang des 20. Jahrhunderts im Marxismus ihre Zukunft, die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Erklärung und revolutionären Lösung für ihre Lage. Ganz im Gegenteil: Häufig sind sie eingebunden in die Nationalarmeen ihrer lokalen Herren, verstrickt in ökonomische und militärische Konkurrenz untereinander, und von Priestern jeglicher Couleur instrumentalisiert und bene-

belt durch totalitäre selbstzerstörerische Ideologien, die selbst noch hinter die kapitalistische „Modernität" zurückfallen.
Die Realität scheint uns den Beweis dafür zu liefern, dass die wirkliche Bewegung nicht den Kommunismus, sondern den als Antiimperialismus verkleideten Antiokzidentalismus hervorgebracht hat.

So ist es aber nicht!

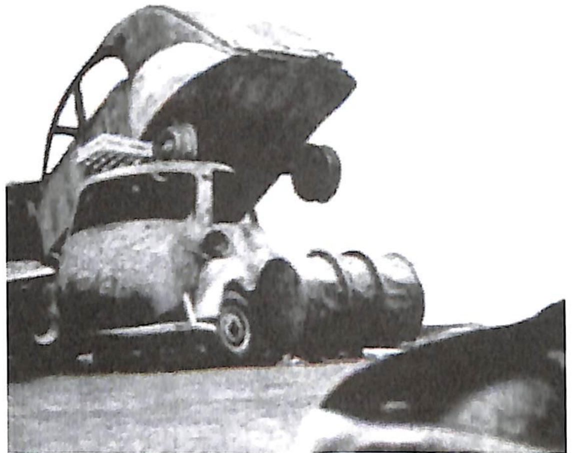
Die Proletarität wird zum weltweit verbreiteten Schicksal und die Frage der unaufschiebbaren Notwendigkeit des Internationalismus gewinnt wieder an Bedeutung, nicht eines Internationalismus in Gestalt einer unkritischen Unterstützung aller „Kämpfe der Völker", sondern im Sinne der Neuverortung des Feindes im eigenen Hause, als Kampf gegen unser eigenes Land.
Der proletarische Internationalismus hat wenig zu tun mit einem aseptischen, vagen, klassenübergreifenden und oft ökumenischen „Kampf für den Frieden"; im Gegenteil: Er äußert sich im Klassenkampf für eine gesellschaftliche Transformation, für die Revolution. In der historischen Epoche der weltweiten Ausbreitung der kapitalistischen Produktions-, Distributions- und Tauschverhältnisse ist der einzige, wirklich fortschrittliche Befreiungskampf der des universalen Proletariats gegen die Ketten der Lohnausbeutung; der einzige Internationalismus ist der aller Ausgebeuteten gegen die eigenen Herrn, gegen das eigene Land, in Palästina wie in Italien.

Mit dem palästinesichen, israelischen Proletariat und dem des ganzen Nahen Ostens,
Gegen ihre Herren von gestern und von heute,
Gegen jeden Staat!

Coordinamento per l'autonomia di classe
Rom, Februar 2006 ■

René Viénet

Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen



Texte der Situationistischen Internationale

Heft I - frühe Schriften



- Theorie des Umherschweifens
- Versuch einer psychogeografischen Beschreibung der Pariser Hallen
- Nachrichten von der Internationale
- Situationistische Position zum Verkehr
- Manifest
- Signal für den Beginn einer revolutionären Kultur in Israel
- Die 4. Konferenz der S.I. in London
- Noch einmal über unsere Auflösung

Heft II - Radikalisierung



- Anleitung für den Kampf
- Geopolitik der Schlaftherapie
- Perspektiven einer bewussten Änder ung des alltäglichen Lebens
- Die 5. Konferenz der S.I. in Göteborg
- Die S.I. jetzt
- Die gefesselten Worte
- Korrespondenz mit einem Kybernetiker
- Briefe aus der Ferne
- Der Fragebogen

Heft III - Weltpolitische Schriften



- Über die Pariser Kommune
- Niedergang und Fall der spektak ulären Warenökonomie
- Vorbemerkungen über die Räte und die Räteorganisation
- Adresse an die Revolutionäre in Algerien
- Zwei lokale Kriege
- Anmerkungen über Spanien
- Der Klassenkampf in Algerien
- Der Explosionspunkt der Ideologie in China

Heft IV - Klimbim



- Die Welt, von der wir reden
- Über die Entfremdung
- Die Rolle von Godard
- Die Verpackung der Freizeit
- Wie man die ‚S.I.' nicht versteht
- Die kulturelle und polizeiliche Freizeit
- Äußerungen eines Schwachkopfs u. a.
- Die Theorie der Praxis
- Die neuesten Ausschlüsse



Heft V - Die Gesellschaft des Spektakels

- Wie man situationistische Bücher nicht versteht
- Die Gesellschaft des Spektakels in der von Debord autorisierten Übersetzung

Heft VI - Mai 68



- Die 7. Konferenz der S.I.
- Ausgewählte Meinungen über die S.I.
- Über das Elend im Studentenmilieu
- Unsere Ziele und Methoden im Straß burger Skandal
- Der Beginn einer Epoche
- Die Frage der Organisation für die S.I.
- Die Eroberung des Raumes in der Zeit der Macht
- ausgewählte Urteile über die S.I.

Heft VII - Wirkliche Spaltung



- Bericht Guy Debords auf der VII. Kon ferenz der S.I. in Paris
- Rücktrittserklärung Raoul Vaneigems
- Kommuniqué der S.I. zu Vaneigem
- Aufzeichnungen, die der Geschichte der S.I. von 1969 bis 1972 dienen
- Über die Auflösung unserer Feinde
- Die wirkliche Spaltung der Internationalen

Heft VIII - Vermächtnis



- Vorwort zur italienischen Ausgabe der 'Gesellschaft des Spektakels'
- Kommentare zur 'Gesellschaft des Spektakels'
- Eine späte Schrift Debords

alle €3.00

Alle Schriften bestellbar unter www.klassenlos.tk

KOSMOPROLET

„Kosmoprolet erinnert an die Cosmopolis, an die Idee des Weltbürgers, doch durch die Einfügung des ‚r' wird der schöne Bürgertraum konterkariert und auf seine radikale Pointe gebracht: Die Weltgesellschaft besteht, aber in verkehrter Form, als allgemeine Proletarisierung."

KOSMOPROLET 1